DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

151 14. JAHRGANG April '97 8,00 DM

TAUSCHWIRTSCHAFT

Schattendienste werden sichtbar

4,6 Mio. Erwerbslose und die Dunkelziffer liegt weit höher. Was macht die Politik? Sie kürzt und streicht den Sozialbereich zusammen. Das trifft vor allem die, die sowieso nichts haben. Gleichzeitig tummelt sich das Finanzkapital auf den für Finanztransaktionen grenzenlosen Märkten und legt das Kapital dort an, wo die Bedingungen am günstigsten sind. Für Alte, Alleinerziehende, Geringverdiener und -verdienerinnen, Kranke und Behinderte bleibt immer weniger übrig. Es wird privatisiert und bald können sich soziale Dienste nur noch die Reichen leisten. Ist der Sozialstaat am Ende?

Ricarda Buch, Redaktion Berlin ● Zumindest scheint es so, denn allerorten wird nur noch vom Abbau staatlicher Subventionen geredet. Was in den Städten und Kommunen bleibt, ist Frustration seitens der Bürger und Bürgerinnen. Die wissen nicht mehr, wie der für jede Gesellschaft lebensnotwendige Bereich der sozialen Kommunikation, der Gegenseitigkeit, des sozialen Miteinanders, der Hilfe für diejenigen, die sich nicht selbst versorgen können, aufrechterhalten werden soll. Das werden und sollen die Frauen dann wohl – wie schon immer – unbezahlt und unbemerkt übernehmen.

Daß es auch anders geht, darüber berichtet der Schwerpunkt dieser CONTRASTE. Pünktlich zur Jahrestagung der deutschen Zeit- und Tauschbörsen werden alte und neue Entwicklungen aus dem Bereich der Tauschwirtschaft vorgestellt. Dabei geht es vor allem um den Tausch von Nachbarschaftsdiensten und unbezahlter Hausarbeit. Gerade hier leisten die Tauschringe Erstaunliches. Sie mobilisieren Nachbarschaftshilfe in verblüffender Weise und manch altem Menschen in St.Louis, USA bleibt durch solche Initiative der Aufenthalt im Heim erspart. Das streben auch die Seniorengenossenschaften bei uns an. Selbsthilfe ist gefragt.

Die Krise und die Politik drängt besonders Frauen aus der Erwerbsarbeit in die unbezahlte Hausarbeit. Da heißt es dann – wenig Zeit und wenig Geld. Oder doch nicht? Kann die Tauschwirtschaft etwa das Patriarchat überwinden und realisieren solche Ansätze der lokalen Ökonomie die alte feministische Forderung nach Entlohnung der unbezahlten Hausarbeit? Wen das interessiert, der lese diesen Schwerpunkt auf den Seiten 6 bis 9.●

SCHWERPUNKTTHEMA

Das Herz von Grace Hill Seite 6
Seniorengenossenschaften: Die jungen Alten tauschen Zeitgutschriften Seite 7
Tauschgeld: Lohn für Hausarbeit? Seite 8
Oberösterreich: ARGE Tauschbörse
Heidelberg: Markt der Talente Seite 9

AUS DEM INHALT:

BUNTE SEITEN 97/98

Die Neuauflage, die Ende September 1997 erscheinen soll, wird eine wertvolle Erweiterung erhalten. In Zusammenarbeit mit dem Amsterdamer ID-Archiv soll in diesem Jahr die »Liste der alternativen Medien« eingearbeitet werden. Zusätzlich sind Service-Seiten zu den Themenbereichen »Frauenbildung« und »Ethisches Investment« geplant. Anzeigenpreislisten können ab sofort bei der Heidelberger Redaktionsanschrift angefordert werden. Anzeigenschluß ist am **30. Mai 1997**. Projekte und Betriebe, die noch nicht mit einem kostenlosen Adresseneintrag vertreten sind, können diesen noch bis diesem Termin einschicken.

KEIN ASYL FÜR DESERTEURE

Seit dem 16. Oktober 1996 lebt der kurdische Kriegsdienstverweigerer Seyit Mehmet Genç illegal irgendwo in Europa. Er mußte untertauchen um seiner schon beschlossenen Abschiebung aus dem Saarland in die Türkei zu entgehen. Roland Röder interviewte Seyit Mehmet und berichtet über die Schwindeleien eines Innenministers. Seite 3

IST KLEINER WIRKLICH BESSER?

Von »Regionalisierung« und Regionalentwicklung reden viele. Was darunter alles verstanden wird und ob Regionalisierung ein Emanzipationsprogramm, Modernisierungspolitik oder doch nur Armutsverwaltung ist und was das mit der »Abwicklung des Nordens« zu tun, diskutiert Bernd Hüttner auf den Seiten 4/5.

WIRTSCHAFT VON UNTEN

Vom 21. bis 23. Februar veranstalteten das »Europäische Bürgerforum« und die am 14. Juli 1989 zum zweihundertsten Jahrestag der Französischen Revolution gegründete »Bürgerinitiative für Sozialismus« in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Potsdam einen Ratschlag zum Thema »Wirtschaft von unten«. Der 2. Teil des Berichtes von Hilmar KunathSeite 10.

GENOSSENSCHAFTSTAGUNG

»Betriebliche Demokratie weiterentwickeln. Die Zukunft produktivgenossenschaftlicher Unternehmen in Deutschland und Europa« war der Titel einer Tagung Ende Februar in Freudenberg. Burghard Flieger berichtet auf Seite 12.

TAGWERK E.G.

»Die Tagwerk-Genossenschaft ist die erfolgreichste Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft im deutschsprachigen Raum«, so Kai Kreuzer in seinem Buch »Bio-Vermarktung«. Während andere EVGs große Schwierigkeiten haben, weiter zu bestehen, wächst Tagwerk – nach immerhin jetzt 12 Jahren! Seite 13

D 8008

01.3669 157 001
Dr. Carola Möller
Herwarthstr. 22
D-50672 Köln

GRAFISCHE BETRIEBE VOM 8. BIS 11. MAI IN REGENSBURG

Frühlingstage 1997

Nach Aussagen, von einem, der sich in der Druck- und Grafikbranche auskennt, gibt es in Deutschland gerade mal eine Handvoll Betriebe, die sich nach der Definition der Selbstverwaltung aus den 80er Jahren selbstverwaltet nennen können.

Von Ina, Kartenhaus Kollektiv ● Auch diese arbeiten z.T. mit Angestellten, bilden aus und haben unterschiedliche Grade der Partizipation von Verantwortung. Bei vielen anderen Betrieben, in den 80ern gegründet, besteht nur noch ein »Führungskollektiv«, bzw. aus wenigen aus den Gründerjahren Übriggebliebene, die die Firma als GeschäftsführerInnen leiten.

Dennoch verbinden uns viele Gemeinsamkeiten und viele Fragestellungen, die es sinnvoll und notwendig machen, uns jährlich zu treffen. Lange Jahre geschah dies in Berlin, heuer werden die Frühlingstage nach Hamburg und Reutlingen in Regensburg veranstaltet, übrigens zum 10. Mal. Neben dem gesellschaftlichen Aspekt und vielen informellen Gesprächsrunden – traditionell läßt es sich nach Mitternacht beim Bier am besten über Drucktechnik und über persönliche Probleme innerhalb des Betriebes reden – stehen immer auch inhaltliche Themen auf der Tagesordnung, die z.T. in Zusammenarbeit mit ReferentInnen vorbereitet werden.

In diesem Jahr steht das Thema »Geld« im Mittelpunkt. Dieses zum einen, weil wir in den letzten Jahren feststellen mußten, daß ein Überblick über die finanzielle Seite des Betriebes, sowie die Festlegung einer Planung für die nächsten Jahre notwendig ist, um in diesem System überstehen zu können. Zum Anderen, weil viele Betriebe in unserer kapitalintensiven Branche stark verschuldet und damit oft auf Gedeih und Verderb den Banken und ihrer Politik ausgeliefert sind.

Wir haben uns, um der Problematik näher zu kommen, als Aufhänger der Frühlingstage für eine Podiumsdiskussion entschieden, auf der Vertreter unserer Hausbank, der Ökobank, der Industrie- und Handelskammer und ein Unternehmensberater, der die Rolle des »advocatus diaboli« spielt, über die derzeitige Bankenpolitik, sowie über Lösungsmöglichkeiten, aus der Abhängigkeit herauszukommen, diskutieren sollen. Wichtig ist uns dabei, daß nicht die aktuelle Situation der Unterkapitalisierung beklagt wird, sondern Auswege entwickelt werden sollen, mit Mitteln der Umschuldung oder ähnlichem. Insbesondere soll auch der Zusammenhang zwischen Eigenkapitalquote, technischem Standard und der Organisationsform beleuchtet werden. Ebenfalls sollen die Investitionsfolgekosten, nicht nur monetärer Art Beachtung finden. Denn, daß in unserer Organisationsform auch Chancen liegen, ist unbestritten. Die Frage ist, ob und wie wir es schaffen, auch auf dem Kapitalsektor hiervon zu profitieren. Aus künslerisch-freidenkerischer Blickrichtung wird ein ehemaliger Kartenhaus-Kollektivist ein Referat zu diesem Thema vorbereiten.

Weitere Arbeitsgruppen, die voraussichtlich angeboten werden:

- die obligatorische teamwork-AG
- das Kollektiv als Ausbildungsbetrieb (vorbereitet von Graffiti/Reutlingen)
- »computer-to-plate« – Muß und/oder Chance
- Fortführung der Diskussion der letzten Frühlingstage über das Selbstverständnis des Betriebes, das Vertrauen in die Büroleute, die den Betrieb nach außen vertreten

Tagungsstätte ist die »Alte Mälzerei«, die auch einen Biergarten zu bieten hat. Doch nicht nur diesen hat Regensburg aufzuweisen, sondern noch unzählige andere Attraktionen. Am Samstagvormittag können wir die Stadt aus frauengeschichtlicher Sicht betrachten und/oder eine Strudelrundfahrt auf der Donau ansteuern, auch das Kneipenleben ist in Regensburg stark ausgeprägt...●

Anmeldungen beim Kartenhaus-Kollektiv, Hans-Sachs-Str. 8a, D-93049 Regensburg, Fon (09 41) 2 83 79, Fax 27 02 27, e-mail: KartenhausKollektiv@t-online.de

SCHWARZ-ROTE-WOCHEN RHEIN-NECKAR – UND EIN AUFRUF:

Heraus zum 1. Mai 1997

Liebe Mitmenschen, Genossen und Genossinnen,

dieser Aufruf richtet sich an alle, die den massiv voranschreitenden Entwicklungen wie Sozialabbau, Ausgrenzung, Individualisierung und dem Machtstreben Deutschlands nicht länger passiv gegenüberstehen wollen, sondern gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Gruppen und Menschen ihren Protest auf die Straße tragen wollen.

Die Situation hierzulande hat sich in den letzten Jahren zunehmend verschärft. Kohls Spruch von 1990 »keinem wird es schlechter gehen als vorher« (wenn auch in anderem Zusammenhang) hat sich als das herausgestellt, was er schon damals war: purer Populismus. Solche Sprüche hatte er 1993 schon nicht mehr nötig. Da setzte er, und mit ihm große Teile der Herrschenden, auf Konfrontationskurs. Mit dem »kollektiven Freizeitpark Deutschland« trieb er die Hetze gegen »Sozialmißbrauch« voran. Seitdem vergeht kein Tag mehr, an dem kein neuer »Sparvorschlag« verkündet wird: Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall; Besteuerung von Renten und Arbeitslosengeld; Abbau der ABM-Stellen, Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen; Kürzung von Arbeitslosenhilfe/-geld und Sozialhilfe; Arbeitszwang für SozialhilfeempfängerInnen; Einstiegslöhne für Langzeitarbeitslose; Kürzungen der Leistungen für AsylbewerberInnen; Einführung von Studiengebühren usw.. Aber auch viel grundsätzlicher: die Arbeitslosigkeit steigt ständig; die Rente wird insgesamt in Frage gestellt; wir erleben drastische Einschnitte im Gesundheitswesen, außerdem eine (ausgewogene?) »Steuerreform«; immer mehr Menschen werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt, verarmen oder sie werden abgeschoben; und gleichzeitig findet eine Vereinsamung quer durch alle Bevölkerungsschichten statt; von drängenden Umweltproblemen oder auch dem Zulauf der Rechten ganz zu schweigen.

Diese Entwicklungen sind nicht zufällig, denn das Ganze hat System. Es sind Eigenschaften einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, bei der ein Gewinnstreben um jeden Preis an oberster Stelle steht. Ein kleiner Prozentsatz der Menschen kontrolliert (wenn auch mit verschiedenen Zielsetzungen) die dazu notwendigen Möglichkeiten - auf Kosten von uns allen. Und wir sehen uns einem immer wieder kehrenden Mittel des Machterhalts gegenüber, einem irrationalen und bewußt geschürten Haß: die Menschen werden nach Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität gespalten bis hin zur individuellen Ellenbogengesellschaft, um von den wahren Problemen abzulenken. Die Herrschenden verschärfen die Widersprüche und Konfrontationslinien, die die Menschen voneinander trennen, um ihre Herrschaft, ihr System von Ausbeutung und Unterdrückung aufrecht zu erhalten und möglichst zu festigen.

Jene Teile der Gesellschaft fühlen sich im Moment wieder einmal stark genug, ihr menschenverachtendes Gewinnstreben noch unverhüllter voranzutreiben. Trotz steigender Gewinne fallen die sozialen Zugeständnisse der letzten Jahrzehnte Schritt für Schritt diesem Streben zum Opfer. Dabei wollen wir aber nicht vergessen, daß dieser Reichtum, an dem wir in kleinem Maße zu unserer Ruhigstellung haben »naschen« dürfen (z.B. Sozialpartnerschaft), auch auf Kosten früherer Generationen aufgehäuft wurde, ebenso wie er bis heute durch die Ausbeutung der sogenannten 3. Welt genährt wird. Damals wie heute dienen die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft aber auch der Ressourcen aus diesen Ländern dem Ausbau und der Festigung der hiesigen Wirtschaft.

Wie immer stellt sich auch heute die Frage, wie unsere nächsten Schritte aussehen könnten. Wäre es nicht sinnvoll, daß wir unsere Probleme selber in die Hand nehmen, uns informieren, den gegenseitigen Austausch vorantreiben, uns organisieren und politisch aktiv werden? Aktiv werden deshalb, weil wir glauben, daß die etablierten »Interessensvertretungen« wie die bestehenden Partei- und Gewerkschaftsspitzen keineswegs unsere Interessen vertreten, sondern die einer kleinen Gruppe von (wirtschaftlich) Mächtigen. So sind die Gewerkschaften zu sehr in das herrschende System integriert, um noch einen effektiven Gegenpol zur Ausbeutungspolitik zu bilden. Es wäre paradox, die Lösung unserer Probleme in die Hände derjenigen zu legen, die sie vorsätzlich verursachen.

Die Entwicklungen in anderen Ländern machen Hoffnung, daß die Menschen in der Lage sind, für ihre Rechte einzutreten und dafür auf den Straßen und in den Betrieben zu kämpfen: In Frankreich vereinigten sich ArbeiterInnen und StudentInnen im Widerstand gegen die Sparpolitik der Regierung, in Südkorea bildet sich ein Massenprotest gegen das Verbot der Zulassung von unabhängigen Gewerkschaften, in Israel legte ein Generalstreik gegen die Sparpläne der Regierung das ganze Land lahm und in Südkorea besetzten ArbeiterInnen ihre Fabrik und setzten sie in Brand, als sich ihre Bosse nicht auf Verhandlungen einließen.

- **Für eine gleichberechtigte herrschaftsfreie Gesellschaft**
- **Keine Befreiung ohne Revolution**
- **Zusammen kämpfen**

Im Rahmen der »Schwarz-Roten-Wochen Rhein-Nekkar« (siehe auch CONTRASTE Nr. 150, S.2) finden neben der »Revolutionären 1. Mai-Demonstration« (Mannheim, Paradeplatz, 11 Uhr) über 15 Veranstaltungen statt (Termine s. Seite 15 in dieser Ausgabe). Mit den »Schwarz-Roten-Wochen Rhein-Neckar« soll eine Art Plattform geschaffen werden, auf der sich verschiedene linke Projekte, Gruppen oder Ansätze einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen können, um so die Vielschichtigkeit »linksradikaler Politik« aufzuzeigen. Zum anderen ist es der Versuch, die Zusammenarbeit fortschrittlicher Gruppen und Einzelpersonen in der Region wiederzubeleben, oder zu verbessern.●

WAS MAN WISSEN MUSS:

Kleines Lexikon der Globalisierung, 4. und letzte Folge

PROTEKTIONISMUS:
Der Begriff (lat. = Schutz) bezeichnet eine Wirtschaftspolitik, die den einheimischen Markt durch Handelsschranken vor ausländischer Konkurrenz zu schützen sucht. Durch Zölle, Handelsbeschränkungen oder staatliche Eingriffe in die Devisenwirtschaft sollen Produktionszweige erhalten werden, die sonst in der Konkurrenz untergehen würden. Protektionistische Maßnahmen, mit denen die Europäische Gemeinschaft beispielsweise ihre landwirtschaftliche Produktion vor billiger Konkurrenz schützt, stehen im Gegensatz zu den liberalen Prinzipien des Freihandels. In den Verhandlungen bei der Welthandelsorganisation zwischen Nord und Süd geht es wesentlich um den Abbau solcher Handelsschranken.

SOZIALKLAUSEL:
Eine Sozialklausel in Handelsvereinbarungen und auf der Ebene der Welthandelsorganisation soll für die weltweite Durchsetzung sozialer Mindeststandards sorgen, wie sie in den Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation festgelegt sind. Dazu gehören das Verbot von Kinderarbeit, von Diskriminierung und Zwangsarbeit und die Anerkennung des Rechts auf Vereinigungsfreiheit und kollektive Tarifverhandlungen. Damit sollen dem sogenannten Sozialdumping Grenzen gesetzt und den Unternehmern die Möglichkeit genommen werden, Produktionskosten und Preise durch Verletzung sozialer Mindeststandards zu drücken. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) unterstützt die Forderung nach einer Sozialklausel ebenso wie das Europäische Parlament. In manchen Entwicklungsländern gibt es die Befürchtung, daß derartige Klauseln von den Industrienationen zum Schutz vor unerwünschter, billiger Konkurrenz mißbraucht werden könnten.

TERMS OF TRADE:
Regeln der Preisbildung im nationalen Warenaustausch. Heftig diskutiert werden die terms of trade im Zusammenhang mit der ständigen Verschlechterung der Austauschverhältnisse für die Rohstoffe exportierenden Länder. Während die Preise für unverarbeitete Güter auf dem Weltmarkt kontinuierlich fallen, werden Industriegüter laufend teurer. Die Entwicklungsländer müssen daher zur Finanzierung ihrer Importe immer größere Mengen unverarbeiteter Waren exportieren.

Wichtige neue Bücher zur Globalisierung

Paul Kennedy
IN VORBEREITUNG AUF DAS 21. JAHRHUNDERT
Fischer Verlag, Frankfurt a.M. 1993

Hans-Peter Martin/Harald Schumann
DIE GLOBALISIERUNGSFALLE
Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand
Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1996

Robert B. Reich
DIE NEUE WELTWIRTSCHAFT
Das Ende der nationalen Ökonomie
Ullstein Verlag, Frankfurt a.M./Berlin 1993

Horst Afheldt
WOHLSTAND FÜR NIEMAND?
Die Marktwirtschaft entläßt ihre Kinder
Verlag Antje Kunstmann, München 1994

Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf
GRENZEN DER GLOBALISIERUNG
Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft
Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1996

Jeremy Rifkin
DAS ENDE DER ARBEIT – UND IHRE ZUKUNFT
Campus Verlag, Frankfurt a.M./New York 1995

Ernst Ulrich von Weizsäcker
ERDPOLITIK
Ökologisches Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt
Verlag Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1990

QUELLE: UNDP, HUMAN DEVELOPMENT REPORT 1995; WELTBANK; WELTENTWICKLUNGSBERICHT 1995

ZUM TAG DER POLITISCHEN GEFANGENEN

Freiheit für alle politischen Gefangenen! – weltweit!
LIBERTAD!

Göttinger Tageblatt
Revolutionäre Morgenpost • Göttinger Zeitung für's Volk
Nr. 1/täglich – 12. Woche | Dienstag, 18. März 1997 | kostenlos
Extraausgabe • Freiheit für alle politischen Gefangenen – weltweit!

KURZNACHRICHTEN
Aus der Haft entlassen
Irene Vierz – Aktivistin aus der Bewegung 2. Juni und der Rote Armee Fraktion (RAF) – wurde am 25.1.1997 nach 7jähriger Haftzeit entlassen. Sie war 1989 im Zuge der Abwicklung der DDR in Magdeburg festgenommen und anschließend verurteilt worden.
Auch *Marc Rudin* ist seit Februar 1997 frei. Der Schweizer Graphiker unterstützte in den 70er Jahren militant internationale Befreiungsbewegungen. Wegen eines angeblichen Bankraubüberfalls in der Schweiz verfolgt, kämpfte Marc Rudin, seit 1979 im Nahen Osten für ein freies Palästina. Die Türkei lieferte ihn 1993 an Dänemark aus, nachdem er für zwei Jahre in einem türkischen Gefängnis eingesperrt war. In Dänemark wurde er zu einer 5jährigen Haftstrafe verurteilt. Im Februar 1997 lieferte Dänemark ihn ohne rechtliche Grundlage an die Schweiz aus. Dort wurde er

Niedersächsischer Hochsicherheitstrakt
Demonstration anläßlich des Hungerstreiks politischer Gefangener 1989.
Das Celler Gefängnis verfügt über einen Hochsicherheitstrakt, in welchem die politische Identität politischer Gefangener unter isolationshaftbedingungen gebrochen werden soll.
In Celle finden zur Zeit, vor der Staatsschutzkammer Prozesse gegen Kurdinnen und Kurden wegen ihrer politischen Aktivitäten statt.

AUS DER REGION
Nachschlag 2. Oktober 1996
Nach der Einstellung des §129-Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) aus Göttingen wurde die traditionelle Demonstration autonomer Gruppen am 2. Oktober 1996 als erste öffentliche Aktion der Gruppe in der Öffentlichkeit dargestellt.
Am Vortag des sogenannten „Tages der Wiedervereinigung" waren nicht nur Pressekameras auf die Demonstration gerichtet, auch Überwachungskameras der Polizei bannten Bilder auf Zelluloid. „Gegen Polizeiterror und Sozialabbau – Kapitalismus abschaffen!", so lautete das treffende Motto jener Tage.
Die von den Medien herbeigeredeten Ausschreitungen blieben aus (GT berichtete), jedoch nicht das weiter auf Eskalation setzende Verhalten der Göttinger Polizei. So wurden bereits 5 Personen zu einer polizeilichen Vorladung auf das politische Revier gezwungen. Ihnen wird vorgeworfen, an der Demonstration, die – wie üblich – nicht angemeldet war,

GEFÄNGNIS / „Weiße Folter" gegen Gefangene
Freiheit für alle politischen Gefangenen

SONDERGESETZE / Politische Ausrichtung der §§129/129a
Große Lauschangriffe längst Realität

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Pünktlich zum »Tag der politischen Gefangenen« am 18. März erschien eine zweiseitige Extraausgabe des »Göttinger Tageblatt« mit dem Logo von »Libertad !« und interessanten Beiträgen, die ansonsten keinen Platz in der Göttinger Monopolzeitung finden. Neben der Hauptforderung »Freiheit für alle politischen Gefangenen« gab es u.a. Beiträge zu Mumia Abu-Jamal, zu den Sondergesetzen § 129/129a, zur politischen Justiz und einen Bericht über den Besuch des Europasprechers der MRTA (Peru) in Göttingen. Im Editorial übt das Göttinger Tageblatt Selbstkritik: *»Da erscheint das Göttinger Tageblatt Tag aus, Tag ein. Wir berichten mit Vorliebe – vor allem im Regionalteil Göttingen – über freiwillige Feuerwehren, Gesangsvereine, Entenmamis und ihren Jungen auf Zebrastreifen, Dackelzüchtervereine und Treffen der Mittelstandsvereinigung. Wir versuchen alles möglichst kurz und provinziell zu halten, damit die Leute sich nicht mit schwierigen gesellschaftspolitischen Fragen beschäftigen müssen. Da bleibt der Inhalt auf der Strecke, man ergeht sich in Oberflächlichkeiten. Aber das ist gut so.*

Politisch wird es allenfalls zum Wahlkampf und das dürfte auch den geneigten Leserinnen und Lesern verständlich sein: wir berichten vor allem wohlwollend über CDU, FDP und SPD. Die ewig kritischen Stimmen einiger Grüner im Göttinger Stadtrat oder gar die zum Teil fundierten Argumente der PDS, die schaden ja letztlich unserer eigenen Existenz. Politisch vertreten ja die drei genannten Parteien und Teile der Grünen das, was wir wollen: Profite anhäufen. Über Aktivitäten außerparlamentarischer Gruppierungen, wie der Autonomen Antifa (M) oder den Castor-Widerstand räumen wir nur Platz ein, wenn das Landeskriminalamt und die Pressestelle der Polizei vorher ihr Einverständnis geben. Wir haben schließlich das Monopol und können bestimmen, was gesellschaftlich wichtig erscheinen soll und was nicht. So dürfte auch das folgende der Leserschaft einsichtig sein: Bei unserer Art von Journalismus – mit dem wir im übrigen nicht alleine stehen (95% aller Tageszeitungen agieren so) – geht es darum, daß die jeweilige Meldung Marktwert besitzt, sich also verkaufen muß. Es geht dabei nicht um die Pflicht unserer Zeitung als historische Chronisten oder gar um Wahrheitsfindung. Eine Meldung muß sensationell bis spektakulär, kurz und schnellebig sein.

Schließlich muß sich unser Blatt ja verkaufen.

Wie lautete schon unsere selbstkritische Anzeigenkampagne Anfang der 90er Jahre, als wegen unserer reaktionären Berichterstattung viele Abonnentinnen und Abonnenten ihre Verträge kündigten: ***Im Göttinger Tageblatt steckt Einfalt.*** *In diesem Sinne.« (HS)*

Schöne Einsichten – und damit das auch alle mitbekommen wurde das Extrablatt in hoher Auflage an die Göttinger Haushalte kostenlos verteilt.●

EINLADUNG ZUR CONTRASTE-FÖRDERUNG

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr. (mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V. · Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

ARBEITSPROGRAMM FÜR SPD-FUNKTIONÄRE

»Arbeit statt reden«-Programm aufgelegt
– Bundesweites Modellprojekt möglich

Billige Arbeitskräfte für den Selbstverwaltungssektor

Gertrud Selzer, Redaktion Saarland ● Die AKTION 3.WELT Saar begrüßt die Initiative der saarländischen JUSOS, hauptberufliche Mandatsträger der SPD zu 12 Arbeitstagen pro Jahr zu verpflichten. Dies hatten die saarländischen Jusos auf ihrer Landeskonferenz Mitte März beschlossen. In ihrer Begründung verwiesen sie unter anderem auf Che Guevara, der »bei Auslandsreisen Land und Leute verstehen lernte, indem er mit den Menschen zusammen arbeitete«. Der Arbeitseinsatz soll während den Parlamentsferien geschehen. Ein Bezug auf die Volksrepublik China, wo ähnliche Versuche durchgeführt wurden, nehmen die Jusos jedoch nicht.

Die AKTION 3.WELT Saar erklärt sich bereit, jährlich drei sozialdemokratischen Funktionären einen Blick in die Arbeitswelt ihrer Einrichtung zu ermöglichen. Neben Kreativangeboten stehen auch verschiedene handwerkliche Arbeiten im Haus der 3.Welt Organisation auf dem Programm. Die Maßnahme trägt den Titel »ARBEIT STATT REDEN«. Für eine fachliche Begleitung durch einen erfahrenen Anleiter oder eine Anleiterin wird gesorgt. Unklar ist bisher lediglich, ob sich die AKTION 3.WELT Saar als Trägerin der Maßnahme ihre sozialdemokratischen Lieblingsfunktionäre aussuchen kann oder ob man nehmen muß, was kommt.●

SAARLAND/RHEINLAND-PFALZ: SPD UND CDU GEMEINSAM GEGEN KRIEGSDIENSTVERWEIGERER

Kein Asyl für türkische und kurdische Deserteure

»Ich werde niemand aus dem Saarland abschieben, der wegen Kriegsdienstverweigerung und Desertation mit schwerwiegenden Folgen zu rechnen hat, schwindelte der saarländische Innenminister, Friedel Läpple (SPD), im Landtag in Saarbrücken. Im Anschluß daran lehnte er gemeinsam mit seinen sozialdemokratischen GenossInnen, darunter auch Kriegsdienstverweigerer, und der CDU einen Antrag von Bündnis90/Die Grünen ab. Diese forderten Asyl für Kriegsdienstverweigerer, »die in ihren Herkunftsländern mit Inhaftierungen zu rechnen haben.«

Roland Röder, Redaktion Saarland ● Die bündnisgrüne Abgeordnete Gabriele Bozok hatte in der Begründung ihres Antrages auf die systematische Vernichtung kurdischer Dörfer durch die türkische Armee verwiesen. »Kriegsdienstverweigerer treten mit ihrer Entscheidung eindeutig für politische und gegen militärische Lösungen von Konflikten ein. In der Türkei ist Kriegsdienstverweigerung verboten und wird wegen dem »Versuch, das Volk vom Militär zu distanzieren und die Willenskraft der Nation zu schwächen (Art. 155 des türkischen Strafgesetzbuches) mit hohen Haftstrafen geahndet. Grundlage des Antrages war eine Empfehlung des Rates der Europäischen Union vom März 1996. Danach dürfen Kriegsdienstverweigerer nicht abgeschoben werden, wenn sie durch die Erfüllung ihrer Wehrpflicht dazu gebracht werden, an Handlungen teilzunehmen, die den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen zuwiderlaufen. Die »Aktion 3.Welt Saar« hatte in einem Schreiben an die Landtagsfraktionen in Mainz und Saarbrücken unter Bezugnahme auf die EU-Empfehlung die Anerkennung von Kriegsdienstverweigerung als Asylgrund gefordert. Die SPD Rheinland-Pfalz hatte dies bereits in ihrem Antwortschreiben vorn 3.12.1996 abgelehnt.

Richter bestätigt Arbeit des türkischen Geheimdienstes in der BRD

Seit 16.0ktober letzten Jahres ist der kurdische Kriegsdienstverweigerer Seyit Mehmet Genç, der vier Jahre im Saarland lebte, untergetaucht. Er hatte sich mehrfach öffentlich als Kriegsdienstverweigerer bekannt und sich für eine politische Lösung der Kurdistanfrage unter Einschluß der PKK ausgesprochen. Während seine Familienangehörigen Asyl in der BRD erhalten haben, wurde sein Antrag immer wieder abgelehnt. In seiner letzten Asylverhandlung die in seiner Abwesenheit geführt wurde, räumte der Richter am Verwaltungsgericht Saarlouis ein, daß der türkische Geheimdienst im Saarland arbeitet. Anschließend lehnte er den Asylantrag ab.

SPD weiß von nichts – Jusos sind sauer

Die »Aktion 3.Welt Saar« hatte den Fall ihres Vereinsmitgliedes Mehmet Genç öffentlich gemacht. In mehreren Zeitungen, Rundfunk- und TV-Programmen wurde über ihn berichtet. Genç soll aus dem Saarland in die Türkei abgeschoben werden. Innenminister Läpple behauptete dagegen in der Landtagsdebatte der Ausländerbehörde läge kein solcher Fall vor. Auch der SPD-Landtagsfraktion in Mainz ist nach eigenen Angaben kein Fall bekannt, daß ein Kriegsdienstverweigerer abgeschoben wurde, auf den die EU-Empfehlung zutrifft, meint jedenfalls MdL Karl Peter Bruch. Für Carsten Klein, Juso-Vorsitzender im Unterbezirk Saarlouis, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Er warf der SPD-Fraktion vor, daß sie »lieber mit der CDU den Schulterschluß mit den Artikel 16-Killern sucht«. Für den nächsten SPD-Parteitag kündigte er einen Antrag an, wonach Kriegsdienstverweigerern Asyl gewährt werden soll.●

Die türkische Armee wird bei jungen Männern immer unbeliebter. Über 250.000 verweigern nach Angaben des Kriegsministeriums in Ankara den Gang in die Armee. Werden sie von der Polizei gefaßt, drohen ihnen hohe Haftstrafen. Foto: Bildarchiv AKTION 3.WELT Saar

INTERVIEW:

Ein kurdischer Kriegsdienstverweigerer in der Illegalität

Seit 16. Oktober 1996 lebt der kurdische Kriegsdienstverweigerer Seyit Mehmet Genç illegal irgendwo in Europa. Er mußte untertauchen, um seiner schon beschlossenen Abschiebung aus dem Saarland in die Türkei zu entgehen. Seyit Mehmet Genç bekannte sich mehrfach öffentlich zu seiner Kriegsdienstverweigerung und ist Mitglied der »Aktion 3.Welt Saar«. In der Türkei ist Kriegsdienstverweigerung verboten und wird als »Versuch das Volk vom Militär zu distanzieren und die Willenskraft der Nation zu schwächen« (Art. 155 des türkischen Strafgesetzbuches) mit hohen Haftstrafen bestraft; siehe dazu auch den oben stehenden Beitrag. Das Interview mit Seyit Mehmet Genç führte Roland Röder vor wenigen Tagen.

Seyet Mehmet Genc (rechts am Transparent »Abschiebung ist Mord«) auf einer Demonstration gegen Abschiebungen am 28.9.1996 in Saarbrücken Foto: Bildarchiv AKTION 3.WELT Saar

Alltag

Roland: *Mehmet, Du bist am 16. Oktober 1996 untergetaucht. Du solltest an dem Tag abgeschoben werden. Wie verläuft Dein Alltag, wie gehst Du einkaufen? Wie verhältst du Dich auf der Straße?*

Mehmet: Ich wohne bei verschiedenen Freunden und die sorgen für mich. Es ist allerdings schwer, Kontakt zu ihnen zu bekommen. Zuerst gingen die Freunde für mich einkaufen. Aber in letzter Zeit gehe ich auch selber einkaufen. Außerdem ist es ziemlich langweilig, wenn man jeden Tag in einem Haus ist.

Mußtest Du in vergangenen 5 Monaten zum Arzt?

Ja, ich mußte zum Arzt, konnte aber nicht hingehen. Ich mußte mit den Schmerzen leben.

Gehst Du häufiger nach draußen auf die Straße oder hast Du Angst vor Polizei?

Ich gehe nicht sehr oft nach draußen auf die Straße. Seit 5 Monaten kann ich nicht einkaufen gehen. Wenn ich raus gehe, gehen mir Gedanken durch den Kopf, ob Polizisten hinter mir sind, oder ob die mich gleich verhaften. Ich kann mich nicht frei bewegen. Ich habe immer das Gefühl, daß ich verfolgt werde. Wenn ich jemanden gesehen habe oder sehe, da frage ich mich immer, wer er ist, ob er ein Polizist ist, ob er mich beobachtet oder ob er mich verhaften wird.

Woher nimmst du das Geld für dein Lebensunterhalt? Reicht das Geld?

Die Freunde unterstützen mich finanziell und ich gebe nicht so viel Geld aus. Es gibt allerdings auch Situationen, wo ich kein Geld habe.

Kriegsdienstverweigerung

Seit wann bist Du Kriegsdienstverweigerer, gab es ein entscheidendes Erlebnis für Dich?

Zum ersten war es der schmutzige Krieg, der gegen die Kurden geführt wird. Das hat dann dazu geführt, daß ich den Krieg verweigere.

Heißt das, daß Du nur nicht in die türkische Armee gehen willst?

Ich will generell zu keiner Armee.

Spielte das Thema KDV schon in der Türkei, als Du noch dort gelebt hast, für Dich eine Rolle? Wurde darüber gesprochen?

Ja, ich traf meine Entscheidung schon in der Türkei. Ich diskutierte damals schon über das Thema. Die Soldaten waren immer bei uns im Dorf und haben dort die Menschen unterdrückt und massakriert und das hat dazu geführt, daß ich den Kriegsdienst verweigere.

Was sagen Deine türkischen und kurdischen Freunde zu Deiner Entscheidung?

Viele Freunde – vor allem kurdische Freunde – unterstützen mich.

PKK

Wie sieht die PKK das Thema KDV?

Die PKK stimmt zu, daß viele den Dienst verweigern und sagt, daß keiner in die türkische Armee gehen soll.

Welche Vorstellung hast Du von einer Lösung der kurdischen Frage in der Türkei?

Dieser Krieg muß aufhören. Die Kurden sollen ihre Rechte bekommen und sie sollen frei kurdisch sprechen dürfen und es soll kurdische Schulen und Fernsehsender geben.

Soll es dort die Möglichkeit geben, den Kriegsdienst zu verweigern?

Ich bin dafür.

Mit oder ohne zivilen Ersatzdienst?

Sie sollen eine zivilen Ersatzdienst machen.

Und was hältst Du von Totalverweigerung? Es gibt hier in der BRD, in Frankreich und Spanien Menschen, die sagen »wir gehen nicht zu Armee, wir verweigern den Kriegsdienst, aber wir machen auch keinen Ersatzdienst, weil er ein Zwangsdienst ist, zu dem man vom Staat gezwungen wird«.

Es wäre natürlich besser, wenn man nicht in die Armee gehen müßte und keinen Ersatzdienst leisten müßte.

Wie ist Dein Verhältnis zu PKK?

In der Türkei braucht man nicht Mitglied der PKK zu sein, es reicht schon, wenn man ein Kurde ist. Dann wird man unterdrückt und gefoltert.

Ich fragte aber nach Deinem Verhältnis zur PKK.

Ich finde es gut, daß es die PKK gibt und bin dafür, daß es den Befreiungskampf der PKK gibt.

Du unterstützt den Befreiungskampf der PKK obwohl Du Kriegsdienstverweigerer bist?

Wenn die türkische Regierung die Dörfer zerstört und versucht die Kurden zu vernichten, dann muß man dagegen etwas tun.

Gibt es von Deiner Seite eine politische oder finanzielle Unterstützung für die PKK?

Zur Zeit kann ich die PKK nicht finanziell unterstützen, weil ich selber zur Zeit finanzielle Probleme habe. Ich habe aber Sympathie für die PKK.

Wenn du Geld genug hättest, würdest du die PKK finanziell unterstützen?

Ich würde es so wie die anderen PKK-Sympathisanten tun. Wenn ich genug Geld hätte, würde ich die PKK finanziell unterstützen.

Wie sah bisher Deine politische Unterstützung der PKK aus?

Ich habe an Demonstrationen und Hungerstreiks für eine politische Lösung der Kurdistanfrage teilgenommen

Liest Du zur Zeit ein Buch oder sonst etwas?

Ich lese in der Hauptsache die Zeitung »Özgür Politika«.

Zukunft

Hast Du in den vergangenen 5 Monaten schon einmal daran gedacht aufzugeben, Dich der Polizei zu stellen und abgeschoben zu werden?

Nein.

Kein Zweifel?

Kein Zweifel, weil ich glaube, daß ich recht habe.

Aber Deine Asylanträge sind abgelehnt worden. Kommen Dir in dieser Situation keine Zweifel, ob Du den Druck und die Angst noch aushalten kannst. Du kannst jeden Tag, jeden Moment verhaftet und in die Türkei abgeschoben werden?

Wenn ich mich jetzt stelle und in die Türkei abgeschoben werde, dann ist es für mich dort noch gefährlicher als hier.

In Deinem letzten Asylverfahren, das im Dezember in Saarlouis verhandelt wurde, warst Du selber nicht dabei. Der Richter, der Deinen Asylantrag abgelehnt hat, gab zu, daß der türkische Geheimdienst im Saarland arbeitet. Hast Du davon etwas gemerkt? Haben sie dich beobachtet?

Ja. Ich bin mir ganz sicher, daß die mich beobachtet haben. Wenn ich im Verein war oder an Demonstrationen teilgenommen hatte, waren sie immer da.●

Anzeige

Stopp Castor! Stopp Atom!

Aktionsbroschüre gegen Atommülltransporte

Immer mehr Menschen und Gruppen wollen sich gegen Atommülltransporte wehren. Falls Euch das ebenso geht, kann Euch diese Broschhüre weiterhelfen: Wir haben Informationen zu Atommülltransporten, dem Entsorgungsdilemma, Aktionsideen, Rechtshilfe-Infos, Tips zur Organisierung und vieles mehr zusammengetragen.
Ein Exemplar kostet 5 DM. Ab fünf Exemplaren kostet jede Broschüre 4 DM und ab 20 Exemplaren 3,50 DM. Zu den Preisen kommen noch die Versandkosten.

Format DIN A5, 60 Seiten, ISBN 3-932270-03-7

Tolstefanz
Wendländisches Verlagsprojekt

Tolstefanz, 29439 Jeetzel 41, Tel.+Fax: 05841 / 45 21

REGIONALISIERUNG – PROGRAMM DER EMANZIPATION, MODERNISIERUNGSPOLITIK ODER ARMUTSVERWALTUNG?

Ist kleiner wirklich besser?

Das »Small is beautiful« der Energiediskussion der 70er Jahre ist auf der Ebene der gesellschaftlichen Produktion schon beinahe Realität geworden: die Betriebe verkleinern sich, teilen sich auf, individuelle Produktion und Dienstleistung ist (wieder) gefragt. Vielleicht steht sogar das Handwerk vor einer neuen Renaissance?

Foto: Gordon R., Ebenau

Regionalisierung – Begleitprogramm zur Verarmung oder ...

Von Bernd Hüttner, Bremen ● Mit in diesem Trend lag auch die Wiederentdeckung des Landes als angeblich »ursprünglich« durch die neuen sozialen Bewegungen der letzten 25 Jahre, spielten sich doch die meisten Auseinandersetzungen um technische Großprojekte im ländlichen Raum ab. Die Wiederentdeckung des »kleinen«, der »Natur«, des »ursprünglichen« läßt sich in vielen kulturellen Bereichen (von der Ernährung bis zum Urlaub) nachweisen und hängt mit der Krise des Fordismus zusammen. Der Fordismus prägte bestimmte Vorstellungen und Bilder (von Fortschritt, Emanzipation, Sauberkeit usw.), die in seiner Krise brüchig wurden. In diesem Zusammenhang des Strebens nach kleinen, überschaubaren Einheiten und einer damit – nicht nur oppositionell begründeten – Abkehr von den Entwicklungsversprechungen der großen Einheiten (Fabrik, Sozialstaat, Partei) steht auch die Diskussion um Regionalisierung, die in den letzten zehn Jahren stark zugenommen hat. Daß kleinere Einheiten aber nicht unbedingt gerechter und demokratischer sind, zeigen schon die Unterschiede der Situation von ArbeiterInnen in Klein- und Großbetrieben.

Das Spektrum derer, die für »Regionalisierung« eintreten, ist erstaunlich breit, es reicht vom Wuppertal-Institut und der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland«, linken und bürgerlichen Ökonominnen, die Agraropposition bis hin zum Arbeitsschwerpunkt »Ökologie und Herrschaftskritik« des BUKO. Es ist zu vermuten, daß unter »Regionalisierung« jeweils unterschiedliche Ansätze verstanden werden, oder etwa doch nicht?

Regionalisierung und ...

Regionalisierung meint im Grundsatz eine Politik, die Warenströme kürzer macht, die versucht, die in der Region vorhandenen Fähigkeiten und Rohstoffe zu nutzen und mit diesen zu wirtschaften, statt sich auf ein rein instrumentelles, nur auf Wachstum setzendes ökonomisches Denken zu orientieren. Sie will die in der Region vorhandenen sozialen, kulturellen und naturräumlichen Gegebenheiten einbeziehen und versucht, Entscheidungsbefugnisse von oben nach unten zu verlagern. Regionen werden sehr unterschiedlich definiert. Sie können naturräumlich, verwaltungsrechtlich oder sozial-kulturell beschrieben werden. Eine Region kann mehrere Gemeinden oder auch Landkreise umfassen. Die sinnigste Definition einer »Region« scheint mir die Größe von mehreren Landkreisen zu sein.

Eigenständige Regionalentwicklung entstand in den 70er Jahren in Österreich und fand danach Eingang in andere europäische Länder, vor allem in deren periphere ländliche Regionen. Mit eigenständiger Regionalentwicklung sollen die in der Region vorhandenen Potentiale entdeckt und genutzt werden, sie können naturräumlicher, ökonomischer, kultureller Art sein. Der Bruch mit der industriellen Entwicklungslogik lag in dem Gedanken, nicht mehr auf Industrialisierung und Entwicklung von außen, also den Zentren oder Städten des Landes zu setzen. Konzepte eigenständiger Regionalentwicklung, die seit neuerem natürlich alle 'nachhaltige Regionalentwicklung' heißen, sind heute relativ verbreitet und haben entschärft auch Eingang in staatliche Politik, etwa der Dorfentwicklung, der regionalen Wirtschaftsförderung oder der Landwirtschaft gefunden.

Regionalisierungsbestrebungen sind in mindestens zwei Richtungen zu unterscheiden. Zum einen in die einer eigenständigen oder auch sozialökologischen Regionalentwicklung »von unten« und zum anderen die einer Modernisierung von »oben« (z.B. durch Regionalisierung der durch Struktur- und Wirtschaftspolitik). Das Konzept der radikalen regionalen Autonomie, wie es die Position der 'Abwicklung des Nordens' diskutiert (1) wäre zur ersten Variante zu zählen. Das Wuppertal-Institut bezieht sich mit seinen Leitbildern »Rechtes Maß für Zeit und Raum«, der »zyklischen Produktionsprozesse« und der »Regeneration von Land und Landwirtschaft« ebenfalls auf die Diskussion (2). In gewissem Sinne quer dazu – da sowohl »von unten« als »von oben« denkbar – liegen Ansätze der Lokalökonomie, die in noch kleineren Einheiten (Stadtteil, Betrieb) denken und arbeiten als die Regionalentwicklung.

... internationaler Kapitalismus

Regionalisierung scheint, neben anderem, die Strategie gegen die angeblich zunehmende »Globalisierung« zu sein. Ich wage zu bezweifeln, daß die Globalisierung schon so weit fortgeschritten oder bestimmend ist, wie gemeinhin angenommen wird (3). 60 Prozent der deutschen Exporte gingen 1992 in das europäische Ausland, über 30 Prozent des Welthandels spielt sich innerhalb Europas ab. Die meisten Lebensmittel werden heute – Industrialisierung hin oder her – noch in dem Bundesland (ohne Stadtstaaten) erzeugt, in dem sie dann verbraucht werden.

Regionalisierung als Modernisierung von »oben«

Im Zuge sozialdemokratischer, linksgewerkschaftlicher und neokonservativer Modernisierungspolitik gab und gibt es Bestrebungen, Entscheidungsstrukturen zu verschlanken und damit zu effektivieren (4). Kompetenzen in der Subventionsvergabe, der Arbeitsmarkt-, bis hin zur Forschungs- und Technologiepolitik, sollen auf Landkreis-oder Regierungsbezirksebene verlagert werden. Sektorales, das heißt nur auf einen Produktionssektor (z.B. Maschinenbau) bezogenes Denken und Handeln, soll von einem »ganzheitlichen« Ansatz, der alle Handelnden und ihre verwertbaren Potentiale miteinbezieht, abgelöst werden. Inwieweit diese Programme erfolgreich im Sinne ihrer ErfinderInnen waren, mag ich nicht zu beurteilen. Sie werden immer noch vehement angewendet und erleben in den neuen Bundesländern eine Renaissance, und auch die Raumplanung wird mittels der in letzter Zeit verstärkt in Mode gekommenen 'Regionalen Entwicklungskonzepte' (REK) und dementsprechender Konferenzen »regionalisiert«. Interessant ist bei dieser Art der Regionalisierung, daß sich oftmals eine innovative Gruppe von Menschen hervortut, deren theoretischer Hintergrund die Regulationstheorie ist (5). Sie versteht sich selbst als kritisch und ihr Tun als gegen die Standortlogik und die Globalisierung gerichtet, was es faktisch aber nicht ist. Die Übergänge zwischen der Regionalisierung von Wirtschafts- und Strukturpolitik und der dumpfen Ansiedlungs- und Standortpolitik sind fließend, da beide nicht mit Kapitalismus, Konkurrenzlogik und ihrer lokal-nationalistischen Unterfütterung brechen. Ziel und Ergebnis der harten und der 'sanften', aber jeweils herrschaftsförmigen Varianten von Regionalisierung ist die Effektivierung der Verwertung von Mensch und »Natur«.

Regionalentwicklung – ein Armutsprogramm?

Die Etablierung von Gedankengut der eigenständigen Regionalentwicklung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß seine Reichweite und Wirksamkeit begrenzt ist. Kommt es zu einem größeren, plötzlichen »Crash«, sind Konzepte eigenständiger Regionalentwicklung überfordert. Sie brauchen viel Zeit. Zeit zum Aufbau, zum Experiment und zur Kooperation, jenseits der zyklischen, in starren Zeithorizonten ablaufenden staatlichen Haushaltspolitik. Der Geograph Ingo Mose, der ansonsten der eigenständigen Regionalentwicklung verbunden ist, geht weiter. Er spricht davon, daß eigenständige Regionalentwicklung ein Programm für Armutsregionen sei (6). Dies trifft größtenteils zu, da sie vor allem in Regionen angewandt wurde, die nicht gerade wirtschaftlich »stark« waren – und sich dies auch nach eigenständiger Regionalentwicklung nicht änderte.

Regionalisierung wurde dort begonnen, wo klassische Entwicklungsversprechen nie abgegeben wurden, nicht funktionierten, oder alte aus der Zeit des (sozialistischen) Industrialismus stammende Komplexe in sich zusammenstürzten (wie in großen Teilen der neuen Bundesländer). Überhaupt scheinen die neuen Bundesländer im Zusammenhang mit einer Niedriglohn-Arbeitsmarktpolitik in »grünen« Berufen und im sozialen Sektor, das neueste Experimentierfeld der 'nachhaltigen Regionalentwicklung' zu sein.

Lokalökonomische Projekte, wie etwa Food-Coops oder Tauschringe arbeiten mit einem höheren Zeitaufwand, aber auch mit einem anderen Selbstverständnis und anderen Wertorientierungen. Wertorientierungen, die versuchen, Selbstbewußtsein und Lebensfreude an andere Kriterien als an Geld und Effektivität zu knüpfen und dadurch auch den Armutbegriff relativieren und mit anderen Kategorien versehen.

Frauen in der Regionalentwicklung

Regionalentwicklung ist – wie alles in einer patriarchalen Gesellschaft – auch ein patriarchales Programm. Es engagieren sich dort wie in vielen gesellschaftlichen Institutionen auf der unteren Ebene viele – wahrscheinlich sogar überdurchschnittlich viele – Frauen. Je höher und je hauptamtlicher das ganze wird, desto weniger Frauen sind zu finden. Die Situation von Frauen in der Regionalentwicklung ist widersprüchlich (7). Sie sind oftmals, z.B. in der Landwirtschaft, diejenigen, die Initiative ergreifen, Ideen haben und darüber Unabhängigkeit und Selbstbewußtsein gewinnen. Gleichzeitig greifen Projekte der Regionalisierung die Zuschreibung geschlechtsspezifischer Arbeiten und Rollen nicht an oder schreiben sie gar fest, indem die Frauen (weiterhin) frauenspezifische Tätigkeiten verrichten, wie UrlauberInnen, Kinder und Gäste betreuen, landwirtschaftliche Produkte verkaufen, Essen zubereiten und ähnliches. Dies zeigen Beispiele nicht nur aus dem »Biosphärenreservat Rhön«, einer in der Regionalentwicklungsdiskussion permanent hochgelobten »Modellregion« (8). Frauen und Frauenarbeit wurden schon immer als Puffer in Krisenzeiten benutzt, sie sind der Mehrfachbelastung ausgesetzt, gleichzeitig verschaffen sie sich aber auch ihre Autonomie und ihren Raum. Regionalisierung kann zu dieser Befreiung nur einen (kleinen) Beitrag leisten, muß dies aber nicht zwangsläufig.

Regionalisierung als alternatives Programm mit Beschränkungen

Das Untersuchungsprojekt NARET (Nachhaltige Regionalentwicklung Trier), ist ein Beispiel für die Beschränkungen und das kritische Potential eines Konzeptes von Regionalisierung (9). Es untersucht, wie eine andere Politik für die im Westen von Rheinland-Pfalz gelegene, größtenteils ländlich geprägte Region um Trier aussehen könnte und welche Rolle dabei vorhandene Potentiale, etwa in der Landwirtschaft oder der Holzproduktion, spielen könnten. Im umfangreichen Abschlußbericht findet sich eine Darstellung alternativer Ansätze zur Regionalentwicklung und ihrer theoretischen Herleitung, er stellt eine Fundgrube für alle Interessierten dar und trägt zusammen, was heute »Stand« in Sachen 'nachhaltiger Regionalentwicklung' ist.

Gleichzeitig ist NARET insoweit anschlußfähig an den von oben geprägten Diskurs über Innovation und Modernisierung, als die Untersuchung sich – notwendigerweise – auch Gedanken macht, wie Rahmenbedingungen von »oben« für die von unten kommenden Initiativen verbessert werden könnten. Letzteres tut nahezu jedes Projekt, das behauptet, Alternativen aufzeigen zu können.

Die Übergänge zwischen »Regionalentwicklung von unten« und Regionalisierung »von oben« sind fließend, sie werden da erleichtert, wo der Ansatz von unten sich vor allem als ressourcensparend (über ökologische Argumente) und effektiv darstellt und sich selbst zur »Entschärfung sozialen Sprengstoffes«, also der Einbindung von Widerstand, anempfiehlt.

Bestrebungen für Regionalisierung »von unten« gab es in den letzten Jahren in Deutschland nicht dort, wo »die sozial-ökologische Krise die bisherige Rechnung der Modernisierung und Entwicklung zunichte (ge)macht« hat, wie es Christoph Spehr für die »postmodernen Aufstände« (10) voraussagt. Es gab sie dort, wo Teile der Eliten, und dies können CDU-Regierungspräsidenten oder rotgrüne Landesregierungen sein, Initiativen, die von unten kamen und meist anfangs aus kaum einem Dutzend Leute bestanden, unterstützten und auch prompt (wie etwa in Leipzig), wieder fallen ließen, wenn sie zu radikal wurden.

Die Position, die die beschränkte Reichweite oder Irrelevanz von Regionalisierung kritisiert, muß sich vergegenwärtigen, daß die eventuelle Alternative der Entflechtung großer Komplexe (»wir entwickeln das neue, intelligente Verkehrskonzept für alle MitarbeiterInnen von VW in Wolfsburg«) allemal näher an der ökologischen Modernisierung des Kapitalismus liegt.

Fortsetzung nächste Seite

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

FORTSETZUNG VON SEITE 4

Regionalentwicklung, Politik und »Abwicklung des Nordens«

Regionalisierung ist auch ein kapitalistisch-patriarchales Programm und nicht der entscheidende Ansatz für die Zurückdrängung von Macht – aber sie ist ein Beitrag für den Aufbau eigener Existenzweisen und Lebensmöglichkeiten, sie kann einen kleinen, aber vielleicht wichtigen Spielraum schaffen. Ein entscheidendes Kriterium für die Beurteilung von Regionalisierungsansätzen ist die Frage, inwieweit die Autonomie der Beteiligten erhöht wird und inwieweit demokratische und soziale Fragen thematisiert werden: Wer wird gefördert oder soll gefördert werden, wird die Kooperation unter den Beteiligten unterstützt oder die einzelbetriebliche Orientierung samt Konkurrenz weitergeführt? Wie steht es mit den Geschlechterverhältnissen und den Entscheidungskompetenzen? Verschärft das Vorhaben die Konkurrenz unter den Regionen und schürt damit noch das Standortdenken, statt es abzubremsen? Die Frage der »Autonomie« und ihrer Förderung hilft auch, die Auseinandersetzung um Dualwirtschaft und ihre Nachteile zu entzerren. In der Kritik an Nachhaltigkeit und Regionalisierung wird argumentiert, daß durch sie ein niedrig bezahlter, mehrheitlich Frauen zugeschriebener Sektor mitbefördert werde, während der weltmarktorientierte Hochlohnsektor weiter bestehen bleibe. Nun gibt es aber Menschen, die gar nicht in diesen Hochlohnsektor mit seinen negativen Folgen wollen und ihn als Maßstab ablehnen. Eine emanzipative, perspektivisch auf Abwicklung des Nordens zielende Variante von Regionalisierung müßte dies zur Kenntnis nehmen und dafür eintreten, daß die Wahl der Arbeit und Tätigkeiten frei ist, daß die Menschen autonom entscheiden können und nicht mit Zwang in einen der beiden Sektoren gepreßt werden.

Mit dem Begriff »Region« ist eine räumliche Zuschreibung verbunden, die sich nicht an sozialen Kriterien orientiert. Hauptkriterium in einer Auseinandersetzung ist also die geographische Zuordnung (»Ich bin Bremer«, »Aus der Region – für die Region«) anstelle einer sozialen, über die Arbeit oder das Einkommen vermittelten (»Wir sind arm«, »Wir arbeiten alle in/bei....«). Dies ist ein Einfallstor für politische Ansichten, die mit Ein- und Ausschluß argumentieren und damit tendenziell nationalistisch und rassistisch sind. Dies muß immer mitgedacht und bekämpft werden, ist aber bei einer Orientierung an sozialen Kategorien (»deutsche (Wert-) Arbeit«) nicht anders und insofern ein schwaches Argument gegen Regionalisierung.

Das von verschiedenen linken Strömungen gegen Regionalentwicklung und Alternativprojekte vorgebrachte »Laßt uns erstmal die Macht angreifen« (oder gar »ergreifen«) und die Rahmenbedingungen ändern, übersieht, daß viele darin nicht mehr die Perspektive sehen. Sie wollen nicht darauf warten, sondern versuchen, anders zu leben, sie wollen auch nicht mehr den zweifelhaften Versprechen der Moderne und der Postmoderne hinterherhecheln, weil sie vielleicht ahnen, daß die für sie noch nie gedacht waren.

Regionalisierung und Macht

Wie »sensibel« der industrielle Sektor auf Machtkonflikte reagiert, kann neben den auch medial verbreiteten wie jüngst um den Castortransport, an seiner Reaktion auf die Konflikte um Land, die es in der Metropole gibt, abgelesen werden: Besetzungen von Bauplätzen von Autobahnen und Industrieprojekten, Feldbesetzungen gegen Gentechnikexperimente, Bauwagenbewegung und andere Formen der Aneignung von Räumen nehmen zu. Sie werden in den meisten Fällen abgeräumt und hinweggesäubert, oder, in wenigen Fällen, zu einer alternativen Armutsidylle umgewandelt.

Soll, wie es die Abwicklung des Nordens erfordert, der Weltmarktsektor angegriffen werden, steht mensch ganz schnell vor der Eigentumsfrage, der Frage, die von vielen radikalen Öko-Linken schon als überholt angesehen wird, da sie als »altlinks« gilt. Wer Machtfragen thematisiert, und das muß eine radikale Position, wenn sie nicht zur Elendsverwaltung oder zur Modernisierung werden will, hat schlechte Karten. Eine solche Position muß sich gegen die Krise der egal wie definierten Linken und gegen die Dominanz des Fragen von Macht und HERRschaft ausblendenden Nachhaltigkeitsdiskurses durchsetzen und sie wird kaum öffentliche Unterstützung oder Gelder bekommen. Letzteres ist für das Wirken in Sachen Regionalentwicklung eine wichtige Bedingung. Die Zeiten für die »radikale regionale Autonomie« (Spehr) stehen also schlecht. Der Widerspruch zwischen diesen tristen Aussichten und dem, daß das gradualistische Herangehen im Sinne von »jetzt machen wir erstmal Regionalisierung und schaffen dadurch Freiräume für praktische Erfahrungen« trotzdem eine gewisse Richtigkeit hat, muß hier offen bleiben. Regionalisierung kann ein Feld sein, in dem Menschen konkrete Befreiungsschritte angehen und auch selbst sinnlich erleben können, und in dem andere persönliche und gesellschaftliche Orientierungen vorgeschlagen werden. Die Frage der Macht und der »Rahmenbedingungen auf nationalstaatlicher Ebene« vermag sie kaum aufzubrechen, sie müssen im Rahmen einer politischen Perspektive im Blick behalten und zum Thema gemacht werden.●

Überarbeitete Fassung eines Artikels aus FORUM. Zeitschrift für Internationalismus (Ausgabe 210, März 1997) mit dem Schwerpunkt »Den Norden abwickeln!«. 56 Seiten für 7 DM plus 1,50 DM Porto bei FORUM, Buchtstrasse 14/15, 28195 Bremen.

DER AUTOR

Geboren 1966. Politikwissenschaftler, zur Zeit beruflich vor allem beim Aufbau eines Bauernmarktes tätig. Er ist Redakteur von FORUM, der Zeitschrift des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) und verwickelt in den BUKO-Arbeitsschwerpunkt »Ökologie und Herrschaftskritik« (Schwertfisch).

ANMERKUNGEN/LITERATUR:

1) Christoph Spehr: Die Ökofalle; Wien 1996, S. 231f (siehe auch CONTRASTE September 1996, S. 14)
2) BUND, Misereor: Zukunftsfähiges Deutschland, Basel, Boston, Berlin 1996, S. 153ff, 190ff, 236ff
3) So z.B. auch Hans-Jürgen Burchardt: Die Globalisierungsthese – von der kritischen Analyse zum politischen Opportunismus, in: Das Argument Nr. 217 (1996), S. 741-755
4) Astrid Ziegler u.a. (Hg.): Regionalisierung der Strukturpolitik, Marburg 1995
5) Verschiedene Beispiele in Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Nr. 1/2-1996 (Regulationstheoretische Perspektiven in der Geographie)
6) Ingo Mose: Eigenständige Regionalentwicklung – neue Chancen für die ländliche Peripherie?, Vechta 1993, S. 195ff
7) Pro Regio. Zeitschrift für eigenständige Regionalentwicklung Nr. 15 (1994): Frauen in der Regionalentwicklung, Bezug: Tel.: 07930-2384
8) Gabriele Kiunke, Sybille Wittmann: »Es bleibt wirklich an den Frauen hängen...« Rhöner Frauen im Gespräch über Direktvermarktung, Fremdenverkehr und Haushalt; Frankfurt 1995
9) Ulla Peters u.a.: Nachhaltige Regionalentwicklung – ein neues Leitbild für eine veränderte Struktur- und Regionalpolitik, Trier 1996 (siehe auch CONTRASTE Juli/August 1996, S. 13)
10) Spehr 1996 a.a.O., S. 231

KURZ GEMELDET

Antrag zugunsten einer Fair-Trade-Bananenquote gescheitert

Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zugunsten eines dynamisch steigenden Sonderkontigents für Bananen, die unter Wahrung sozialer und ökologischer Mindeststandards produziert und fair gehandelt werden, ist am 19.3.97 im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit der Mehrheit der Koalitionsfraktion abgelehnt worden. Der Antrag zielte darauf ab, eine entsprechende Verbesserung der geltenden EU-Bananenmarktordnung zu unterstützen. Die bundesdeutsche Bananen-Kampagne kritisiert, daß damit allen Bemühungen für eine nachhaltige Bananenproduktion und den fairen Handel ein schwerer Schlag versetzt worden sei.

Der Antrag war von der SPD-Bundestagsfraktion mit Unterstützung von Bündnis 90/Die Grünen eingereicht worden. Er stimmt mit den Vorschlägen der Bananen-Kampagne überein. Im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wurde der Antrag u.a. mit dem Hinweis abgelehnt, eine solche Quoté widerspräche einer Liberalisierung des Welthandels. Fruchthändler könnten auch ohne ein entsprechendes Kontingent fair gehandelte Bananen in den Handel bringen. Als Beispiel wurde der Fruchtkonzern United Brands Company (Markenname Chiquita) angeführt. Die Firma unternehme derzeit wichtige Schritte hin zu einer ökologischen Bananenproduktion.

Die Bananen-Kampagne zeigt sich sehr enttäuscht darüber, daß die Bundesregierung eine Chance vertan hat, sozial und ökologisch verträglichere Produktionsformen zu unterstützen. Damit zeige sich erneut, daß sie nur wenig interessiert sei, ihren Verlautbarungen zur Nachhaltigkeit nachzukommen. Die Kampagne äußerte großes Befremden darüber, daß gerade Chiquita als positives Beispiel zitiert worden sei. Seit Ende letzten Jahres weist der Zusammenschluß von neun entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen öffentlich darauf hin, daß die aktuelle Werbekampagne des Unternehmens weit entfernt von der Realität auf den firmeneigenen Plantagen ist. Weiterhin sind dort schwere Umweltschädigungen und Menschenrechtsverletzungen festzustellen. Sie moniert deshalb, daß es sich bei der Werbung des Konzerns um eine gezielte Täuschung der VerbraucherInnen handele (s. auch CONTRASTE Nr. 148, Seite 3).●

Boris Scharlowski

Neu erschienen:

Bauen, Wohnen und Energie

KRISTALL aus Köln hat ein Magazin zum Thema »Bauen, Wohnen, und Energie« herausgegeben. Dieses Schwerpunktthema gewinnt immer mehr an Bedeutung, da die Gesellschaft nicht mehr daran vorbeikommt, durch eine Ökologisierung unserer Welt eine lebenswerte Zukunft zu schaffen. Mit interessanten Artikeln, wie »Architekten lernen, wo der Süden ist«, ein Beitrag von Franz Alt über Solararchitektur, bis hin zu »Was hat Regenwasser mit Ökologie zu tun«, bietet das Magazin auf 58 Seiten ein breites Spektrum an wichtigen Informationen, die aufzeigen, welche Möglichkeiten es auf diesem Gebiet gibt. Desweiteren ist zu lesen, ob die ethischen Geldanlagen noch in den Kinderschuhen stecken und welche Möglichkeiten es zur Gewinnung und Vermarktung alternativer Energien gibt. Zahlreiche Literaturtips und Kurzinfomationen verstärken den ganzheitlichen Charakter dieses Magazins. Zusätzlich erscheinen, wie in jeder Ausgabe, die Nachrichten des Katalyse-Instituts, dem Institut für angewandte Umweltforschung in Köln. Gegen Einsendung von 8 DM in Briefmarken kann das Heft bei Kristall e.V., von-Werth-Str. 3, D-50670 Köln, bezogen werden.●

u.b.

Nord-/Südkoreabroschüre:

»Wenn die Wale kämpfen, zittern die Garnelen«

Hungersnot in Nordkorea, Gewerkschaftsstreik in Südkorea – eigentlich flattern nur Spotlights durch die Berichterstattung in unseren Medien. Wer weiß schon die Hintergründe?

Diese 96 Seiten starke Broschüre vermittelt den LeserInnen Einblicke in die Themenbereiche: Politik, Umwelt, Kultur, Frauen und weltwirtschaftliche Zusammenhänge. Angefangen bei der Geschichte bis hin zur aktuellen Situation werden verschiedene Aspekte des Lebens im kommunistischen Norden und in dem bröckelnden, kapitalistischen Wirtschaftswunderland im Süden erklärt. Gruppenpädagogische Vorschläge zu »Globalisierung, Teilung Nord- und Südkorea und Umwelt & Entwicklung« sind ebenfalls enthalten.

Zu beziehen für 5 DM (zzgl. Porto) bei der Projektwerkstatt Umwelt & Entwicklung, Hausmannstr. 9-10, D-30159 Hannover, Tel. (05 11) 16 03 40, Fax 164 03 91.●

u.b.

21. BUNDESKONGRESS ENTWICKLUNGSPOLITISCHER AKTIONSGRUPPEN IN PADERBORN VOM 29.5. BIS 1.6.97

Fühlen auch Sie sich müde und abgespannt? Pleite und unzufrieden? Politisch frustriert von den miesen Verhältnissen und der scheinbaren Unmöglichkeit, sie zu ändern? Sie haben es mit Aspirin versucht, die Schuldenberatung aufgesucht, ihr Sexualleben durch Tantra-Kurse belebt, und es hat alles nichts geholfen? Ja, haben Sie es schon mit Gegenmacht von unten probiert?

Das geht nicht, sagen Sie? Alles zu versteinert? Alles so unsicher geworden? Und wenn Sie sich so umsehen, mit wem sollten Sie da noch auf einen gemeinsamen Nenner kommen, geschweige denn Gegenmacht aufbauen? Sie machen jetzt noch ein bißchen lokale agenda 21, schikken Ihre alte Nähmaschine nach Kurdistan, sehen sich die Karrieretips für Frauen durch, und um den Rest sollen sich dann Ihre Enkelinnen und Enkel kümmern – so ungefähr?

Also, wir finden das etwas vorschnell. Auch zu bequem für diese Leute, die heute nicht mehr Imperialisten heißen, aber irgendwie immer noch da sind. Man verbreitet ganz viel politische Langeweile, ruft das Ende der Geschichte aus, stürmt ein paar liebgewordene Projekte, nimmt den Armen und gibt den Reichen, und nichts rührt sich mehr? Wenn es so einfach geht, dann machen die das in Zukunft immer so!

Natürlich sind die alten James Bonds nicht mehr da. Ist vielleicht auch besser so. Zuviel männlicher Heroismus. Zuviel Fortschrittsgläubigkeit. Schade um die kleinen Bonmots, aber nicht zu ändern. Wenn wir zusammen die Labors der Emanzipation durchgehen, werden Sie uns rechtgeben: vieles von den alten Ausrüstungsgegenständen ist nicht mehr zu gebrauchen. Diese Republik ist ein Kaugummi, wo Sie das rote und das grüne Ende so lange aufeinanderdrücken können wie Sie wollen, es wird nichts explodieren. Aber wenn Sie uns vielleicht in unsere Foren folgen wollen ...

Wenn jetzt das Telefon klingelt, sehen Sie sich nicht um: es ist für Sie! Wer, wenn nicht Sie, könnte gemeint sein? Das ist Ihre Mission. Gehen Sie in eine öffentliche Telefonzelle und wählen Sie 040/395156. Ihr Kennwort lautet »Anmeldung«. Reisen Sie unauffällig nach Paderborn. Ihre Fahrtkosten werden Sie erstattet bekommen.

Dieses Flugblatt zerstört sich in fünf Sekunden selbst, wenn Sie sich nicht umgehend anmelden. Kaufen Sie sich eine Skimütze. Wir sehen uns auf dem Kongreß!●

Aus einem Flugblatt der VeranstalterInnen

gegenmacht von UNTEN!

MISSION: IMPOSSIBLE?

DIE FOREN DES BUKO 21

Forum 1
ntwicklungspolitik und internationale Solidarität
Kritik der Projektepolitik/Kurdistan, Chiapas und wir, Nigeria

Forum 2
Entmachtung des Nordens
Regionalisierung, Abwicklung des Nordens, Kritik des Agenda-21-Prozesses

Forum 3
Rechtlos auf Arbeit
Arbeitsmigration, Debatte um Sozialstandards und Legalisierung

Forum 4
Existenzrecht und solidarische Netze
Sozialstaatsdebatte, Entkopplung von Arbeit und Einkommen, Aufbau selbstbestimmter solidarischer Strukturen

Forum 5
Emanzipation neu denken
Aspekte der Morphing Zone, Autonomie versus Ökologie?, feministischer Freiheitsbegriff, Kommunebewegung/selbstverwaltete Betriebe

Ablauf:
Donnerstag: Anmeldung, Abendessen, Eröffnungsbeiträge, Theater;
Freitag: Foren, anschließend AGs, Mittagspause, Fortführung der AGs, Abendessen, Salons;
Samstag: Austausch der AGs untereinander (forenübergreifend), Mittagspause, inhaltliches Plenum, Abendessen;
Sonntag: Plenum, Ende
Schlafplätze und Kinderbetreuung werden organisiert. Teilnahmegebühr: 80,- DM (für Leute aus BUKO-Mitgliedsgruppen)/110,- DM pro Person. Fahrtkosten werden erstattet (mit Selbstbeteiligung).
Weitere Infos bei: Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, D-22765 Hamburg, Tel. 040/393156; Fax: 040/3907520

MUST BE POSSIBLE!

USA: MORE

Tauschwirtschaft

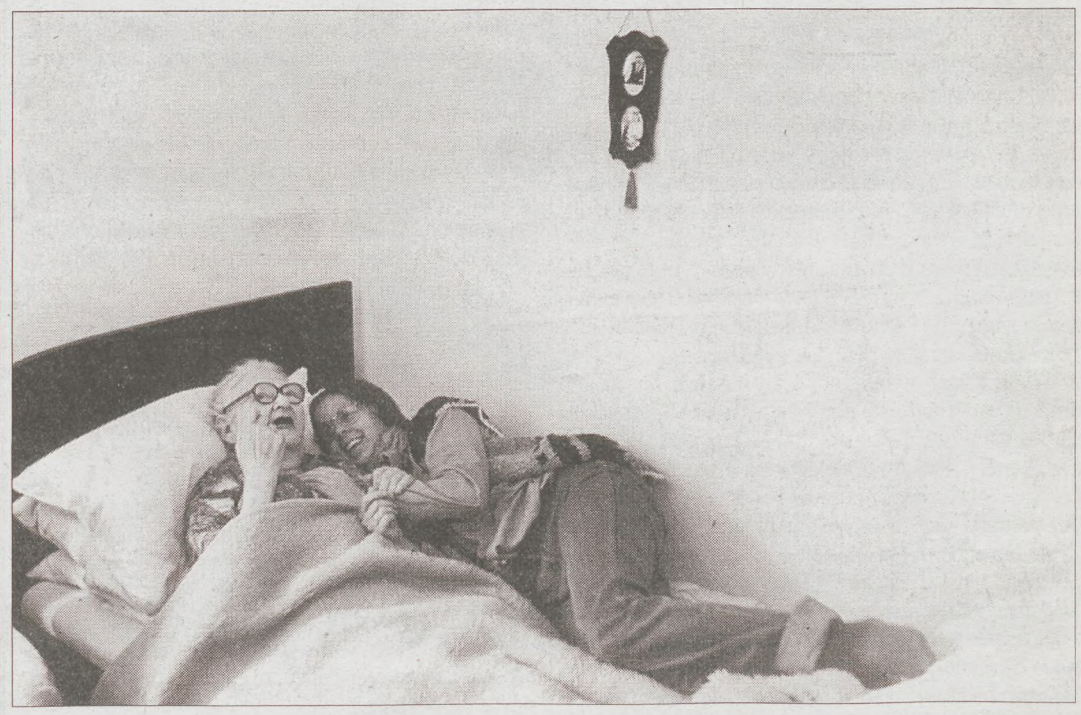
Das Herz von Grace Hill

In den USA kann kaum jemand mehr den Abbau von sozialen Leistungen fordern, weil diese nicht mehr vorhanden sind. Es gibt kein soziales Netz und der Begriff »soziale Marktwirtschaft« ist ein Fremdwort. Wie so vieles aus den USA wird auch dieses Modell von unseren Politikern importiert und man/frau bekommt den Eindruck, daß auch gleich die dazugehörigen Selbsthilfemodelle importiert werden. Der Trend in den USA zu mehr Gemeinsinn und Nachbarschaftshilfe wird staatlicherseits gefördert – kostet er den Staat doch so gut wie gar nichts. Gekoppelt sind solche Modelle in den USA oft mit einem Sozialsponsoring durch die Wirtschaft. Auch ein Trend, der sich bei uns durchzusetzen scheint. Eines dieser USA-Modelle auf kommunaler Ebene stellen wir nachfolgend vor.

MEHR (MORE) ist ein von Mitgliedern organisiertes Austauschprogramm (Member organized Resource Exchange). MORE ist ein vielseitiges Netz von EinwohnerInnen in verschiedenen Stadtteilen. NachbarInnen arbeiten über verschiedene Programme zusammen, kümmern sich nicht nur um die Belange der Gemeinde, sondern auch um die von Einzelpersonen. Mit Unterstützung der Gemeindebehörden wird MORE über Bedürfnisse der Gemeinde und ihrer BewohnerInnen informiert. MORE ist ein vielseitiges, wachsendes System, daß durch wechselnde Interessen seiner Mitglieder auch ständigen Änderungen unterworfen wird. So wie mit jedem komplexen, dynamischen System, ändern sich die Komponenten mit der Zeit. MORE ist ein Prozeß, eine Methode zum Zusammenleben. MORE ist ein System, das versucht, sich zu entwickeln und das Gleichgewicht seiner Bestandteile im Verhältnis zum Schema der Notwendigkeiten, der Benutzung und Unterstützung, anpaßt.

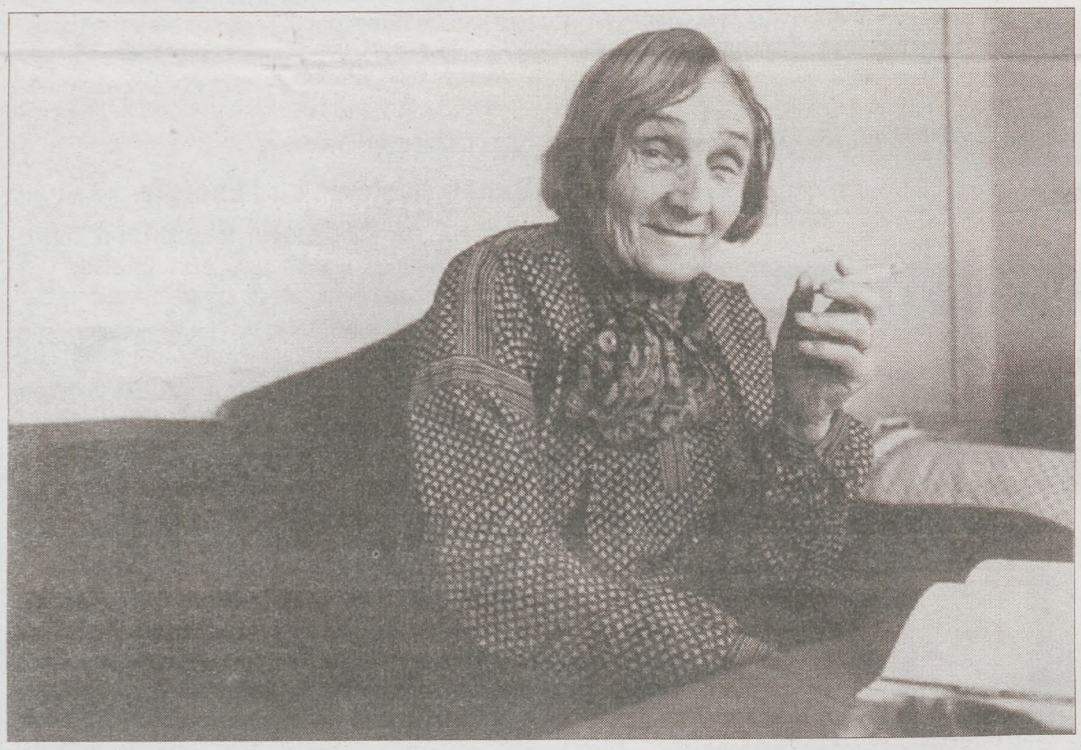
rInnen mit Computerlisten. MORE stellt die organisatorische Struktur zur Verfügung, durch die die TeilnehmerInnen lernen, ihre Mittel auszutauschen und überwacht diesen Austausch durch das MORE-Time-Dollar Exchange (MTDE, Zeit-Geld-Austausch-Programm), Resource Bank and Older Volunteer Service Bank (OVSB).

MORE entwickelt Wege, um den Menschen direkte Hilfe zukommen zu lassen, vermeidet aber, eine große Kluft zwischen den GeberInnen auf der einen Seite und den EmpfängerInnen andererseits entstehen zu lassen. Normalerweise sind soziale Hilfsorganisationen von Personen aus einer Klasse besetzt und bedienen Personen aus einer anderen Klasse. Fachleute bei den sozialen Hilfsorganisationen werden als Versorger für Klienten, die als Hilfsbedürftig eingestuft sind, angesehen. MORE versucht entstehende Kluften zu vermeiden, in dem es sich in die Rollen beider Klassen versetzt. JedeR TeilnehmerIn ist in der Lage zu geben, was er oder sie kann und zu erhalten, was andere geben können. Ein gegenseitiges Hilfsprogrammsystem pflegt die Gefühle des Selbstbewußtseins, und der wirklichen Mitgliedschaft in der Gemeinde. TeilnehmerInnen bekommen ein Gefühl dauerhaften Stolzes über den Dienst, den sie geben. Sie sind in der Lage, einem Menschen zu helfen, den sie andernfalls vielleicht niemals kennen gelernt hätten.



Der MORE-Zeit-Dollar-Austausch

MORE-TeilnehmerInnen nehmen am vielseitigen Programm aus verschiedenen Gründen teil: Einige bieten Arbeit für Lohn an, andere sind auf Austauschbasis über das MORE-MTDE-Programm dabei. Basis dieses Programmes ist die gleichwertige Zeiteinheit der Mitglieder. Jedes Mitglied verdient an jeder Stunde Arbeit einen Zeit-Dollar und vergibt für jede Stunde empfangener Arbeit denselben Betrag. Alle Transaktionen werden im MORE-Computer-System verzeichnet und zur späteren Abrechnung aufbewahrt. Der Computer erleichtert die Berechnungen



MORE stärkt die Nachbarschaft, weil es aus den Ressourcen, die vorhanden sind, schöpft. Nach dem Grundsatz, daß jedeR etwas für andere anzubieten hat, stellt MORE die Verbindung zwischen den Bedürfnissen und dem Können der Menschen in der Gemeinde her. In den Stadtteilen, in denen MORE aktiv ist, wohnen Menschen, die wenig Zugang zu Bargeld haben, aber mit einem Vermögen, das sie selbst und andere oftmals nicht erkannt haben: ZEIT. Hinzu kommt, daß die meisten Leute Fachwissen haben, das sie in ihrer vorhandenen Zeit anwenden können. JedeR dieser Leute weiß, was gemacht werden muß und hat auch die Energie oder das Wissen, daß für eine Nachbarschaftsentwicklung notwendig ist. Indem sie den Bedarf anderer decken, stellen sie sicher, daß einige ihrer eigenen Bedürfnisse gedeckt werden. MORE stellt die Organisation zur Verfügung, die die Leute verbindet.

Jeder Stadtteil hat eine hat eine Gruppe von Menschen, die ihr MORE-System überwachen. Diese MORE-Ausschüsse haben zum Ziel, Nachbarschaftsprobleme zu erkennen und entsprechende Programme zu entwickeln, um die NachbarInnen zusammen zu bekommen. Nachbarschaftshochschulen (Volkshochschulen) bieten den MORE-Mitgliedern Unterricht an, um ihre Fähigkeiten zu unterstützen und die die Zusammenarbeit zu fördern.

MORE hat das Wissen über örtliche Anforderungen und vorhandene Vorräte und kann sich deshalb jederzeit auf sich ändernde Verhältnisse einstellen und eine Lücke füllen, die durch die Wirtschaft ignoriert wird und für die sich viele soziale Organisationen nicht zuständig fühlen. Um die Verteilung zu erleichtern arbeiten die Teilnehmerund setzt wiederum Zeit frei, die sonst durch den Verwaltungsaufwand blockiert würde.

Die am Zeit-Dollar-Austausch Beteiligten sind in Gruppen von jeweils ca. sechs Personen organisiert, haben einen sogenannten »regionalen Repräsentanten« und wohnen nur wenige Blocks voneinander entfernt. Aufgabe der »Repräsentanten« ist es, die Nachfragen und Angebote zu koordinieren, Stunden zu registrieren und falls Angebote nachgefragt werden, die nicht von einem Mitglied der Gruppe geleistet werden können, diese Leistung bei einer anderen Gruppe nachzufragen. Diese helfen auch, dauernde Teilnahme zu gewährleisten und den Kontakt in der Gruppe aufrecht zu erhalten. Durch einen regen Austausch wächst das MORE-System.

Monatliche Essen entwickeln die Freundschaft untereinander und das Gefühl der aktiven Teilnahme am Programm. Als Belohnung für die häufigste Nutzung des Programmes werden bei diesen Treffen kleine Preise vergeben, die von Sponsoren gestiftet wurden.

Die MORE-Vorrats-Bank

Über die MORE-Vorrats-Bank, die alle Leistungen im Computer gespeichert hat, haben Agenturen, MitarbeiterInnen, Gruppen und Kommissionen einen direkten Zugriff zu allen MORE-Hilfsmitteln und Dienstleistungen, inklusive Notfallschecks für Eßwaren und Krisenvermittlung. Darüber hinaus gibt es auch einen Überblick über Essensdienste, Möbel- und Kleiderlager und Gesundheitsdienste anderer Stellen.

MORE-Mitglieder haben ein Netz von »Verbindungszentren-LeiterInnen« (CCLs) aufgebaut. Die CCLs gewähren Krisenhilfe für Menschen, die Hilfe für einen Notfall benötigen. Aufgrund der Armut im Bezirk ist Selbsthilfe über das MORE-Austauschprogramm nicht ausreichend. Benötigt wird Hilfe bei Mangel an Eßwaren, drohender Obdachlosigkeit, abgestelltem Gas, Strom und Telefon. Die CCLs wissen, wo Hilfsmittel für Notlagen vorhanden sind. Die CCLs gibt es in jedem Stadtteil und sie sind leicht erreichbar.

Auch hier gibt es CCL-Kursangebote an den MORE-Nachbarschaftshochschulen, die EinwohnerInnen absolvieren können, um die nötige Qualifikation für Krisenhilfe in der Nachbarschaft zu erlangen.

Das Kreditsystem für Ältere

Die freiwillige Dienstleistungsbank (OSVB) ist ein vom Staat unterstütztes Programm, daß Kredite für ältere, freiwillige Hilfspersonen (ab 60 Jahren) koordiniert. Kredite werden für geleistete Hilfsdienste (Pflege von Behinderten und Älteren oder auch Entlastung von pflegenden Familienangehörigen) vergeben. Diese Kredite können bei auftretender Notlage in der eigenen Familie eingelöst werden. Jüngere Personen, die Hilfsdienste abgeleistet haben, können die erworbenen Kredite auch an FreundInnen und Verwandte weitergeben. OSVB-Hilfskräfte werden an den Nachbarschaftshochschulen angelernt.

Das Hilfesystem für Ältere

Das STAEs-Programm wurde speziell für die älteren EinwohnerInnen des MORE-Gebiets entwickelt. Die Mitglieder von MORE haben erkannt, daß die SeniorInnen viel zu bieten haben, nicht nur an Lebenserfahrung sondern auch an Zeit. STAEs will das Können und die Energien der aktiven älteren Leute den gebrechlicheren zur Verfügung stellen, um die gesundheitlichen, sozialen, praktischen oder gefühlsmäßigen Erfordernisse zu erfüllen. Durch diese Nachbarschaftshilfe konnte schon so mancher Heimaufenthalt herausgeschoben oder gänzlich vermieden werden. Auch Krankenhausaufenthalte können durch dieses Hilfsprogramm verkürzt werden.

STAEs organisiert auch ein Freundschaftssystem. Dieses gibt den HelferInnen und EmpfängerInnen das Gefühl, einen wertvollen Platz in der Gemeinde zu haben. Angst vor Einsamkeit im Alter wird den älteren MitbürgerInnen genommen. Die so organisierten Besuche und Anrufe tragen zum Wohlbefinden der Älteren bei und zum Zusammenhalt der Nachbarschaft.

Die MORE-Büros arbeiten daran, Verbindungen zwischen den älteren und jüngeren Leuten herzustellen. Die meisten älteren Leute sind gerne bereit, die Weisheiten aus ihren Lebenserfahrungen mit jüngeren Leuten zu teilen. Sie wissen viel über die Geschichte ihrer Familie und der Nachbarschaft. Geschichten, die nicht aufgeschrieben wurden, weil es die Tendenz der dominierenden Gesellschaft ist, sich auf die Elite zu konzentrieren. Ältere Menschen können Geschichten erzählen, die sowohl lehrreich, als auch unterhaltsam sein können. Um diese Erinnerungen auszuschöpfen, hat Grace Hill ein »eldertel«-Programm entwickelt. Ältere Nachbarn werden ermutigt, ihre Geschichten aus der Vergangenheit in kleinen Gruppen zu erzählen. Dies gibt den ErzählerInnen die Aufregung eine kurze Zeit im Rampenlicht zu stehen und erweckt in der jüngeren Zuhörerschaft einen neuen Sinn dafür, was die älteren Leute erlebt haben. Solche organisierten Ereignisse helfen den Generationen zusammen zu finden, und erwecken in jüngeren Leuten ein Bewußtsein darüber, was ihre Gemeinde erleiden mußte und hervorgebracht hat. Die älteren Leute mit dem Rest der Nachbarschaft zu verbinden, ist ein weiteres Glied in der Kette von MORE's Bemühungen eine dynamische Gemeinde zu schaffen, die zusammenhält.

Das COCARE-Programm

In den MORE-Gruppen wird auch Unterstützung und Rat für Eltern, die Probleme mit der Erziehung ihrer Kinder haben und für Obdachlose oder Arbeitslose angeboten. COCARE bietet Grundkurse an der Nachbarschaftshochschule zum Thema Kindererziehung und entsprechende Leitungskurse an, mit dem Ziel, auf der Nachbarschaftsebene entsprechende Beratung für Eltern anzubieten. Die TeilnehmerInnen am Programm werden mit MTDE-Krediten bezahlt.

COCAREs erfolgreiche Nachbarschaftshilfe, hat große Erfolge zu verzeichnen. Eltern haben durch die Hilfe anderer Eltern eine größere Sicherheit bei der Erziehung ihrer Kinder gewonnen.

MORE-Zukunfts-Karierre-Center

Immer höhere Arbeitslosenzahlen haben zur Gründung des Centers geführt. In den Zentren können Zeugnisab-

schlüsse nachgeholt, Fachwissen für den Beruf erworben und für Vorstellungsgespräche trainiert werden. Die Zentren bieten Kinderbetreuung während der Schulungen. Sie sind gleichzeitig wichtiges Bindeglied zwischen Arbeitsuchenden der unteren Einkommensgrenze und Firmen, die ArbeiterInnen suchen. Die Nachbarschaftshochschule bietet einen 25-stündigen Grundkurs zur Vorbereitung auf die Zentren an.

Wohnungshilfe (Suche)

MORE berät bei Wohnungsproblemen. Die oft selbst schon früher durch Wohnungslosigkeit betroffenen BeraterInnen sind durch entsprechende Schulung zu ExpertInnen geworden. Sie helfen, eine Unterkunft zu angemessenen Mietkosten zu finden, unterstützen und beraten, um die Finanzierung der Miete, der Nebenkosten und der Kaution zu gewährleisten. Um auftretende Schwierigkeiten zwischen Vermieter und MieterInnen kümmern sie sich ebenfalls. Die MORE-Vereinigungen

Fortsetzung nächste Seite

SENIORENGENOSSENSCHAFTEN:

Tauschwirtschaft

Die jungen Alten tauschen Zeitgutschriften

Hilfe zur Selbsthilfe sollen sie sein: Seniorengenossenschaften wurden in den letzten zwei Jahren im hessischen Kreis Offenbach gleich mehrere gegründet und sie erfahren regen Zuspruch. Bewegt sich was bei den »jungen Alten«?

Peter Streiff, Redaktion Frankfurt ● Die Idee der Seniorengenossenschaften stammt aus den USA, wo sie bereits seit Jahren erfolgreich praktiziert wird. In Deutschland wurde diese Idee vom Land Baden-Württemberg aufgegriffen, das 1990 ein landesweites Modellprojekt startete. Dieses beinhaltete für die teilnehmenden Gruppen eine Starthilfe von bis zu 60.000 DM und eine kontinuierliche fachliche Begleitung durch Beratung und Fortbildung, organisiert von einer eigens dafür eingerichteten Koordinationsstelle beim Sozialministerium.

Seit zwei Jahren nun also auch in Hessen, konkret im Kreis Offenbach: Ob »Bürgerhilfe«, »Seniorenhilfe«, »Verein Hand in Hand« oder »Solidargemeinschaft der Generationen« – die so bezeichneten Seniorengenossenschaften sind alle als Verein organisiert und werden als Modell verstanden, bei dem Selbsthilfe und Solidarität im Vordergrund stehen sollen. Zielgruppe sind in erster Linie die »jungen Alten«, wobei im Sinne eines generationsübergreifenden Projektes sich auch andere Bevölkerungsgruppen beteiligen können. Dabei wird von den InitiatorInnen angenommen, daß die älteren Menschen über eine Vielzahl von Kompetenzen verfügen, die auch im Ruhestand noch sinnvoll genutzt werden können.

Zentrale Prinzipien

Neu an den Seniorengenossenschaften ist vor allem das Prinzip von Hilfeleistung gegen Zeitgutschrift. Das bedeutet, daß für jede geleistete Stunde unabhängig von der Tätigkeit die gleiche Zeit gutgeschrieben wird. Diese gutgeschriebenen Zeitpunkte können im Falle der eigenen Hilfsbedürftigkeit abgerufen werden. Desweiteren stellen die Seniorengenossenschaften die Leitbilder von Selbsthilfe und Kompetenz in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Sie wollen damit dem scheinbar festgestellten Wunsch des Großteils der Älteren entgegen kommen, auch im Alter eigenverantwortlich sein zu können, d.h. einer sinnvollen Tätigkeit nachzugehen, die selbst gewählt ist und von Anfang bis Ende selbst bestimmt werden kann. Seniorengenossenschaften haben sich laut einem Grundsatzpapier, veröffentlicht von der Leitstelle »Älter werden« im Kreis Offenbach, zum Ziel gesetzt, insbesondere im Bereich der Hilfs- und Pflegebedürftigkeit gesellschaftlich wichtige Aufgaben zu übernehmen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Dieser Hintergrund wurde denn auch von Seiten eines bürgerlichen Politikers sofort aufgegriffen und mit dem leidigen Thema der kommunalen Finanzen verknüpft: »Weil die Kommunen immer weniger Geld für soziale Aufgaben haben und die professionelle Altenhilfe immer teurer wird, soll ehrenamtliches Engagement auf Gegenseitigkeit die Versorgungslücken füllen. Wir sind mit den Seniorengenossenschaften in eine Nische eingedrungen.«

»Aktiv sein wollen«

Es sei schon ein erstaunlicher Effekt festzustellen, wie leicht in diesem Zusammenhang der Begriff Genossenschaft einigen CDU-Kreisen mittlerweile von den Lippen gehe, bemerkt der Zuständige für Seniorengenossenschaften in der Kreisverwaltung, Lukas. Dahinter stehe wohl ein Bedürfnis nach Gemeinschaft und nach »aktiv sein und mehr tun wollen als bisher«. Offenbar habe gerade der Begriff Genossenschaft bei vielen älteren Menschen nach wie vor gewisse Attraktivität, obwohl sämtliche sogenannten Seniorengenossenschaften in Wirklichkeit eingetragene Vereine sind, die ihre Gemeinnützigkeit beantragt haben. Grund für die Rechtsform des Vereins, sei die wesentlich einfachere Form. Dennoch gilt ein zentrales Genossenschafts-Prinzip, denn die Leistungen können nur von Mitgliedern in Anspruch genommen werden. Ein weiterer Grund für die Attraktivität liegt wohl darin, daß alle Leistungen freiwillig sind und eine Absprache notwendig ist, wie das Beispiel der »Seniorenhilfe Dietzenbach«, der ältesten und größten zeigt: »Die Breite des Angebotes entfaltet sich entsprechend dem Potential der Mitglieder. Jeder kann das seinen Fähigkeiten entsprechende einbringen und entscheidet auch selbst über Art und Dauer der Tätigkeit. In diesem Punkt unterscheidet sich die Arbeit der Seniorengenossenschaften vom traditionellen Ehrenamt fundamental. Bei letzterem wird in der Regel von der Institution vorgeschrieben, wann und wie lange die Tätigkeit auszuüben ist.« Hier liege ein Grund dafür, daß die Verbände im Bereich des traditionellen Ehrenamtes große Probleme haben, HelferInnen zu finden, während Seniorengenossenschaften einen enormen Zulauf haben.

Berührungspunkte zu Tauschringen

Mittlerweile existieren 8 Seniorengenossenschaften im Landkreis Offenbach mit etwa 3.000 Mitgliedern, wobei diese Zahl stark steigend sei, so Lukas. Ein zentrales Betätigungsfeld habe sich trotz allen regionalen Unterschieden herauskristallisiert. Dies lasse sich mit »ergänzende Hilfen im Bereich der ambulanten Dienste« umschreiben. Konkret werden darunter folgende Tätigkeiten verstanden: Besuchsdienst, Begleitung zu Ärzten und Behörden, Entlastung betreuender Angehöriger, kleine Reparaturhilfen, leichte hauswirtschaftliche Dienste, Spaziergänge, Spielen sowie Begleitung beim Einkaufen. Zudem wird betont, daß auch Bildungs- und Freizeitangebote für die Mitglieder existieren. Es erstaunt daher nicht, wenn Herr Lukas viele Berührungspunkte zu Tauschringen feststellt, wobei er betont, daß sich alle die genannten Tätigkeiten im Bereich der Nachbarschaftshilfe bewegen und eine Seniorengenossenschaft bewußt nicht auf den Arbeitsmarkt gehen wolle.

Was ist also davon zu halten, wenn ein mit initiierender, ehemaliger CDU-Bürgermeister schon mal den »Unruhestand« proklamiert und dabei auch die Unkonventionalität einer Seniorengenossenschaft betont? Auf alle Fälle ist da außerhalb der bisherigen festgefahrenen Gleise einiges in Bewegung und vieles wird wohl von den beteiligten »jungen Alten« selber abhängen, wohin sich jede Seniorengenossenschaft entwickelt. – Übrigens: Ein unteres Eintrittsalter existiert bei keiner Seniorengenossenschaft.●

anti atom aktuell

- ist die gemeinsame Zeitung der Initiativen gegen Atomanlagen
- erscheint am liebsten monatlich
- 12 Ausgaben im Abo für 60 DM

Themen Heft Nr. 78
Castor: Beschwerliche Reise im Sixpack
Konsens: Ist und bleibt Nonsens
Apach: Mehr zum Castor-Unfall

Kostenloses Probeexemplar:
anti atom aktuell
Helgenstockstr. 15
35394 Gießen

FORTSETZUNG VON SEITE 6

haben eigene Häuser, die sie zur Verfügung stellen. Zusätzlich gibt es Programme, die drogensüchtigen obdachlosen Frauen mit Kindern helfen.

Auch um die Gesundheitsvorsorge kümmert sich MORE. Diese ist besonders wichtig bei Menschen, die in Armut leben und gegen medizinische Notlagen unterversichert sind. MORE setzt hier auf Selbsthilfe, vorbeugende Programme und Schulung in Gruppenarbeit. Eine Vielzahl von Gruppen haben sich gebildet: Aerobik-Training, Asthma-, Nichtraucher-, Diabetes-, Streß-, Sport-, Ernährungs- und Umweltgruppen.

MORE'S Nachbarschaftshochschule

Im Mittelpunkt der Programme von MORE steht die Nachbarschaftshochschule. Diese bietet die Grundlage für alle MORE-Tätigkeiten. Gebühren für die Teilnahme an den Kursen entfallen durch die Vergabe von Stipendien. Voraussetzung ist die regelmäßige Teilnahme an den Kursen. Mitglieder, die schon mehrere Kurse absolviert haben, können eine Fortbildung zur Hochschullehrerin oder zum Hochschullehrer absolvieren. MORE-Mitglieder haben leitende Positionen in den Hochschulen und die Schulen werden in Selbstverwaltung betrieben.

Das Konzept der Selbstverwaltung ist Grundlage von MORE. Alle Entscheidungen werden innerhalb der Diskussionsprozesse von den Menschen, die MORE organisieren oder auch nur MORE nutzen entschieden.●

Nach einem Text von Karen Lucas, Grace Hill
Übersetzung: Vera Diaz-Sieckel

MORE wurde 1981 gegründet und hatte 1996 10.000 TeilnehmerInnen, die verschiedene Dienste anbieten. MORE entstand durch STAEs und OVSP mit der Hilfe für die älteren EinwohnerInnen von Grace Hill und verbreitete schnell. Vor kurzer Zeit entschloß sich die Boatmans Bank, Time/Dollar mit einer (vom Staat verwalteten) dualen Time-Dollar/Geld debit Karte zu unterstützen.

BUNDESWEITES TAUSCHRINGTREFFEN IN KASSEL VOM 25. BIS 27. APRIL 1997

Deutschland im Tauschrausch

Themenliste:

* **Tauschringe – ein System für Alle?**
Wie können benachteiligte Gruppen wie z.B. alleinerziehende Frauen, Jugendliche, Behinderte, Familien, AusländerInnen, gleichberechtigt mitwirken?
Ottmar Miles-Paul, Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben e.V. und Zeitbörse Kassel

* **Tausch ohne Grenzen?**
Das Außenkonto – einfache Möglichkeit zum Tausch über die Tauschringgrenzen hinweg.
Praktische Beispiele für alle, Modell für die Zukunft (Workshop)
Bernhard Oberrauch, Bozen (angefragt)

* **Steuern für Tauschleistungen?**
Klärung der derzeitigen rechtlichen Lage. Tauschringe setzen selbst Maßstäbe in der geltenden Gesetzgebung. Vorschläge mit Blick auf die Diskussion um eine Steuerreform.
Helmut Viehmann, Dipl. Finanzwirt, Steuerberater (Zeitbörse Kassel)

* **Tauschen auf dem Lande**
Beispiele und Modelle für Tauschringe in dörflicher Umgebung.
Paulus Straub, Talent-Experiment Hochschwarzwald (angefragt)

* **Einsam oder Gemeinsam?**
Wie kann der Erfahrungs- und Ideenaustausch zwischen Tauschringen verbessert werden? Informationsstelle und Anlaufpunkt für alle – ein Zukunftsmodell.
Klaus Reichenbach, Zeitbörse Kassel

* **Was ist hier Business und was ist Nachbarschaftshilfe?**
Möglichkeiten und Grenzen bei der Mitwirkung von Betrieben, Vereinen, Selbsthilfeorganisationen, Kommunen usw. in Tauschringen. Erfahrungen, Beispiele, Modelle.
Zeitbörse Kassel

* **Go online?**
Systeme, Anforderungen, Grenzen. Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung elektronischer Medien für Tauschringe.
Ina Lange, TauschWatt Bremen, Ross Copeland, Zeitbörse Kassel

* **ansonsten... Tausch ohne Ende**
Gemeinsame Erfahrungen, Kennenlernen Party
Der Treff für alle, die ohne besonderes Thema tauschen wollen.

Ort: Jugendherberge Kassel

Zeitplan:

Anreise: Freitag, 25.4.97, ab 16 Uhr
18 Uhr: Beginn des Treffens mit gemeinsamen Abendessen, ab 19 Uhr Grußworte, Plenumsveranstaltung und Kennenlernen, Open End

Samstag, 26.4.
Ab 9 Uhr: Workshops und Diskussionsrunden
Mittagspause 12 bis 13.30 Uhr
Abendessen ab 18 Uhr
20 Uhr: Kultur und Feiern im Café Brückenschlag

Sonntag, 27.4.
Ab 9 Uhr: Workshops und Diskussionsrunden
11.15 Uhr: Ergebnisrunde, Plenum
13 Uhr: Mittagessen
14 Uhr: Verabschiedung und Abreise

Information und Anmeldung: Zeitbörse Kassel, Jordanstr. 5, D-34117 Kassel, Tel. (05 61) 728 85 47, Fax 728 85 29
E-Mail: Miles-Paul@asco.nev.sub.de

TAUSCHGELD

Tauschwirtschaft

Lohn für Hausarbeit?

Die Armut ist weiblich. Es wird wohl niemand bestreiten, daß die Armut von Frauen in den westlichen Industrienationen in rapidem Tempo zunimmt. So haben Frauen an den mehr als 4,6 Millionen Erwerbslosen im Februar '97 in der Bundesrepublik traditionell einen höheren Anteil als Männer und in Konkurrenz um die schwindende Anzahl verbliebener Erwerbsarbeitsplätze ziehen sie meistens den kürzeren.

Ricarda Buch, Redaktion Berlin ● Vor der Zukunft kann frau angst und bange werden, denn wo keine Möglichkeit auf den begehrten Erwerbsarbeitsplatz besteht und kein reicher Ehemann für die Existenzsicherung sorgt, geraten immer mehr Frauen in wirtschaftliche Not. Daß Frauen durch ihre unbezahlten Dienste in der Familie und Nachbarschaft einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Aufrechterhaltung von Wirtschaft und Gesellschaft leisten, wird häufig verschwiegen. Im Gegenteil, es ist zu befürchten, daß der krisenbedingte Rückzug des Staates aus der Finanzierung sozialer Leistungen zu einer Ausweitung der unbezahlten Arbeit führt. Unmerklich verschwinden immer mehr Frauen im privaten Haushalt.

Frauen arbeiten unbezahlt

1994 wurde vom Bundesministerium für Familie und Senioren und dem Statistischen Bundesamt eine Broschüre über die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland herausgegeben. Aus dieser Broschüre geht hervor, daß pro Woche durchschnittlich 28 Stunden unbezahlt und 22 Stunden bezahlt gearbeitet wird. Frauen leisten mit 35 Stunden deutlich mehr unbezahlte Arbeit als Männer, die wöchentlich nur 19,5 Stunden unbezahlt tätig sind. Aus diesen Zahlen wird deutlich, daß die unbezahlten Arbeiten im Haushalt und in der Familie wesentlich zeitaufwendiger sind als die bezahlten. Volkswirtschaftlich wird dieser Bereich kaum beachtet und in der Diskussion um die Zukunft der Arbeit fällt er meistens unter den Tisch.

Bei der bezahlten Arbeit ist das Verhältnis umgekehrt. Durchschnittlich arbeiten Frauen nur 15,1 Stunden gegen Bezahlung, Männer hingegen 30,7 Stunden je Woche. Kein Wunder, daß Frauen häufiger Teilzeit beschäftigt sind und auch weniger verdienen.

Wo wird unbezahlt gearbeitet?

Die unbezahlte Arbeit besteht zu 76% aus hauswirtschaftlichen Tätigkeiten, zu 11% aus Pflege und Betreuung, zu 9% aus handwerklichen Aktivitäten und zu durchschnittlich 4% aus Ehrenamt und sozialen Hilfeleistungen.

Tatsächlich wenden die im Sozialbereich Tätigen wesentlich mehr unbezahlte Zeit für die Betreuung und Pflege älterer Menschen, für Kranke und Kinder auf als 4% der unbezahlten Arbeitszeit, da nicht alle gleichermaßen in diesem Bereich engagiert sind. Da im Sozialbereich auch bezahlt gearbeitet wird, dürfte beim Abbau sozialer Dienste der Anteil der unbezahlten Pflege- und Betreuungsarbeit erheblich zunehmen – zu Lasten von vielen Frauen.

Der Wert der unbezahlten Arbeit

1991 wurde in den alten Bundesländern 77 Mrd. Stunden unbezahlt gearbeitet, die bezahlte Erwerbsarbeit (von Arbeitnehmern und Selbständigen) betrug 47 Mrd. Stunden und die Wegzeiten für die Erwerbsarbeit 8 Mrd. Stunden. Wird der unbezahlten Arbeit der Nettolohn einer Hauswirtschafterin (1991) in Höhe von DM 11 je Stunde zugrunde gelegt, ergibt sich ein Wert der unbezahlten Arbeit in Höhe von 860 Mrd. DM. Davon entfielen 1991 654 Mrd. DM auf hauswirtschaftliche Tätigkeiten, 97 Mrd. DM auf Pflege und Betreuung und 71 Mrd. DM auf handwerkliche Tätigkeiten.

Im produzierenden Gewerbe wurden 1991 537 Mrd. DM Bruttolöhne und Gehälter gezahlt. Der Wert der unbezahlten Arbeit überstieg die Bruttolohn- und Gehaltssumme des Produzierenden Gewerbes um 60%. Auch das wird in den meisten volkswirtschaftlichen Berechnungen nicht berücksichtigt. Hinzu kommt, daß ein Nettolohn von DM 11 pro Stunde für Arbeiten im privaten Haushalt eher niedrig angesetzt ist. Würden für diesen Bereich tatsächlich Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Krankheits- und Urlaubstage gezahlt, d.h. eine Hauswirtschafterin beschäftigt, wären pro Arbeitsstunde DM 24 zu zahlen. Die unbezahlte Arbeit würde dann doppelt so viel wie die Nettolöhne kosten...

Angesichts dieser Zahlen mutet die Diskussion um eine andere Verteilung der Erwerbsarbeit – so sie nicht wegrationalisiert oder in Billiglohnländer verlagert wird, geradezu grotesk an.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Frauen zurück an den Herd

Die von Finanzminister Waigel vorgeschlagenen Kürzungspakete treffen Frauen besonders hart. Bisher subventionierte Betreuungs- und kommunikative Angebote, Bildungs- und Gesundheitsdienste, Freizeit- und Kulturangebote werden nicht mehr finanziert. Die dort Beschäftigten – überwiegend Frauen – werden in den privaten Haushalt umgesetzt.

Der Pflege- und Kommunikationsbereich wird vom öffentlichen in den privaten Haushalt ausgelagert. Das ist besonders billig. Denn die dort Tätigen arbeiten unbezahlt, leisten Schattendienste. Frauen werden keine Zeit mehr haben und verarmen. Das war ja immer so.

Wer weder Erwerbsarbeit, Spargroschen noch zahlungskräftige Verwandte hat, gerät zunehmend in Abhängigkeit öffentlicher Unterhaltsleistungen und die nehmen bekanntlich ab. Für die Existenzsicherung bleibt immer weniger übrig und im Vorgarten wird meistens auch nichts mehr angebaut, so wie früher. Wer überleben will, muß hier und jetzt zahlungskräftig sein. Wer kein Geld hat, hat Marktverbot. Die globalen Konsumgüter und Luxuswaren zirkulieren in anderen Zirkeln. Ist der Sozialstaat am Ende?

Alles ein Problem der Verteilung

Mittlerweile hat sich herumgesprochen, daß in der Bundesrepublik genügend Geld vorhanden ist: Laut Helmut Creutz (Das Geldsyndrom, Frankfurt/M; Berlin, 1995, S.208 ff.) betrug das gesamte Geldvermögen 1993 in der Bundesrepublik DM 5,829 Billionen. Davon entfielen DM 3,573 Billionen auf die privaten Haushalte, DM 1,796 Billionen auf die Unternehmen und nur DM 462 Milliarden auf die öffentliche Hand. Es müssen also ungeheure Reichtümer in privaten Händen sein – genug um die Schattendienste von Frauen zu bezahlen?

Diesen Geldvermögen standen im selben Jahr Schulden (die Zahlen beziehen sich auf Westdeutschland) in Höhe von DM 5,68 Billionen gegenüber. Davon entfielen DM 2,56 Billionen auf die Produktionsunternehmen, DM 1,232 Billionen auf die Wohnungswirtschaft 1,55 Billionen auf die öffentlichen Haushalte und 338 Milliarden DM auf die privaten Haushalte. Fatal ist dabei, daß jede Verbraucherin und jeder Verbraucher in diesem Land die Schulden der Wohnungswirtschaft und der Unternehmen über die Preise für Mieten, Dienstleistungen, Waren und Güter abzahlt, denn die Schulden bestimmen u.a. die Höhe der Preise.

Wer hat dem wird gegeben

Die privaten Haushalte haben demnach wesentlich mehr Geld als Schulden. Sie verfügten 1993 über 61% des gesamten Geldvermögens der Bundesrepublik. Allerdings waren und sind die Geldvermögen äußerst ungleich verteilt. 2,8 % der privaten Haushalte besitzen den größten Teil der Geldvermögen. Diesen Haushalten fließt durch Zins und Zinseszins immer mehr Geld zu. Zwar sind die Privathaushalte an der Gesamtverschuldung nur mit insgesamt 6% beteiligt. Ihr Anteil an den Geldvermögen beträgt dagegen 61%. Durch die ungleiche Verteilung wird jene kleine Zahl von Privathaushalten wird immer reicher, während sich die Vermögenssituation der Mehrheit der Privathaushalte verschlechtert. Der Mittelstand verarmt und der Anzahl der verschuldeten Haushalte wächst.

Die öffentlichen Haushalte haben mehr Schulden als Vermögen. Sie sind am gesamten Geldvermögen nur mit 8% beteiligt. Zum Vergleich:1950 hielten die privaten Haushalte noch 41% und die öffentlichen 25% der privaten Geldvermögen. Der Staat ist wird demnach immer ärmer und muß immer mehr Mittel für den Schuldendienst aufbringen. Er zieht sich zunehmend aus dem subventionierten Markt zurück. Er bürdet einen Teil seiner bisherigen Ausgaben den Privathaushalten auf. Bezahlen können solche Ausgaben für soziale und kommunikative Bereiche nur die Reichen. Für viele Frauen in Haushalten mit geringem Einkommen wird die Situation immer prekärer. Sie haben wenig Zeit und wenig Geld.

Anders steuern

Was haben die meist männlichen Politiker zur Verbesserung der ökonomischen Situation vieler Frauen in der Bundesrepublik anzubieten? Seit Gründung der Bundesrepublik ist der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen stetig gestiegen während der Anteil Einkommensteuer sank. Frauen arbeiten meist auf schlechter bezahlten Arbeitsplätzen, zahlen häufiger Lohnsteuer und tragen somit überproportional zum Steueraufkommen bei. Zurück kriegen sie herzlich wenig.

Beklagt wird allgemein, wir hätten zu hohe Lohnnebenkosten. Entlastung der Wirtschaft, Senkung der Lohnnebenkosten, steuerliche Förderung mittelständischer Unternehmen, Investitionen zur Ansiedlung von Industrieunternehmen sind Schlagworte, die täglich über die Medien in die Privathaushalte schallen. Deutschlands Exportwirtschaft soll im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig, Schrittmacher beim grenzenlosen Wachstum bleiben. Doch gehen Anreize zur Förderung der Exportwirtschaft nicht häufig am Bedarf von Frauen vorbei?

Gefördert werden Investitionen in kapitalintensive High-Tech Betriebe. Für den heimischen arbeitsintensiven Sozial-/Pflege- und Bildungsbereich sowie für Investitionen in arbeitsintensive ökologische Produkte, in ökologische Sanierungsmaßnahmen und Verbraucheraufklärung und Nachbarschaftsdienste stehen immer weniger Mittel zur Verfügung. Gerade in diesen Bereichen könnten und konnten Frauen beschäftigt werden. Daß es auch anders geht, zeigt die Entwicklung in Dänemark.

»Die Zeit« vom 21.2.97 berichtet über »Das Jobwunder im Norden«, wo erste Ansätze einer ökologischen Steuerreform (Abgaben auf Strom, Wasser, CO_2-Steuer) die Wende auf dem Arbeitsmarkt, eine Sanierung der Staatsfinanzen und die Aufrechterhaltung sozialer Leistungen brachten. Hierzulande setzt die Regierung zu Lasten von Frauen und sozial Schwachen auf Steuergeschenke zugunsten von Großverdienern, Sparmaßnahmen, die Ausweitung der unbezahlten Arbeit, den Euro und die Globalisierung der Finanzmärkte. Die Städte und Kommunen stöhnen über ihre Haushaltslöcher – schließlich tragen sie die gestiegenen Kosten für die Sozialhilfe –, verkaufen (privatisieren) kommunales Eigentum, schließen öffentliche Einrichtungen und erhöhen die Preise für Nutzung öffentlicher Transportmittel. Mittlerweile hat sich die Mafia in meiner Straße niedergelassen, der Plastikmüll türmt sich vor meiner Haustüre und die Luft wird verpestet durch immer mehr Autos. Es reicht.

Lokale Kreisläufe

Wie der Ire Richard Douthwaite in seinem 1996 erschienen Buch »short circuit« beschreibt, können wir uns

Fortsetzung nächste Seite

LITERATUREMPFEHLUNGEN

Ohne Moos geht's los – Tauschringe in Deutschland

Die Broschüre enthält eine Darstellung der Bedeutung und der Zielsetzung von Tauschringen und wie mit der rechtlichen Situation in bezug Sozialleistungen umgegangen werden könnte. Als Handbuch liefert sie praxisorientierte Tips zur Gründung und Aufbau von Tauschringen, die durch Erfahrungsberichte verschiedener Tauschringe ergänzt sind. Exemplarische Beispiele für Teilnahmebedingungen, Zeitungen, Infomaterial und eine Adressenliste der Tauschringe in Deutschland findet sich im Anhang.

»Ohne Moos geht's los« kostet 15 DM und 2 DM Versandkosten. Den Betrag bitte vorab überweisen unter dem Stichwort: Tauschring-Doku.● Fax 030/69 13005
Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a, D-10961 Berlin, Tel. (0 30) 691 30 72, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10, Kto-Nr. 424 262 104 oder Kreuzberger Tauschring im NHU, Urbanstr. 21, D-10961 Berlin, Tel. (0 30) 692 23 51, Kto-Bezeichnung: NHU-Talente, Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Kto-Nr. 09 43 11 87 00

Geldloser Ressourcentausch für Vereine, Betriebe und Projekte

So der Titel der bei der Stiftung Mitarbeit in der Reihe »Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten« herausgegebenen Broschüre. In dieser werden Diskussionsergebnisse aus Seminaren und Arbeitsgruppen über die Ausweitung des gemeinwesenorientierten geldlosen Austausches auf Vereine, Projekte und Betriebe zusammengefaßt. Es werden Tauschringe, ihre Funktionsweise und Geschichte kurz vorgestellt, die Vorteile eines Ressourcen-Tauschrings aufgezeigt, Beispiele skizziert und erforderliche Rahmenbedingungen diskutiert.

Die sich daran anschließenden konkreten Vorschläge für eine Vereinssatzung, für die Organisationsstruktur und die Arbeitsweise eines Ressourcentauschrings beruhen auf diesem Diskussionsprozeß. Eine Liste mit weiterführender Literatur und eine Adreßliste finden sich im Anhang.

Die Broschüre kostet 8 DM, zzgl. 2 DM Versandkostenanteil und kann über den Förderverein Ökostadt e.V., Danziger Str. 219, D-10407 Berlin, bestellt werden.●

Bausteine für eine bezirkliche Beschäftigungspolitik

Vor einem guten Jahr veranstaltete des Kommunale Forum Wedding e.V. in Zusammenarbeit mit 13 Projekten und Einrichtungen aus dem Berliner Bezirk Wedding und mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Arbeit, der Servicegesellschaft Zukunft im Zentrum und des Bezirksamtes die »Weddinger Beschäftigungswoche – Bausteine für eine bezirkliche Beschäftigungspolitik« mit 20 Veranstaltungen. Nun ist die Veröffentlichung mit dem gleichen Titel erschienen.

Ziel der Veranstaltungsreihe war es, auf lokale Initiativen zur Quartiersentwicklung und Schaffung von Beschäftigung aufmerksam zu machen, Probleme und Potentiale der lokalen Beschäftigungsprojekte zu diskutieren, über den Tellerrand zu schauen und Anregungen durch auswärtige Gäste zu erhalten, neue Ansätze für die Zusammenarbeit zwischen örtlichen Politkern, Verwaltungen, Betrieben und gemeinnützigen Einrichtungen vorzustellen sowie Verabredungen für ein gemeinsames Vorgehen zu treffen.

Natürlich ist die Kürzungspolitik des letzten Jahres nicht ohne Folgen für die in der Broschüre beschriebenen Projekte geblieben und frißt der tägliche Überlebenskampf einen Großteil der Energie. Das bedeutet jedoch, daß viele der im Buch angesprochenen Fragestellungen aktueller denn je sind. Hier eine Auswahl aus den 24 Einzelbeiträgen:

- Fünf wesentliche Irrtümer über die Ursache der Arbeitslosigkeit.
- Gemeinwesenarbeit zur Förderung ökonomischer Selbsthilfe und lokaler Entwicklung am Beispiel des Kommunalen Forum Wedding e.V.
- Auswege, Umwege, Irrwege – Qualifizierungsmöglichkeiten für Mütter am Beispiel des Trägerverbundes von Zukunft Bauen.
- Planning For Real – eine gemeinwesenorientierte Planungsmethode und ihre Anwendung im Sprengelkiez.
- Neue Unternehmenskultur: Soziale Unternehmen in Deutschland.
- Umfassende Quartierserneuerung im Zusammenhang mit integrierten Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit – das Beispiel Groningen.

Die Lektüre des Buches dürfte insbesondere für Leserinnen und Leser Anregungen geben, die an Fragen einer gemeinwesenorientierten ökonomischen Entwicklung und an lokaler Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik interessiert sind. Die Veröffentlichung umfaßt 120 Seiten und ist für DM 18,– (+ DM 5,– Versand) zu beziehen über:
Kommunales Forum Wedding e.V., Wiesenstr. 29, D-13357 Berlin, Tel (03 0) 46 50 73 55, Fax 462 94 47

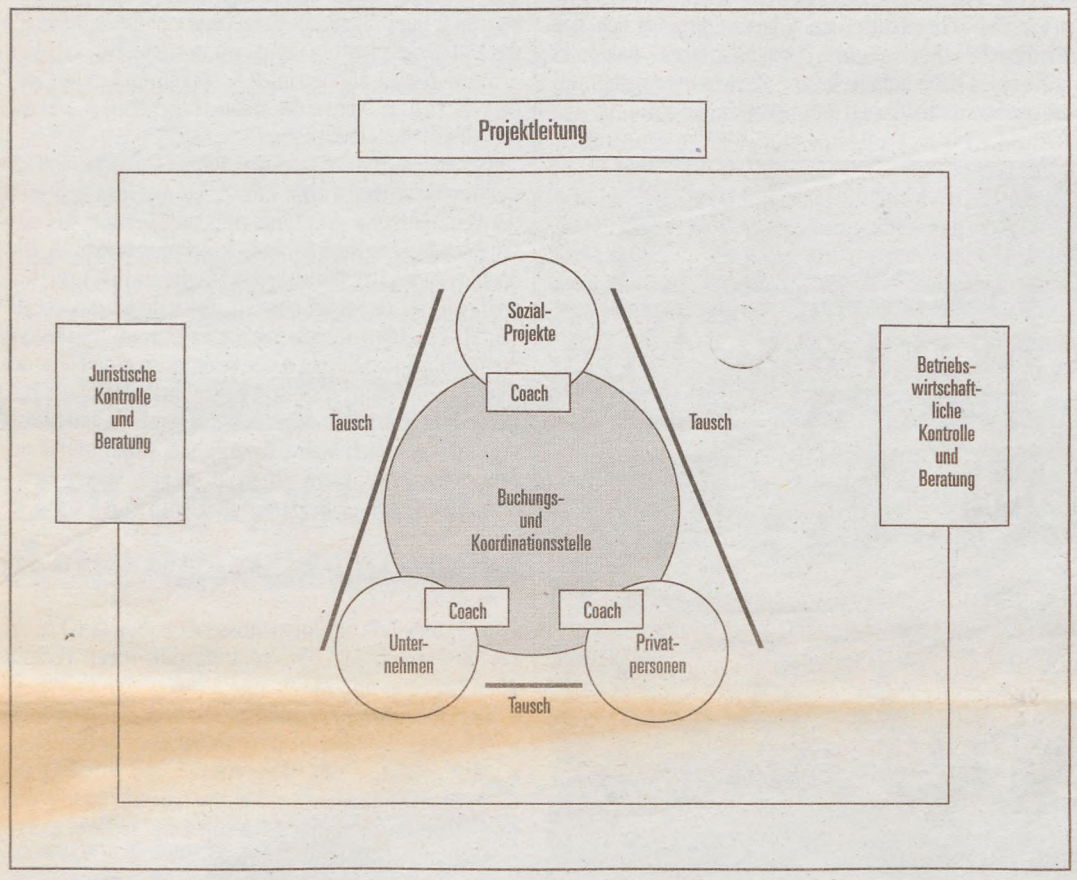
ÖSTERREICH:

Tauschwirtschaft

ARGE Tauschbörse

Die Plattform der oberösterreichischen (OÖ.) Sozialprojekte und die Basar GmbH haben Mitte Dezember 1996 eine Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung und zum Aufbau einer Tauschbörse gegründet. Ab Januar '97 wird im Rahmen einer Projektvorbereitung, die vorerst ein halbes Jahr durch das Arbeitsmarktservice (AMS) finanziert wird, das Projekt aufgebaut.

Heinz Zauner, Linz/OÖ ● Die Grundidee zum Aufbau eines »geldfreien Tauschkreises« wurde von Dr. Obrovski, Leiter der Landesgeschäftsstelle AMS im Frühjahr 1996 an die Plattform herangetragen. Bei einem Studienhalbtag am 3. Juli, informierten ExpertInnen aus bereits bestehenden oder im Aufbau befindlichen Tauschkreisen für Firmen, Privatpersonen und Sozialprojekte über den Stand der Entwicklungen. Die Idee, einen Tauschkreis für Sozialprojekte zu installieren, erwies sich als zu eng, da dieses System nur bei einer großen Anzahl von Anbietern und Nachfragenden funktioniert. Daher sollen an der »Tauschbörse« auch Firmen und Privatpersonen (bzw. private Tauschkreise) teilnehmen.



Grundlagen

- Über die Tauschbörse kann man Güter bzw. Dienstleistungen anbieten bzw. nachfragen. Findet man einen Abnehmer bzw. Anbieter, so wird ein Preis in einer Verrechnungseinheit vereinbart und der Buchungsstelle gemeldet. Diese führt dann die Konten der Beteiligten. Wenn man z.B. etwas kauft, ergibt sich ein negativer Kontostand und umgekehrt. Der Vorteil ist daß man nicht direkt Güter mit einem Partner tauscht. Der Tausch vollendet sich, indem man durch Tauschvorgänge mit anderen Partnern sein Konto ausgleicht.
- Durch den geldlosen Tausch werden Zinskosten vermieden. Anstatt des Geldes wird eine Verrechnungseinheit verwendet. Die positiven oder negativen Stände der Konten bei der Buchungsstelle werden nicht verzinst. Dadurch wird das Horten von Geld unattraktiv.
- Speziell bei Sozial- und Beschäftigungsprojekten soll durch dieses Modell mehr Arbeit geschaffen werden. Die Überprüfung von positiven arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen wird nach einer Probephase auch eine Grundlage für die weitere finanzielle Unterstützung durch das AMS darstellen.
- Erste Ansätze haben während der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren (Wörgler Modell) regionale Wirtschaftskreisläufe angekurbelt. Erfolgreiche Tauschkreise für Firmen und Privatpersonen existieren seit langer Zeit. Etwa der Wirtschaftsring in der Schweiz setzt Milliardenbeträge um. Im englischsprachigen Raum schafften die LET-Systeme für Privatpersonen (auch Arbeitslose) eigene regionale Wirtschaftskreisläufe. Dr. Obrovski spricht in diesem Zusammenhang auch von einem »Markt im Markt« (nicht zweiter Arbeitsmarkt).●

DAS MODELL ARGE TAUSCHBÖRSE

Da sich sowohl die Plattform OÖ Sozialprojekte als auch die BASAR GmbH für den Aufbau einer Tauschbörse engagierten, wurde eine Arbeitsgemeinschaft gegründet. Im ersten Halbjahr 97 wird durch das Arbeitsmarktservice eine Projektvorbereitung mit drei Arbeitsstellen finanziert. Den Erfolg dieses Modells kann man nur durch die Praxis eruieren. Eine wissenschaftliche Begleitung, sowie eine juristische und betriebswirtschaftliche Beratung, sollen zum Erfolg des Pilotprojektes beitragen.

Handelnde Personen und Gruppen:

1) Tauschpartner
a) Projekte (Sozialprojekte, Beschäftigungsprojekte)
b) Unternehmen
c) Privatpersonen
Die Tauschpartner sind die eigentlichen Akteure im Tauschkreis. Sie treten miteinander in Beziehung und erzeugen durch ihr Wirtschaften, die nötige Nachfrage, bzw. das erforderliche Angebot.

2) Coach
Jeder Tauschpartner wird durch einen Coach betreut. Er/Sie ist Insider des vertretenen Tauschpartners und vertritt dessen Interessen im Tauschkreis. Durch sein Handeln wird garantiert, daß der entsprechende Tauschpartner aktiv am Tauschkreislauf teilnimmt. Der Coach, der die Unternehmen vertritt und jener der die Sozialprojekte betreut, werden von der Tauschbörse angestellt; der Coach, der die Privatpersonen repräsentiert, wird unentgeltlich im Zuge einer Interessengemeinschaft in die Tauschbörse einbezogen.

3) Die Buchungs- und Koordinationsstelle
Sie ist die Zentrale des Tauschkreises. Hier werden Angebote und Nachfrage erfaßt, koordiniert und gelenkt, sowie die erforderliche Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Die Zentrale ist mit einem angestellten Mitarbeiter zu besetzen.

4) Die Juristische Betreuung
Da es noch keine Erfahrungen mit einem Tauschkreis in der geplanten Konstellation gibt, müssen die gesetzten Schritte auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft werden. Die Juristische Betreuung ist eine Kontroll- und Beratungsstelle. Sie tritt nur dann auf, wenn sie in Anspruch genommen wird, oder sie im Zuge routinemäßiger Zwischenberichte auf Probleme aufmerksam wird.

5) Die betriebswirtschaftliche Betreuung
Analog zur juristischen Betreuung soll auch der betriebswirtschaftliche Aspekt des geplanten Projektes laufend kontrolliert werden, beziehungsweise den Akteuren zur Beratung zur Verfügung stehen.

6) Die Projektleitung
Die Projektleitung erfolgt zu gleichen Teilen zwischen der Buchungs- und Koordinationsstelle und dem Coach für die Sozialprojekte. Der Träger wird durch je zwei VertreterInnen der Plattform (Heinz Zauner, Claudia Schauer) und der BASAR GmbH (Brigitte Voglhofer, Elke Polland) repräsentiert.

Die nötigen Schritte

1) Suche der Tauschpartner
Um einen möglichst raschen Einstieg in das Tauschgeschäft zu ermöglichen, erscheint es sinnvoll, unverzüglich mit in der Praxis erprobten Tauschringen in Kontakt zu treten, bzw. diesen eine Zusammenarbeit anzubieten. Bestehende Tauschringe bieten einen bereits aufgebauten Kundenstock und damit die ersten sofort verfügbaren Nachfragen und Angebote.

2) Aufbau des Pools
Personelle Besetzung der Stelle und Installierung der nötigen Infrastruktur (EDV, Büro etc.). Die Buchungs- und Koordinationsstelle wird Günther Kolb ab 1. Januar 1997 übernehmen, der auch bereits an der Konzeption der Projektvorbereitung mitgearbeitet hat. Die beiden Stellen für die Choaches werden ausgeschrieben (OÖN bzw. siehe Jobbörse). InteressentInnen sollen sich bis zur zweiten Januarwoche mit einem kurzen Rohkonzept schriftlich bewerben.

3) Präsentation des Projektes vor Unternehmern und Projekten aus OÖ
Damit soll das Interesse der zukünftigen Tauschpartner ausgelotet, beziehungsweise erste Versuche im »geschützten Bereich« gestartet werden. Fehler im System und auftretende Probleme sollen dabei vorzeitig erkannt und behoben werden.●

Kontakt:
Arge Tauschbörse, Günther Kolb, Glimpflingerstr. 48, A-4020 Linz, Tel. (0043-732) 34 98 16

FORTSETZUNG VON SEITE 8

nicht länger darauf verlassen, daß die globale Wirtschaft unsere Existenz sichert. Am Beispiel der eingeführten Güter und Waren auf kleinen irischen Insel beschreibt Douthwaite, wie die ursprünglich dort vorhandene Subsistenzwirtschaft durch die schrittweise Einführung des EU-Binnenmarktes unterbunden und die Bewohner in Abhängigkeit von Staatsalmosen geraten. Als die Reparatur der Hafenanlage in Selbsthilfe durch neue EU-Verordnungen verhindert wird, ziehen die letzten Insulaner fort. In einer solchen Situation gibt es nur einen Ausweg: Laut Douthwaite sollte jedes Gemeinwesen unabhängige lokale Wirtschaftskreisläufe aufbauen, die im Fall eines Zusammenbruchs des globalen Marktes die dort lebenden Menschen mit lebensnotwendigen Waren und Dienstleistungen versorgt. Ansätze solcher Wirtschaftskreisläufe gibt es genug. Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften, KonsumentInnen-ProduzentInnen-Genossenschaften, lokale Spar-und Kreditgemeinschaften und die Tauschringe. Es sei an dieser Stelle einmal daran erinnert, daß es z.B. in Berlin bereits im letzten Jahrhundert Konsumentinnengenossenschaften gab. Das waren Wirtschaftsvereinigungen von Hausfrauen, die durch den Zusammenschluß billigere und gesündere Lebensmittel einkaufen konnten. Gleichzeitig schufen sie die Voraussetzung für neue Läden und stärkten die Nachfrage nach örtlichen Produkten.

Auch Wohnungsbaugenossenschaften mit Spareinrichtungen und Pensionskassen für ihre Mitglieder tragen dazu bei, daß das Tauschmittel Geld lokal zirkuliert und nicht aus.der Region abfließt. Leider ist diese Zusatzeinrichtung zur Hereinnahme von Spargeldern der Mitglieder bei Wohnungsgenossenschaften nicht sehr verbreitet.

Tauschgeld Entgelt für unbezahlte Schattendienste

Ein Blick in die Tauschlisten der Tausch- oder Zeitbörsen zeigt, daß dort zahlreiche Dienste angeboten oder gesucht werden, die normalerweise unbezahlt im privaten Haushalt verrichtet werden. Bezeichnenderweise sind die Mitglieder von Zeitbörsen meist Frauen. Angebote wie Sokken stricken, Fenster putzen, Blumengießen, Babysitten, Einkaufen, Tierpflege, Malen, Kochen, Ausrichten von geselligen Anlässen, kleine häusliche Reparaturen, Transportmöglichkeiten, Freizeit- und Bildungsangebote, Obst und Gemüse aus dem eigenen Garten finden sich zuhauf. Alle diese Dienste gruppieren sich um den Privathaushalt, werden aber durch den Ringtausch aus dem Privathaushalt in die erweiterte Familie und Nachbarschaft verlagert. Was zuvor privat, isoliert und unbemerkt verrichtet wurde, wird durch die Zeitbörse lokal wieder sichtbar, aufgewertet, bewertet und durch Gegenleistungen entgolten. Es entsteht ein lokaler Markt örtlicher Talente und Fähigkeiten – ein Markt für »unbezahlten Hausarbeit«, der nicht auf Profitstreben, sondern auf Gegenseitigkeit basiert. Die Zeitbörsen sind demnach erste Schritte in eine frauenfreundliche, lokale Wirtschaft, die auch die unbezahlten Dienste als Arbeit anerkennt.●

HEIDELBERG: MARKT DER TALENTE

Tausche Rasenmähen gegen Bügeln

Keine Lust auf Hemdenbügeln oder Rasenmähen? Dann hilft möglicherweise der »Markt der Talente« der im September letzten Jahres in Heidelberg ins Leben gerufen wurde. »Im Prinzip«, so Initiator Matthias Meder, »kann alles von A wie Autopflege bis Z wie Zeltverleih« getauscht werden. Wichtig nur, daß die Devise »tauschen statt bezahlen« auch eingehalten wird.

Redaktion Heidelberg ● Abgerechnet wird dabei in aufgewandter Zeit. Eine Stunde entspricht vier Talenten, und eine Stunde Fotografieren des Lieblingstieres ist dabei genauso viel wert wie eine Stunde Flirtschule. Zumeist, so die Erfahrung des ersten Monats, sind aber ganz praktische Tätigkeiten gefragt. Das beginnt beim Reparieren des Drahtesels und hört beim Fensterputzen noch lange nicht auf.

»Die Resonanz ist sehr gut«, bilanziert Matthias Meder die Anfänge des bargeldlosen Handels. Der 28jährige Sozialpädagoge hat sich schon in seiner Diplomarbeit eingehend mit der konzeptionellen Umsetzung dieser Form von bürgerschaftlichen Engagement befaßt und möchte diese Erkenntnisse nun mit Hilfe des Tauschrings in die Praxis umsetzen.

Schon seit einiger Zeit schießen in Deutschlands Städten solche Tauschringe wie Pilze aus dem Boden. »Wir wollen die Leute wieder zueinander bringen«, betont Meder das dahinter stehende soziale Konzept. Nachbarschaftliche Hilfe ist seiner Ansicht nach vor allem in den Städten mehr und mehr verloren gegangen und soll so jetzt wieder mobilisiert werden.

»Ohne Geld Waren und Dienstleistungen in Anspruch nehmen und dafür eigene Talente und Fähigkeiten einsetzen«, so lautet das Motto. Das kann auch das Selbstvertrauen stärken. Schließlich ist es eine tolle Sache, wenn andere Menschen froh über die geleistete Arbeit sind.

Daß Menschen ganz unterschiedliche Tätigkeiten bevorzugen, kommt der Idee zupaß. »Ich konnte mir nicht vorstellen, das jemand gerne Rasen mäht«, beschreibt Meder aus eigener Betroffenheit, doch sogar dafür gibt es schon mehrere Angebote.

Die Angebote und Nachfragen können der monatlich erscheinenden Marktzeitung entnommen werden und seit Mitte Februar gibt es einen Stammtisch in der Heidelberger »Griechischen Taverne«. Anzutreffen sind MitarbeiterInnen des Tauschrings jeden Dienstag zwischen 18 und 20 Uhr in der Alten Eppelheimer Str. 38, 69115 Heidelberg in den Räumen des Selbsthilfebüros oder unter Telefon (0 62 21) 16 65 79, Fax 16 13 31.●

dp

Nach RNZ vom 23.10.96 und 24.1.97

FORTSETZUNG: RATSCHLAG ÜBER SELBSTHILFE UND KOOPERATION

Wirtschaft von unten

Vom 21. bis 23. Februar veranstalteten das »Europäische Bürgerforum« und die am 14. Juli 1989 zum zweihundertsten Jahrestag der Französischen Revolution gegründete »Bürgerinitiative für Sozialismus« in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Potsdam einen Ratschlag zum Thema »Wirtschaft von unten«. Zirka dreihundert TeilnehmerInnen diskutierten über praktische Erfahrungen und theoretische Auswege aus der dramatisch zunehmenden Erwerbslosigkeit und Armut. Nachfolgend der 2. Teil des Berichtes von Hilmar Kunath (Hamburger Gesprächskreis Lokale Ökonomie).

Perspektiven sozialer Utopien

Prof. Dr. Michael Buckmüller: »Die Perspektive sozialer Utopien – ein historischer Blick nach vorn«.

Nach dem Zusammenbruch des »autoritären Staatskommunismus« sei die Perspektive sozialer Utopien wichtiger denn je. Utopie meint einen »Zugang zu einer solidarischen Gesellschaftsform« (Begriff des Sozialismus). Diese Vorstellung zieht sich durch die Geschichte – von Aristoteles' »docta spes« bis zum Blochschen Prinzip Hoffnung (siehe auch Blochs Begriff des real Möglichen) und den Gedanken von M. Bookschin. Nach der französischen Revolution wurde »die Arbeiterbewegung die Trägerin der bürgerlichen Freiheitsideale.« Kant und Hegel drückten diese Ideale philosophisch aus. Der Vortragende zitierte dazu aus Kants Schrift »Zum Streit der Fakultäten« von 1798 und von Hegel her benannte er »die konkrete gesellschaftliche Praxis, die keinen Einzelnen ausgrenzt.«

Gegen Ende des vorigen Jahrhunderts begann die »Fixierung der Arbeiterbewegung auf den Staat«. Das Experiment sei sowohl in seiner sozialdemokratischen als als in der leninschen Ausprägung gescheitert. »Marx' Auseinandersetzungen mit Hegel machten ihn produktiv.« Hier sollten aber die 'Utopisten' im Mittelpunkt stehen: St. Simon, Proudon und Robert Owen müßten neu kritisiert werden.

Ersterer strebte eine »Gesellschaft ohne Regierung, aber nicht ohne Industrie« an. Grundlage der Freiheit sei die Industrie. Das richtete sich damals gegen den feudalen Grundbesitz. Die Nation stellte er sich vor als »produktive Assoziation«. Er teilte die bürgerliche Wissenschafts- und Technik-Begeisterung. Fourier forderte die »Sozialisierung der Arbeit« und eine »Entfaltung der Leidenschaften«, strebte eine »individuelle, lustvolle Lebensgestaltung in einer sozialen Gemeinschaft« an. Er setzte eine »natürliche Lebensform« gegen die Naturzerstörung durch die heraufziehende bürgerliche Prouktionsweise. Seine überschäumende Phantasie schreckte allerdings nicht vor der Forderung zurück, »Meerwasser in Limonade zu verwandeln«.

Proudon setzte auf den »Vorrang individueller Freiheit.« Er gründete »Volksbanken« und forderte unentgeltlichen Kredit für Kooperativen und die »Entfaltung einer allgemeinen wahren Solidarität«. Geld wollte er als »reines Tauschmittel« erhalten. Daß Ware und Geld in der naturwüchsigen »Freiheit« des Austausches mit Notwendigkeit immer wieder das Kapital in der »modernen« Gestalt hervorbringen muß, konnte er noch nicht erkennen. Privateigentum sah er moralisch als »Diebstahl« an. Ziel seines »zinslosen Kredits« war die »Verwirklichung der Freiheit« : »Die Volksbank begehrt nichts vom Staat« setzte er gegen die »Staatssozialisten«. Der Einfluß des Staates sei »Verderb«. Proudon leistete »die Vermittlung der Freiheitsidee in die Arbeiterbewegung«. Der Doppelcharakter von »Freiheit« im Kapitalismus (Ideal und Norm allgemeiner menschlicher Rechte einerseits, die »Freiheit« zum gesellschaflich-anomymen Zwang der Lohnarbeit andererseits) wurde dabei verdeckt. (Siehe Marx' ausführliche Kritik an Proudon, die auch wenn sie dann einseitig den »Staatssozialisten« zugute kam, heute noch wichtig ist ...) Proudon sprach sich »gegen die Zentralisation und für dezentrales, förderales Eigenrecht« aus. Der bürgerliche Staat reproduziere die Bedingungen der Unmündigkeit der Bürger. Es entsteht ein »circulus vitiosus (ein sinnloser Kreislauf) von Voraussetzung und Resultat«. Robert Owen entwickelte »ein Industriedorf mit ausgedehnter Sozialpolitik« (»New Harmonie« in den USA). An Owen sei wichtig gewesen, daß er zum ersten Male das Lernen aus den experimentell gemachten Erfahrungen des Scheiterns in den Mittelpunkt stellte. Er setzte auf den »moralischen Druck des guten Beispiels«.

Die Chartistenbewegung (1838-48) in England sei die erste »Massenbewegung auf Eigeninitiative« gewesen. Es gab Demonstrationen für ein politisches Programm. (Hier fehlen die wichtigen Erfahrungen der englischen Ludditen (Maschinenstürmer), die sich gegen das Umschlagen der Produktivität der Maschinerie als Element des Kapitals in ein Mittel zur Quälerei der Lohnarbeiter wehrten. Auch wenn sie ihren Zorn gegen die Maschinen selbst richteten, machten sie jedoch zum ersten Male deutlich, was Wissenschaft und Technologie in der Bestimmungsgewalt des Kapitals für die Lohnarbeiter bedeutet.)

Nach 1848 kam eine »Epoche der Mutlosigkeit«. Um sich wieder Hoffnung zu machen, wurde der »Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft« erklärt. Marx' wissenschaftliche Untersuchung des Kapitalismus setzte entscheidende Kenntnisse frei, an deren kritischem Studium kein kapitalismus-überwindender Ansatz vorbeikommt. Andererseits diente die »Wissenschaftlichkeit« dieses Ansatzes etlichen dazu, »gläubig abzuwarten«, bis sich der Sozialismus per Wahlstimmen und mit naturgesetzlicher Gewalt durchsetzen würde.

Marx konnte den Kapitalismus als zeitweise Epoche nachweisen, die auch wieder vergehen kann. Die Arbeiterbewegung übernimmt die marxsche kritische Theorie auf eine bestimmte, verkürzte Weise: Es entsteht ein »Sozialismus für den Feierabend«, ein »Ideensystem für stark entmutigte Massen«. (Man stelle sich zum Beispiel Deutschland unter den Sozialistengesetzen vor...) Der Marxismus wie er aufgefaßt wurde, fixierte sich auf den Staat und seine Übernahme durch die Arbeiterfunktionäre. Utopien wurden allgemein (besonders in Deutschland) als »Hirngespinste« abgetan. Genossenschaften wurden von Marx kritisch beäugt, aber nicht generell verurteilt.

Um die Jahrhundertwende hatten sich in Deutschland ca. 300 Produktivgenossenschaften entwickelt (z.B. der Zigarrendreher, die brauchten wenig Maschinerie). Ihre Lebensdauer betrug selten mehr als fünf Jahre! Marx plädierte in der »Inauguraladresse an den Bund...« für einen politisch-staatlichen Weg, für den »Übergang der Staatsmacht in die Hände der Produzenten selbst.« Er meinte aber wohl wirklich die Produzenten – und nicht die lange Reihe ihrer Stellvertreter ...

Vor dem ersten Weltkrieg erreichten die Genossenschaften 1,6 Millionen Mitglieder und hatten eine »zentralistische Struktur«. In der Weimarer Republik waren ca. 40 Prozent aller Haushaltungen Mitglied einer Komsumgenossenschaft. Nur hatten sie kein Einfluß mehr auf das Geschehen. »Radikales Fragen und in Zweifel ziehen« in bezug auf die Geschichte sei wichtig, auch nötig, »in der Geschichte der sozialen Utopien Ausschau zu halten.«

NETZ

Karin Schröder (NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V.): »Gegen-Wirtschaft: Aktuelle Unternehmungen, Autonome Projekte, Alternative Gemeinschaften – vom Car-sharing bis zum Tausch-Handel.«

Ihr Verband umfasse ein »breites Spektrum«; es solle eine bunte Vielfalt gefördert und nicht mit Begriffen abgegrenzt werden.

Die Mitgliedsprojekte seien:

- Von Arbeitern übernommene Betriebe
- Produktivgenossenschaften und selbstverwaltete Betriebe (das seien die meisten Mitglieder)
- Lebensgemeinschaften
- kleine und mittlere (Privat-)betriebe
- privatwirtschaftlich und umweltfreundlich produzierende Betriebe.

Das seien 1.700 bis 1.800 Einzelbetriebe, zum Beispiel die Ökobank, das Netzwerk Selbsthilfe, der Verbund selbstverwalteter Fahrradläden, der Bundesverband ökologischer Läden, der Verbund der Fairsicherungsläden. Letztere würden ein eigenes Versorgungssystem für die Beschäftigten innerhalb des Dachverbandes, besonders bei Berufsunfähigkeit, zur Verfügung stellen.

Ihre Aufgabe als Verband sei es, zur »Vermittlung von unternehmerischer Kompetenz« beizutragen durch eine bundesweite Weiterbildung zu Themen wie »Finanzmanagement« und »markteting«. Sie hätten einen »Referenten-pool« gebildet (»nicht irgendwelche Unternehmensberater...«) Die Träger würden zur Zeit aus dem Boden schießen ...

Auch hätten sie ein Netz-consult gebildet: Das ist ein Zusammenschluß von ca. 50 Beratungsbüros. Wichtig sei es, »eine eigene Infrastruktur aufzubauen« Ihre Schwerpunkte lägen in NRW und Hessen. Auf Bundesebene seien sie »nicht so präsent«. NETZ e.V. sei Mitglied im europäischen Verband von Produktivgenossenschaften und im »Aries« – einem europäischen Info-center (»online«).

Über den Ausdruck »Gegenwirtschaft« im angekündigten Titel ihres Vortrages sei sie »nicht so glücklich«. Sie sei für »anderes Wirtschaften«. Jedoch könne trotz vielfältiger Ansätze nicht von einem Wirtschaftssystem gesprochen werden. Ihr Verband würde auf eine »bewußte Orientierung auf lokale und regionale Märkte« setzen.

Es gäbe eine Untersuchung über selbstverwaltete Betriebe in Hessen (s. CONTRASTE Nr. 150, und diese Ausgabe, S. 12). Die zeige, daß die Betriebe überwiegend »erfolgreich« seien. Ihre Löhne hätten sich verbessert. Es zeige sich, daß die Beriebe »durchaus eine Bestandsfähigkeit« haben. Es gäbe eine »dauerhafte kollektive Betriebsorganisation unter marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.«

Erfahrungen aus Italien

Prof. Dr. Dietrich Haensch (Hannover): »Dienstleistungsgenossenschaften – Erfahrungen aus Italien.«

Der Vortragende hat 15 Jahre lang die italienischen Genossenschaften studiert. Produktivgenossenschaften gibt es in Spanien ca. 13.000 mit 206.000 Beschäftigten, in Italien 21.000 mit 373.000 Beschäftigten. In der BRD gab es 1960 27.147, 1986 nur noch 9.877, jetzt sind es noch weniger. 1990 gab es in Italien 159.471 Genossenschaften insgesamt – mit stark zunehmender Tendenz. Davon waren ca. 100.000 »förderungsberechtigt«, d.h. sie ließen sich von einem Dachverband überprüfen. 10,8% stehen der »roten lega« nahe und gelten als »linksgerichtet«. 2/3 seien »unorganisiert-pragmatisch«; 1/4 sind »katholische Verbände«.

Dienstleistungs- und Sozialkooperativen seien »städtisch-mittelständische« Kooperativen. Sie produzieren Angebote für den Markt, aber auch für Kommunen (Reinigung, Essen auf Rädern). Ihre Durchschnittsgröße liegt bei 39 Mitgliedern. Es bilden sich aktuell neue Kooperativen in neuen Bereichen: »Kooperativen der Selbsthilfe von Freiberuflern aller Art, von Ärzten in Gruppenpraxen, über Musikgruppen und Museumsführern zu Reinigungsfirmen, Sofwareproduzenten, Tourismus-Kooperativen bis zur Gruppenpraxis von Zahnarzten im städtischen Dienstleistungsbereich.« Das sind aktive, kleine Kooperativen, für die in Italien keine besondere Rechtsform nötig ist. Die Genossenschaftereinlage beträgt zwischen 5.000 DM und 40 bis 80.000 DM. Die Mindesteinlage kann über genossenschaftliche und gewerkschaftliche Fonds mit niedrigem Zinssatz und in Ratenzahlungen aufgebracht werden. Die Gewinne der Genossenschaft sind der Rücklage zuzuführen. Bei Auflösung einer Genossenschaft wird der Restwert nicht, wie in Deutschland, unter die Mitglieder verteilt, sondern wird anderen Genossenschaften im Umkreis zu Verfügung gestellt.

Die Kooperativen werden jährlich vom Dachverband überprüft. Seit 1995 können in Italien schon 5 bis 8 Mitglieder eine »kleine kooperative Gesellschaft« bilden (z.B. einen Copy-shop, eine Jazz-Band, eine Buchhandlung). Der Zweck der Genossenschaft darf nicht der der Kapitalverwertung sein, d.h. die Verzinsung der Anlagen darf 3% nicht übersteigen. Bei einer Bezahlung über dem Tariflohn verliert eine Coop die Förderungswürdigkeit.

Ansonsten seien es »Unternehmen, wie andere auch.« Die beachtlich hohe Zahl der Gründungen läßt sich laut Dietrich Haensch darauf zurückführen, daß es in Italien keine staatliche Arbeitslosenunterstützung gibt wie in Deutschland. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit seit Mitte der siebziger Jahre habe einen Gründungsboom ausgelöst, der mit den Vorstellungen von einer solidarisch organisierten Wirtschaft und dem Selbstverwaltungsgedanken aus der Achtundsechziger-Bewegung zusammenlief. Es gab Kämpfe um die rechtlichen und finanziellen Rahmensetzungen, die dem Staat abverlangt wurden. Die Losung »Pui occupatione con la cooperatione«, also mehr Arbeit durch Kooperation, war das Gründungsmotto vieler Kooperativen.

Viele Dienstleistungskooperativen arbeiten als »soziale Betriebe« auf der Basis gesetzlicher Bestimmungen über die von ihnen zu erfüllenden Anforderungen. Es gibt davon zwei Grundtypen. Einmal sind dies Betriebe , die, teilweise auf der Basis freiwilliger und unentgeltlicher Sozialarbeit, zum Zwecke der Solidarität zielgruppenorientert soziale Hilfe leisten. Der Anteil der freiwilligen MitarbeiterInnen darf allerdings nicht mehr als 50% betragen. Der italienische Staat begleicht die Beiträge für die Unfallversicherung. Dort, wo der öffentliche Sektor privatisiert wird, können auch Kooperativen gebildet werden, die soziale Dienste des Staates übernehmen und dafür dauerhafte Subventionen erhalten.

Der andere Typ des »sozialen Betriebes« dient der Einstellung von sogenannten Problemgruppen zum Zwecke der Beschäftigung und Einkommenssicherung. Bei diesen Kooperativen sind Behinderte, psychisch Kranke, Obdachlose oder Straffällige selbst Mitglieder und MitarbeiterInnen der Genossenschaften. Behinderten-Kooperativen als Produktiv-Genossenschaften müssen mindestens 30% Behinderte einstellen. Sie seien auch eine Folge der Öffnung bzw. Abschaffung der psychatrischen Anstalten in Italien. Auch gibt es häusliche Pflegedienste mit Selbstbeteiligung. »Auch Mafia, Camora u.ä. sitzen im Kooperativ-Sektor. Die 'Coop' ist nicht an sich schon edel!« Aber es ließe sich etwas daraus machen ...

Produktivgenossenschaften

Jost Kramer: »Produktivgenossenschaften (PG) in ihrer geschichtlichen Entwicklung und ihren rechtlichen Grenzen und Möglichkeiten.«

Der Vortragende war früher Geschäftsführer des Genossenschaftsinstituts Berlin, jetzt des Instituts für Genossenschaftswesen der Universität Münster und Aufsichtsratsmitglied einer Produktivgenossenschaft für Publikation und Consulting – Marburg Consult. Das mache er ehrenamtlich mit »Selbstausbeutung«.

PGs seien für ihn zunächst eine »Einrichtung zur Selbsthilfe der Mitglieder« (»wir für uns«). Hinzu können gemeinwirtschaftliche oder gemeinnützige Zwecke kommen (»Wir für uns und andere«).

»Die Stärke der Produktionsgenossenschaft besteht darin, daß sie ein mögliches Instrument zur Verwirklichung des Wunsches nach gemeinschaftlicher Produktion ist, die zudem die Möglichkeit zur Umsetzung von wirtschaftsdemokratischen Strukturen beinhaltet.« (aus: S.6 der Kongreßmappe) Es besteht eine Hierarchie mit Vorstand und Aufsichtsrat. Die PG sei »ein faszinierendes Instrument, im heutigen Deutschland unter Marktbedingungen zu bestehen«. (s.o.)

Für den Referenten besteht die Entwicklungsperspektive einer PG entweder in einer »Nische« oder im »Markt«. Deshalb müsse man »die PG so gestalten, daß sie unter den Spielregeln des Marktes überleben kann!« Es bestünde in erster Linie die »Notwendigkeit, in der Marktwirtschaft zu überleben«. Dann erst könne die PG sinnvoll »die Mitglieder fördern. Eine PG ist vom Grundsatz her ein wirtschaftliches Unternehmen, könne also nicht »altruistisch« handeln. »Ich muß Konkurrenz nicht mögen, aber ich muß sie akzeptieren.« Schlußsatz: »Die PG muß sich auf dem Markt bewähren!«

Bewegung zur Selbsthilfe

Dr. Karl Birkhölzer... forderte eine »Bewegung zur Selbsthilfe in Europa«.

»Wir brauchen eine dritte politische Kraft.« »Die staatlichen Institutionen werden in den nächsten Jahren weiter geschwächt werden... Die 'global players' bilden eine eigene Realität.« Die Ausdehnung der Selbstverwaltungsbewegung zeige sich ins besondere in den Ländern, die über keine oder spärliche sozialstaatliche Einrichtungen und Instrumente verfügen oder diese, wie in Großbritannien, zerstört hätten.

In Bezug auf die Arbeitslosigkeit gelte es, vier Irrtümer zu überwinden:

1. Der Irrtum, daß die Krise eine Übergangserscheinung sei.
2. Die Arbeitslosigkeit ist kein individuelles Problem. Arbeitsprogramme, die auf Wiedereingliederung setzten, sind langfristig rausgeschmissenes Geld. (»ABM-Karriere«), weil der (Lohn-)arbeitsmarkt immer enger wird. Eine Wiedereingliederung in die Lohnarbeit findet immer weniger statt.

Fortsetzung nächste Seite

SIPPEN- UND FAMILIENKUNDE IM NAMEN EINER »DÖRFLICHEN WIR-GEMEINSCHAFT«

Rassekunde auf katholisch

»Die Familie Schmidt gehört rassekundlich vermutlich zu der hellblonden nordisch-allemannischen Rasse. Menschen von stolzem Wuchs zählt sie vielfach in ihren Reihen. Die Begabung ist eine gute, öfter hat sie studierte Berufe unter ihren Leuten...« Unkommentiert werden in dem 1996 erschienen Buch »Geschichte und Geschichten von Losheim und Umgebung« über 20 solcher »Ariernachweise« aus der NS-Zeit abgedruckt.

Gerd Meier, Redaktion Saarland ● Die meisten von ihnen erschienen nach Verabschiedung der Nürnberger Rassegesetze (1935) in der »Merziger-Volkszeitung«, die später von der »Saarbrücker Zeitung« übernommen wurde. Das Buch wird angepriesen als »ein umfangreiches Heimat- und Familienbuch«, in dem »mit bodenständiger Akribie und heimatverbundener Liebe Jahrhunderte von Familienschicksalen, Menschen-, Dorf und Gemeinschaftsschicksalen aufgespürt werden«. Das jedenfalls meinen zwei Ärzte des örtlichen Caritas-Krankenhauses in ihrem Vorwort des 650 Seiten starken Werkes.

Eine heimatverbundene katholische Wir-Gemeinschaft

Das Schicksal der vertriebenen Juden und Jüdinnen oder gar politischer Widerstand gegen den NS-Terror kommen in diesem bodenständigen Heimatbuch nicht vor. Stattdessen wünschen sie »diesem Werk eine weite Verbreitung als Brücke von einzelnen Bürgern zur heimatverbundenen Wir-Gemeinschaft in Losheim am See«.

Autor der Blut- und Bodenbeiträge ist ein katholischer Pfarrer. Die katholische Kirche sprach sich 1935 für den Anschluß des damaligen Saargebietes an Nazideutschland aus und gegen den Weiterbestand des Völkerbundmandates über das Kohle- und Stahlrevier. Nur wenige Pfarrer opponierten gegen die nationalistischen Anordnungen des Trierer Bischofs Bornewasser. In der Saarabstimmung vom 13.1.1935 stimmten trotz einer gemeinsamen Ablehnungsfront von SozialdemokratInnen und KommunistInnen über 90% der SaarländerInnen für das 3.Reich.

Verkauf an Schulen immer noch erlaubt

Ein TV-Beitrag des Saarländischen Rundfunks, der am 27.2.1997 in Südwest 3 in der Sendung »Magazin Saar« ausgestrahlt wurde, machte das Ganze jetzt öffentlich. Zuvor wurde das Buch einhellig von Parteien, Bürgermeistern, Ärzten, Pfarrern etc. gelobt. Lothar Christ, der örtliche Bürgermeister (SPD), der in seinem Vorwort dem Buch eine weite Verbreitung wünscht, setzt auf Schadensbegrenzung und will den Nationalsozialismus an den Schulen anhand des Buches kritisch aufarbeiten. Das saarländische Kultusministerium hält sich bis heute bedeckt und lehnt ein Verbot des weiteren Verkauf des Buches ab. Ein Großteil wurde von SchülerInnen der örtlichen Schule vertrieben; 5 DM Provision gab es pro verkauftem Buch, das immerhin 52 DM kostet. Eine klare Ablehnung des weiteren Buchverkaufes gibt es bisher nur in einer gemeinsamen Erklärung, die von der örtlichen SPD und der »Aktion 3.Welt Saar«, die in Losheim ihren Sitz hat, unterzeichnet ist. Beide bezeichnen es als Rassismus, wenn, wie in dem Buch geschehen, »einer Gruppen von Menschen aufgrund äußerlicher Merkmale negative oder positive Eigenschaften zugeschrieben werden.« Merkwürdig das Verhalten von Bündnis90/Die Grünen. Sie luden zunächst noch gemeinsam mit SPD und »Aktion 3.Welt Saar« zu einer Pressekonferenz ein, zogen sich im letzten Moment aber zurück und gaben keine Stellungnahme ab.

Wehe dem, der aus der Reihe tanzt Kritik an Nestbeschmutzer beim SR

Die selbst ernannte »Wir-Gemeinschaft« hat jetzt offiziell gegen die Nestbeschmutzer des Saarländischen Rundfunks protestiert. Ein Schreiben an die Chefredaktion, z.Hd. Elke Herrmann soll die abtrünnigen Journalisten wieder auf Linie bringen. Die Aufgeregtheit nach dem Erscheinen des Goldhagen-Buches und dem Zeigen der Wehrmachtausstellung vor Augen, war dies absehbar. Wehe dem, der aus der Reihe tanzt. Bleibt abzuwarten, ob die Chefredaktion des SR den Druck nach unten weitergibt (nur gute Radfahrer kommen schließlich nach oben), oder ob die Bergmannstochter Herrmann (SR, 13.3.1997) soviel Mut aufbringt und die Losheimer Ariernachweise beim Namen nennt. Glück auf.●

Rassekunde auf katholisch – Ein Heimatbuch im Saarland Foto: Bildarchiv AKTION 3.WELT Saar

KURZZEITIGE BESCHÄFTIGUNG:

Beitragspflicht in der Arbeitslosenversicherung

Bereits mit Wirkung zum 1. April 1997 gilt eine neue Regelung für die sogenannte kurzzeitige Beschäftigung, die an weniger als 18 Stunden in der Woche ausgeübt wurde. Diese sind jetzt Beitragspflichtig.

Vom 1. April an kommt Arbeitslosenversicherungsfreiheit nur noch beim Vorliegen einer geringfügig entlohnten Beschäftigung oder bei sogenannter kurzfristiger Beschäftigung in Betracht. Bei geringfügig entlohnten Beschäftigungen muß die Arbeitszeit bei weniger als 15 Stunden wöchentlich liegen und der Verdienst darf in den alten Bundesländern nicht 610 DM übersteigen (neue Bundesländer 520 DM). Bei der sogenannten kurzfristigen Beschäftigung ist die Arbeitszeit innerhalb eines Jahres auf längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage begrenzt und diese darf nicht berufsmäßig ausgeübt werden.

Eine Übergangsregelung bis zum 31. Dezember 1997 gibt es nur für ArbeitnehmerInnen, die neben dem Bezug von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe eine kurzzeitige Beschäftigung ausüben. Alle anderen ArbeitnehmerInnen, die eine kurzzeitige Beschäftigung ausüben, sind ab dem 1. April 1997 beitragspflichtig in der Arbeitslosenversicherung.

DEVO/DÜVO-Meldungen abgeben

ArbeitgeberInnen sollten daran denken, für die betroffenen ArbeitnehmerInnen eine DEVO/DÜVO-Abmeldung zum 31. März 1997 mit dem Abgabegrund 4 und eine Anmeldung zum 1. April 1997 mit dem Abgabegrund 1 sowie dem Beitragsgruppenschlüssel 1 oder 2 für die Arbeitslosenversicherung an die zuständige Krankenkasse zu erstatten.●

dp

FREIE ARBEITERiNNNEN-UNION:

Gewerkschaft gegründet

Mitte Februar gründeten MitarbeiterInnen aus der Naturkost-Branche die »Gewerkschaft Naturkost-Landwirtschaft-Lebensmittelindustrie in der FAU (GNLL-FAU). Nachfolgend dokumentieren wir die Erklärung, die auf der Gründungstagung verabschiedet wurde:

Was bringt uns in der Naturkost-Branche eigentlich auf die Palme? Die immer stärkere Kommerzialisierung der »Bio-Szene«? Die Arbeitsbedingungen? Nun, als Chefs von Bioläden, Aktionären der Naturkostindustrie oder als Inhaber eines Öko-Großhandels interessiert uns dies sicherlich nicht, solange der Rubel rollt.

Aber uns lohnabhängigen Beschäftigten in dieser Industrie stinken diese Zustände in den Naturkostläden: Stundenlöhne von 10-12 Mark sind keine Seltenheit, 610-Mark-Verträge sind gang und gäbe, qualifiziertes Personal gibt es so gut wie gar nicht. Ja, auch hier gibt es Ausbeutung und Abhängigkeiten. Die Unternehmer dieser Branche organisieren sich seit Jahren in diversen Anbauverbänden und dem zum schnöden Arbeitgeberverband verkommenen »Bundesverband Naturkost und Naturwaren« (BNN). Seit dem Bio-Boom wurden in dieser Branche immer mehr Arbeitsplätze geschaffen, heute macht sich auch hier der »stinknormale Kapitalismus« breit: Verstärkte Konzentration bei den Herstellern ebenso wie im Bereich der Naturkostgroßhändler. Der Verdrängungswettbewerb nimmt gnadenlosere Formen an, der natürlich zuerst auf dem Rücken der Belegschaften ausgetragen wird. Wer sonst zahlt die Zeche für die Expansion der Öko-Kapitalisten: Urlaubs- und Weihnachtsgelder werden gekürzt, den die Beschäftigten lassen sich nur allzuoft erpressen. Diese miese Bio-Suppe wollen wir nicht weiter auslöffeln.

Endlich eine GNLL in der FAU

Seit der von uns initiierten LEBENSBAUM-Kaffee-Boykott und der Kriminalisierungskampagne durch die Öko-Unternehmer wird klar, daß in den Bereichen ökologische Landwirtschaft und Naturkostindustrie dringender denn je eine sozialrevolutionäre Gewerkschaft zur Interessensvertretung der abhängig Beschäftigten aufgebaut werden muß. Dies ist erforderlich, weil die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen noch unter denen der »normalen« Branchen liegen, weil die MitarbeiterInnen hier über die produzierten und vermarkteten »gesunden« Produkte moralisch durch ihre ArbeitgeberInnen erpreßt werden. Außerdem werden gerade im Bereich der ökologischen Landwirtschaft ähnlich wie in agroindustriellen Großbetrieben ausländische Saison-ArbeiterInnen zu Hungerlöhnen ausgebeutet.

Da die sogenannte »Bio-Szene« mittlerweile kein reines Nischendasein mehr fristet, sondern sich auch »stinknormale« Unternehmen für die Produkte dieser Branche interessieren (Nestlé, Hipp, Karstadt- und Tengelmann-Konzern) verbinden wir mit der Gründung unserer Gewerkschaft die gesamte Lebensmittelindustrie mit der Landwirtschaft. Beide Branchen gehören in eine Gewerkschaft, da diese Bereiche vollständig verzahnt sind. Wir tragen damit den Realitäten des kapitalistischen Wirtschaftslebens und ihren wechselseitigen Abhängigkeiten durch eine entsprechende Organisationsstruktur Rechnung.

Zusammenarbeit

Grundsätzlich wollen wir die Zusammenarbeit mit systemkritischen Verbraucher-Initiativen und Kooperation mit alternativen Absatzkonzepten (Food Coops) fördern, da für eine aktive LebensmittelarbeiterInnen-Gewerkschaft die Solidarität und das Verständnis der VerbraucherInnen genauso wichtig ist, wie kämpferische Betriebsgruppen.●

Weitere Infos über Forderungen der GNLL/FAU, zum Selbstverständnis der FAU über folgende Regionale Kontaktanschriften:

Landwirtschaft Berlin/Brandenburg: Thomas Beckmann, Dorfstr. 13, D-16775 Wolfsruh

Naturkostindustrie: GNLL/FAU Hamburg, Thadenstr. 118, D-22767 Hamburg

Naturkosthandel Berlin: Jürgen, Bioladen, Rigaer Str. 83, D-10247 Berlin

Landwirtschaft Sachsen-Anhalt: Gerd Wacha, Dorfstr. 17, D-29416 Jeebel

FORTSETZUNG VON SEITE 10

3. Der Strukturwandel zu einer 'Dienst-leistungsgesellschaft' findet nicht statt. Auch dort finden riesige Raus-Rationalisierungen statt. Vom staatlichen Steueraufkommen können diese Dienstleistungen zunehmend weniger bezahlt werden.

4.) Die Rede, daß uns die Arbeit ausgeht, stimmt nicht. Das gilt nur für die Lohnarbeit. Daneben gibt es unendlich viel notwendige sinnvolle Arbeit (u.a. Hausarbeit, Reproduktionsarbeit, kulturelle Arbeit...) Besonders in den Krisenregionen gäbe es einen zunehmenden Mangel in der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen für die Reproduktion. Hier gehe es darum, einen neuen Arbeitsbegriff zu verbreiten.Er sieht drei Sektoren von Arbeit:

1.) Die gewerblich-industrielle profitbringende Arbeits»welt« (800 Millionen Menschen sind weltweit schon lohn-arbeitslos !)

2.) Der öffentliche Sektor; der solle sich nach herrschender Lesart so benehmen, wie der erste:

Er wird hemmungslos privatisiert und unter dem Profitprinzip umstrukturiert. Jedoch: Im öffentlichen Dienst sei es nicht gleichermaßen 'sinnvoll', Lohnkosten zu sparen, wie im Privatbetrieb. Denn die gestrichenen Arbeitsplätze würden als Kosten des Staates bei Sozialhilfe, Wohngeld usw. wieder auftauchen; also würden die Kosten nur verschoben. Den Staat zu sinnvolleren gemeinnützigen Ausgaben als Hilfe zur Selbsthilfe der Betroffenen zu zwingen, diese Kraft muß erst noch entwickelt werden. Sie kann jetzt nicht einfach ideel vorausgesetzt werden.

3.) entsteht ein Sektor der Selbstverwaltung. Eine Grundlage davon sei die 'Schattenökonomie', in der sich ohnehin inzwischen viele Millionen Menschen »irgendwie über Wasser halten«. Aufgabe sei es, daraus einen ordentlichen Wirtschaftssektor zu machen, einen gemeinnützigen Sektor.

Birkhölzer sieht ein neues Bündnis entstehen zwischen dem lokalen Staat (Gemeindeverwaltungen), den BürgerInnen und der Selbsthilfebewegung. Das funktioniere aber nur in Krisenregionen, wo die Bereitschaft der Kommunen dazu mangels finanzieller Möglich-keiten am größten sei und eine aus der Not geborene Selbstverwaltungs-Wirtschaft sich ausbreite.

Auch wer noch ein Lohnarbeits- oder sonstiges Einkommen hat, könne sich an den Projekten beteiligen. »Der Aufbau einer neuen Unternehmenskultur aus der Selbsthilfe-Szene« sei möglich. »Alles, was sich noch auf dem zweiten Arbeitsmarkt befindet, müßte sich hier versammeln.« Es sei jetzt z. B. in Berlin möglich, direkte Initiativen mit den Bezirken zu verabreden. Tauschringe könnten Element lokaler Ökonomie werden. Er bringt das Beispiel Wittenberge, wo eine Gemeinde beschlossen hat, in einen Tauschring einzutreten.

Abschließend stellt er die Frage: »Wie können die Krisenregionen sich selbst versorgen?« Dabei strebe er keine Mangelwirtschaft an, sondern es könne auf so etwas wie »lokalen Wohlstand« hinauslaufen ...

Markt der Möglichkeiten

Neben neun Arbeitsgruppen (u.a. auch zum geplanten »Europäischen Marsch gegen Erwerbslosigkeit ...«) gab es auch noch einen »Markt der Möglichkeiten«, wo sich verschiedene Initiativen vorstellten, unter anderem der Fersehsender »Kanal 4« und eine Car-Sharing Kooperative, ein Wohnprojekt und nicht zuletzt: die europäische Landkooperative »Longo mai« (provencalischer Gruß; zu deutsch: lange möge es dauern), die den Kongreß mit veranstaltete und mit ihrer »Comedia mundi« ein abendfüllendes Musikprogramm darbot, das die ZuhörerInnen noch lange in den Abend hinein zum Tanzen animierte.●

TAGUNGSBERICHT

Gestützt, vergessen oder behindert? Genossenschaftliche Selbsthilfe in Deutschland

Beschäftigte gleichzeitig als Eigentümer und Entscheidungsbeteiligte im Unternehmen – kann das überhaupt funktionieren? Zahlreiche Beispiele zeigen, produktivgenossenschaftlich organisierte Betriebe sind schon immer Teil des wirtschaftlichen Lebens. Wichtiger aber ist: Partizipative Unternehmen können Modelle für die Zukunft der Arbeit sein. Zu diesem Zweck müssen allerdings auftretende Schwierigkeiten besser bewältigt werden. Hierfür einen Beitrag zu leisten, war Anliegen einer Tagung mit dem Titel »Betriebliche Demokratie weiterentwickeln. Die Zukunft produktivgenossenschaftliche Unternehmen in Deutschland und Europa«.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die gut besuchte Veranstaltung fand vom 28.02. bis 02.03.1997 in der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg statt. Die 50 Tagungsteilnehmer setzten sich intensiv mit den Möglichkeiten auseinander, kooperativ organisierte Unternehmen in der Bundesrepublik zu gründen, in denen die Beschäftigten auch gleichzeitig Eigentümer sind. Sie werden üblicherweise als Produktivgenossenschaften bezeichnet. Weitgehende Übereinstimmung bestand darin, solange die genossenschaftlichen Prüfungsverbände die Gründungshürden so hoch wie gegenwärtig aufbauen, eignet sich das vom Gesetzgeber dafür vorgesehene Rechtskleid nicht für die Gruppenselbsthilfe.

Von den etwa 7.000 produktivgenossenschaftlichen Unternehmen in Deutschland agieren nur knapp 2.000 in der Rechtsform der Genossenschaft. Die meisten von ihnen sind landwirtschaftliche und handwerkliche Genossenschaften der ehemaligen DDR. Sie bemühen sich, ihre Struktur auch nach der Wende beizubehalten, trotz der vielfältigen Behinderungen. Neugründungen dagegen weichen meist in andere Unternehmensformen aus, vor allem der GmbH. Sie scheuen den bürokratischen Aufwand, der mit der Rechtsform der Genossenschaft verbunden ist, so die Erläuterung im Eingangsreferat.

Bürokratische Verbände

Bis die Satzung, der Wirtschaftsplan, Verträge mit anderen Unternehmen, Lieferanten und Kundenlisten, Lebensläufe der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder und vieles andere mehr abgefragt und geprüft sind, vergehen oft Monate. Die genossenschaftlichen Prüfungsverbände fordern von neuen Genossenschaften hohe wirtschaftliche Effizienz. Selbst handeln sie aber nicht wie Dienstleister, sondern wie staatliche Bürokratien im schlechtesten Sinne: Sie lassen sich Zeit und verlangen dafür noch von den Neugründern, die teilweise in Gruppenselbsthilfe ehrenamtlich arbeiten, beträchtliche Gebühren. Gründungsprüfungskosten von 5.000 bis 10.000 DM sind keine Seltenheit.

Gruppenselbsthilfe, in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit ein seit hundertfünfzig Jahren bewährtes Rezept, bleibt deshalb allzu oft schon in der Anfangsphase stecken. Auch wenn es hier Unterschiede – je nach Region und fachlicher Zuständigkeit – zwischen den Prüfungsverbänden gibt, hilft dies den negativ betroffenen Unternehmen wenig. »Solange kein Wettbewerb durch mehr Verbände oder freie Wahl der (Wirtschafts-)Prüfer vorhanden ist, bleibt die Gründung neuer genossenschaftlicher Selbsthilfeunternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland nicht vertretbaren Behinderungen ausgesetzt,« so das abschließende Resümee des ersten Tages.

Europäische Vielfalt

Daß dies nicht zwangsläufig so sein muß, veranschaulichte Rainer Schlüter, von der CECOP, dem europäischen Dachverband der Produktivgenossenschaften, Sozialkooperativen und Beteiligungsunternehmen. Sein Überblick über die Produktivgenossenschaften in verschiedenen Ländern Europas und ihre sehr unterschiedlichen rechtlichen Bedingungen verdeutlichte die vielfältigen Möglichkeiten. Besonders in Italien und Spanien stellt diese Genossenschaftsform mit über 20.000 bzw. über 13.000 Betrieben ein wichtiger Arbeitsplatzfaktor dar. Mehr als 370.000 Beschäftigte in Italien und über 200.000 in Spanien sind nicht zuletzt auf die entsprechend aktiven Genossenschaftsverbände bzw. die stützenden rechtlichen Bedingungen zurückzuführen.

Dies machte auch Alberto Stenico vom Bund der Genossenschaften in Südtirol/Bozen deutlich. In seinem Vortrag über die Bildung von Eigenkapital wurden die vielfältigen Möglichkeiten deutlich, wenn, ja wenn Genossenschaften als wünschenswerte Organisationsform unterstützt werden. Daß die Mitglieder selbst zum Eigenkapital durch Zeichnung von Anteilen und Zahlen von Beitrittsgeldern beitragen, gehört dabei zur Selbstverständlichkeit, die auch in Deutschland üblich ist. Stenico warnte allerdings, diese Eigenleistungen zu niedrig anzusetzen. Dann bestehe die Gefahr, daß die Mitglieder die Genossenschaft nicht als »ihr« Unternehmen ansehen.

Lernen aus Südtirol

In Südtirol ist es durch ein Anfang 1992 verabschiedetes Gesetz zu Förderung von Genossenschaft möglich, auch »unterstützende Gesellschafter« als Genossenschaftsmitglieder aufzunehmen. Sie dürfen ein Drittel der Stimmen aller Genossenschaftsmitglieder nicht überschreiten. Außerdem können Arbeitslose ihr Arbeitslosengeld als Anteil in die Genossenschaft einbringen und direkt mit bezahlter Arbeit beginnen. Wie in Deutschland das Überbrückungsgeld für Selbständige, gibt es dort vergleichbare Lösungen auch für Gruppenunternehmen. Ebenfalls der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dient die Bevorzugung von Kooperativen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ohne vorherige Ausschreibung, solange diese Aufträge eine festgelegte Größenordnung nicht überschreiten.

Als Gegenleistung zahlen Überschüsse erzielende Genossenschaften drei Prozent vom Gewinn in einen Fonds, der zur Unterstützung neuer genossenschaftlicher Betriebe dient. Auch Geld, das bei aufgelösten Genossenschaften vom »unteilbaren Fonds« übrig bleibt, fließt in dieses durch die Genossenschaften selbstorganisierte Unterstützungsinstrument. Der Erfolg gibt den sehr vielfältigen gesetzlichen Regelungen recht: In den letzten Jahren kann in Südtirol zumindest von einem kleinen Gründungsboom neuer Genossenschaften zur Schaffung von Arbeitsplätzen gesprochen werden.

Handlungshilfen zur Stabilisierung

Auch für die anderen Kernprobleme demokratischer Unternehmen: Absatz und innerbetriebliche Partizipationsfähigkeit wurden auf der Tagung Anstöße zur Lösung gegeben. PR-Fachmann Dieter Schöffmann zeigte die Möglichkeiten und Schwierigkeiten identitätsvoller Außenkommunikation auf. Genossenschaften verfügen über einen Glaubwürdigkeitsvorteil, wenn ihre Produkte und ihr Service die gleiche Qualität wie die konkurrierender Unternehmen aufweisen. Er warnte allerdings: Auf das Positive produktivgenossenschaftlicher Unternehmensorganisation muß mit einer gewissen Behutsamkeit hingewiesen werden. Sonst besteht die Gefahr, in die sogenannte Vertrauensfalle zu geraten: Die Kommunikation ethischer Inhalte wie partizipative Strukturen, Sozialverantwortung, Ökologie etc. führt dazu, daß ein damit Öffentlichkeitsarbeit betreibendes Unternehmen kritischer betrachtet wird als andere.

Auch die Entwicklung von Teams und von Teamfähigkeit als ein wichtiger Bestandteil genossenschaftlicher Handlungskompetenz muß durchdacht angegangen werden. Elmar Sing, Konfliktberater verdeutlichte, daß Teamentwicklung fast immer Kommunikation über Veränderungen bedeutet. Teams durchlaufen dabei verschiedene Phasen, in denen es zeitweise sogar zu einer Verschlechterung der Effizienz kommen kann. Zudem wird die ideale Kooperationsstruktur, daß jeder die Verantwortung für den Erfolg jedes Teammitglieds trägt, nur selten erreicht. Gut funktionierende Teams sind aber für das menschliche Wohlbefinden und die Wirtschaftlichkeit einer Genossenschaft von kaum zu überschätzendem Wert.

Gesetzliche Novellierung

Zum Abschluß griff Thomas Brockmeier vom Marburger Genossenschaftsinstitut noch einmal die Kritik an der genossenschaftlichen Rechtsform auf. Er stellte in seinen Ausführungen eine Idee von Axel Bialek in den Vordergrund: Das Genossenschaftsgesetz dürfe nicht immer weiter an die Bedürfnisse der großen kapitalgesellschaftsähnlichen Genossenschaften im Landwirtschafts- und Bankensektor angepaßt werden. Im Gegenteil, die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes von 1973, in der eine sehr weitgehende Anpassung an die Kapitalgesellschaften stattgefunden hat, müsse rückgängig gemacht werden. Sie habe die genossenschaftlichen Ideen von Schulze-Delizsch in ihren wesentlichen Grundzügen degeneriert.

Für die heutigen Großgenossenschaften, vom Typ meist weder Genossenschaft noch Kapitalgesellschaft, ist zusammen mit der Revitalisierung der genossenschaftlichen Unternehmensform ein neuer Rechtstyp einzuführen: die Kooperationsgesellschaft. Sie stimmt in vielen Punkten mit der gegenwärtigen, dem Selbsthilfegedanken entfremdeten Rechtsstruktur der Genossenschaft überein. Eine sinnvoller Vorschlag, der der genossenschaftlichen Idee wieder zu einer gewissen Blüte verhelfen könnte. Unter den derzeitigen Lobbystrukturen im Genossenschaftswesen dürfte diese Überlegung jedoch kaum eine Chance auf Verwirklichung haben.

Die Tagungsbeiträge werden dokumentiert. Die Dokumentation kann bei einem der Mitveranstalter der Tagung, dem Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation, Hans-Gerd Nottenbohm, Huckarder Str. 12, 44147 Dortmund, FAX: 0231/162798 unter dem Stichwort »Produktivgenossenschaftstagung« für voraussichtlich 15,– DM plus Porto vorab bestellt werden.●

BUCHBESPRECHUNGEN

Produktivgenossenschaften in Ostdeutschland

»Die Funktionsfähigkeit der PGH ergibt sich aus den dauerhaften und erfolgreichen Marktleistungen«, so lautet eine der zehn thesenartigen Zusammenfassungen von Martin Leinemann. Der Autor hat eine erfreulich ausgewogene Darstellungen zum Thema Produktivgenossenschaften am Beispiel der handwerklichen Kooperativen in Ostdeutschland geschrieben. Die Überschriften und die Aufhängung der wissenschaftlich-theoretischen Ausführungen am »Zielsystem« wirken auf den ersten Blick etwas abgehoben. Tatsächlich arbeitet Leinemann sich aber realitätsnah an den typischen Vorwürfen gegenüber der Produktivgenossenschaft ab: Kapital-, Absatz- und Disziplinprobleme.

Das Ergebnis: Produktivgenossenschaften sind genauso marktfähig wie jede andere Unternehmensform auch. In kleinbetrieblicher Struktur sieht der Autor sogar Vorteile, während mit zunehmender Betriebsgröße mögliche (Ziel-)Konflikte steigen. Als Lösung deutet Leinemann hier eine Art Franchise-System an, dessen Struktur aber leider zu knapp erläutert wird. Gegen die vielseitigen Vorteile eines solchen Kooperationsverbundes spricht aus seiner Sicht die vermutliche Dominanz der Verbundspitze, »da ein hoher Integrationsgrad zu einer wachsenden Erfolgsabhängigkeit führt.«

Leinemann räumt mit verschieden Mythen über die Produktivgenossenschaft auf. Hierzu gehören auch die immer wieder unterstellten hohen Entscheidungskosten und dadurch bedingte Effizienzverluste. Zumindest in der genossenschaftlichen Rechtsform ist eine eigenverantwortliche, auf die Wettbewerbsfähigkeit achtende Leitung des Vorstandes verankert. Daß die Mitglieder mehrheitlich den Vorstand mit gesetzlichen Instrumenten dennoch an ihre Vorgaben binden können, steht dazu nicht im Widerspruch.

Festzuhalten bleibt: Das Buch – Gutachten und Dissertation zugleich – ist eine lesenswerte Veröffentlichung, in der die Möglichkeiten und Schwierigkeiten demokratisch organisierter Betriebe hervorragend analysiert sind. Damit bricht Leinemann mit der in der genossenschaftswissenschaftlichen Literatur verbreiteten Manie, dieser Unternehmenform die Überlebensfähigkeit abzusprechen. Eine empirische Absicherung der Ergebnisse sowie mehr konkrete Handlungshilfen wären eine wünschenswerte Ergänzung gewesen.●

Martin Leinemann: Das Zielsystem von Produktivgenossenschaften des Handwerks in der sozialen Marktwirtschaft, Veröffentlichung des Forschungsinstituts für Genossenschaften an der Universität Nürnberg-Erlangen, Nürnberg 1995, 179 und LXX Seiten, DM 39,50.

Selbstverwaltete Betriebe

»Nicht die Betriebsorganisation, sondern die Marktsituation ist ausschlaggebend für ökonomischen Erfolg«, lautet eine der Schlußfolgerungen von Frank Heider, Beate Hock und Hans-Werner Seitz. Die AutorInnen haben gemeinsam ein empirische Studie über selbstverwaltete Betriebe in Hessen vorgelegt, mit der die weitere Existenz dieser Unternehmensform belegt wird. Die verständnislose Frage »Selbstverwaltete Betriebe?! – Ja gibt's die denn noch?«, wird so eindeutig beantwortet. Wer sich aktuell mit diesem Thema beschäftigt, kommt trotz verschiedener Mängel an dieser Veröffentlichung nicht vorbei.

In der Studie werden unter anderem die wirtschaftliche Lage selbstverwalteter und nicht mehr selbstverwalteter Betriebe gegenübergestellt, ebenso die jeweilige soziale und ökonomische Situation der Betriebsmitglieder. Verbesserungen im Zeitablauf unabhängig von der Struktur liegen fast durchweg vor. So hat sich die Eigenkapitalquote von 27,3% auf 35,8% erhöht. Fast durchgängig sind die Steigerungsraten bei den nicht mehr selbstverwalteten Betrieben höher. Bei der Eigenkapitalquote ist es umgekehrt. Mit 39,6% gegenüber 32,45% haben hier die Selbstverwaltungsbetriebe die Nase vorn. Erklärt wird dies mit einer höheren Investitionsbereitschaft nicht mehr selbstverwalteter Betriebe. Dort wird entsprechend weniger arbeitsintensiv und mit einem höheren Pro-Kopf-Umsatz gearbeitet. Welche Schlußfolgerungen daraus zu ziehen sind, bleibt den LeserInnen überlassen.

Nicht zuletzt ist auch bei dieser Schrift die Transformationsproblematik, also das Aufgeben der demokratischen Strukturen, ein zentrales Thema. Einstellungs-und Motivationsunterschiede zwischen Kollektivmitgliedern zur Arbeitsteilung, zu Entscheidungsstrukturen, zur betriebswirtschaftlichen Effizienz etc. und damit verbundene Konflikte werden als ein Grund genannt. Bei der großen Mehrheit nicht mehr selbstverwalteter Betriebe erfolgte die Abkehr jedoch nicht als bewußter Prozeß. Sie erwies sich stärker als ungeplante Nebenfolge personeller Veränderungen. Entsprechend besteht bei einem Drittel von ihnen weiterhin die grundsätzliche Bereitschaft, neue GesellschafterInnen aufzunehmen und damit die Idee der Selbstverwaltung wieder aufzugreifen.

Die Stärke der Veröffentlichung liegt durch das Vorlegen aktueller Zahlen eindeutig auf der empirischen Seite. Zur theoretischen Diskussion und genaueren Fassung des Begriffs Selbstverwaltung trägt der dreiunddreißigseitige Vorspann der Studie wenig Eigenes bei. Spannend sind vor allem der Vergleich zwischen selbstverwalteten und nicht mehr selbstverwalteten Betrieben sowie die Gegenüberstellung der aktuellen Ergebnisse mit der 1988 publizierten sogenannten »Hessenstudie«.●

Frank Heider / Beate Hock / Hans-Werner Seitz: Kontinuität oder Transformation. Zur Entwicklung selbstverwalteter Betriebe. Eine empirische Studie, Focus Verlag, Gießen 1997, 205 Seiten, 35,– DM.

Ökologisch-Humane Wirtschaftsdemokratie

Eine sehr umfassende Schrift, in dem das gegenwärtige Industriesystem kritisch unter die Lupe genommen wird, hat Egbert Scheunemann herausgegeben. Mit seinen 840 Seiten läßt sich das Buch nur sehr schwer in seinen vielfältigen Facetten darstellen und würdigen. Das Buch ist eine Fortsetzung des Autors zu Ota Siks Modell einer Humanen Wirtschaftsdemokratie. Dessen von Scheunemann ohne Einschränkungen befürworteten Überlegungen werden in diesem dritten Band um ökologische Überlegungen erweitert. Zu diesem Zweck gibt er in einem ersten Schritt wichtige Autoren wie Mumford, Traube, Ullrich, Capra etc. mit ihrer Kritik am heutigen Industriesystem wieder.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit den sozialökologischen Alternativen des kapitalistischen Industriesystems. Als Veröffentlichungen wird hier besonders auf die Schriften von Gorz, Huber und Bahro zurückgegriffen. Auf Grundlage ihrer Idee zeigt Scheunemann auf, wie nach seiner Einschätzung durch Steuerungsmaßnahmen ein ökologisches Gleichgewicht erreicht werden kann. Um ökologieverträgliches Handeln zu bewirken, schlägt er für relativ kurzfristige Wirkungen als Instrumente eine Mischung verschiedener Vorgehensweisen wie Lenkungssteuern, Subventionen, Umstrukturierung der öffentlichen Nachfrage sowie Ge- und Verbote vor. Langfristig sieht er gesellschaftlich-demokratische Technologiefolgenabschätzung und Technikgestaltung sowie eine institutionalisierte ökologische Buchhaltung auf der mikro-und makroökonomischen Ebene vor. Mit ihrer Hilfe hofft er, ausreichende Informationen für weitere Maßnahmen gewinnen zu können.

Die Überlegungen von Scheunemann sind nicht originell. Vielmehr greift er vorwiegend auf schon vorhandene Ideen zurück. Zu würdigen ist vor allem sein Versuch, die verschiedenen Ansätze in ein umfassendes Modell, das von Sik, einzubinden. Die Menge der Ausführungen und die leseunfreundliche kleine Schrift dürften viele Interessierte abschrecken. Zu bedenken ist allerdings, die oft detailgenaue Wiedergabe der behandelten Autoren erspart dem Leser bzw. der Leserin ein Durcharbeiten noch viel umfassenderer Literatur. Insofern kann unter diesem Blickwinkel die Auseinandersetzung mit dem Buch nur empfohlen werden. Lesende müssen sich allerdings oft erst an den besserwisserischen Stil von Scheunemann gewöhnen. Beispielsweise werden potentielle Kritiker seiner Ausführungen schon vorausschauend als »systemhörige-konservative Nichtsahner und Diagonalleser und -schwätzer« beschimpft.●

Egbert Scheunemann: Ökologisch-Humane Wirtschaftsdemokratie. Teil C: Ökologische Kritik am Industrialismus und sozialökologische Alternativen, Lit Verlag, Münster 1997, 78,90.

ERZEUGER-VERBRAUCHER-GENOSSENSCHAFT TAGWERK, DORFEN

Erst regional wird »Bio« ökologisch

Die Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft TAGWERK mit Sitz in DORFEN bei München setzt auf ökologische Erzeugung UND regionale Verarbeitung und Vermarktung. Die Genossenschaft ist trotz Schwierigkeiten die erfolgreichste EVG in der Bundesrepublik in der Rechtsform der Genossenschaft. Sie gehört zu den 20 Betrieben, die im Rahmen einer Studie des Netzes für Selbstverwaltung und Selbstorganisation, Frankfurt, zum Thema Ökologie und Partizipation intensiv über ihre Erfahrungen befragt wurden. Die Ergebnisse werden Mitte des Jahres als Buch erscheinen.

Die TAGWERK-Läden: moderne Selbstbedienung ... Foto: Burghard Flieger

Ulrich Jasper, Red. Genossenschaften ● »Bioprodukte, die aus Norddeutschland hier angeboten werden, sind zwar biologisch, aber nicht ökologisch – bei den langen Transportwegen. Das zeigt, wie Ökologie und Regionalität zusammengehören,« so lautet die klare Einschätzung von Rudolf Oberpriller, einer der Väter der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft e.G. Umgekehrt ist für ihn auch Ökologie ohne biologische Erzeugung nicht denkbar.

»Die Tagwerk-Genossenschaft ist die erfolgreichste Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft im deutschsprachigen Raum«, so Kai Kreuzer in seinem Buch »Bio-Vermarktung«. Während andere EVGs große Schwierigkeiten haben, weiter zu bestehen, wächst Tagwerk – nach immerhin jetzt 12 Jahren! Tagwerk wird vor Ort gleichgesetzt mit ökologischem Anbau, ökologischer Verarbeitung und mit Regionalität. Wer bei Tagwerk kauft, erwartet Produkte aus der Region. Denn Priorität in der Vermarktung hat immer das Produkt, das am nächstgelegen erzeugt worden ist – das ist vertragliche abgesichert.

Bürgerinitiativen als Wurzeln

1984 haben sich 70 Umweltschützer und Friedens-Engagierte mit vier Biobauern zusammengeschlossen und eine Genossenschaft gegründet. »Wir wollten einen regionalen Markt für regional erzeugte biologische Lebensmittel organisieren, um Transportwege zu minimieren, das Grundwasser zu schützen und transparente Vermarktungsstrukturen zu schaffen«, beschreibt Hanna Ermann, von Anfang dabei und heute Vorstandsmitglied bei Tagwerk, die Idee von damals.

Ein anderer »Vater«, heutiger Aufsichtsratsvorsitzender und Gemüsebauer Franz Leutner, erinnert sich: »Am Anfang gingen Privatleute zu den wenigen Biobauern, die es hier damals gab, und holten sich die Produkte ab. Das war eine Einkaufsgemeinschaft, zu der immer mehr Verbraucher dazugestoßen sind. Irgendwann wurde die Arbeit dann zuviel, und der Zusammenschluß drohte auseinanderzubrechen. Parallel dazu gab es ein Treffen der Pax-Christi-Gruppe und der Umweltgruppen mit der Überlegung, im Landkreis Erding etwas Gemeinsames zu machen. Damals sollte der Landkreis für Großprojekte umgebrochen werden. Es gab Widerstand gegen den Flughafenbau und gegen den Bau der A 94, und es gab die Friedensinis. Als Ergebnis eines gemeinsamen Seminars wurde die Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft (EVG) gegründet.«

Begonnen wurde mit einem Stand auf dem Wochenmarkt in Erding und Verkaufsstellen bzw. Depots in privaten Kellerräumen. Daraus sind 11 Wochenmärkte, 7 Läden, 3 Metzger, 7 Bäcker und eine Vielzahl von Hofläden auf den 110 Betrieben, die für Tagwerk produzieren, geworden. 1987 gründeten die Tagwerkler noch einen Förderverein, der die zunehmende Öffentlichkeitsarbeit, Beratungstätigkeiten und praktische Maßnahmen der Landschaftspflege auf den Höfen übernahm. Der Verein versteht sich auch als Anbauverband und hat dafür einen Kooperationsvertrag mit Bioland Bayern abgeschlossen. Die Genossenschaft wurde damit von den »nichtwirtschaftlichen« Tätigkeiten befreit und konnte sich ganz um den Auf- und Ausbau der Vermarktung kümmern.

Die Grundpfeiler: Öffentlichkeitsarbeit und Vermarktung

Beides zusammen, Vermarktung und rege Öffentlichkeitsarbeit, sind die Klammern, die Erzeuger und Verbraucher beieinander halten. Wie die Erfahrungen anderer EVGs gezeigt haben, besteht die größte Gefahr darin, daß Erzeuger die Gemeinschaft unterhöhlen. Sie nutzen die Gemeinschaft (Öffentlichkeitsarbeit, Absatz nicht selbst unterzubringender Produkte) und bauen gleichzeitig andere Wege der Vermarktung auf, die dann irgendwann zur Konkurrenz für Genossenschaftsläden werden. »Bei uns rührt das Interesse der Erzeuger an der gemeinsamen Sache vor allem daher, daß die Preise stimmen«, so Andreas Schweiger, der eigene Anbauberater des Tagwerk-Fördervereins. Bei der Genossenschaft werden die Preise von Erzeugern, Verbrauchern und MitarbeiterInnen gemeinsam festgelegt.

Milchbauer Josef Schmid ist darüberhinaus immer noch froh, in Tagwerk eine Struktur zu haben, die die Bauern nutzen können. Dies geschieht z.B. in der Auseinandersetzung mit Versicherungen oder beim Aufbau neuer Vermarktungswege, wie aktuell beim Problemprodukt Milch. Bislang können nur 8 der 19 Tagwerk-Milcherzeuger ihre Milch an eine Biomolkerei liefern. Einige überlegen nun, eine Direktvermarktung ihrer Milch aufzubauen. Hierfür leistet die Gemeinschaft Hilfestellung, wenngleich »wir vom Verein bzw. der Beratung da nur Vorarbeit leisten können. Machen müssen sie es schließlich selber«, so der Berater Schweiger.

Lebensfreude bei TAGWERK

Auf der anderen Seite müssen aber auch die Verbraucher bei der Stange gehalten werden. Und das ist die Aufgabe vor allem der Öffentlichkeitsarbeit. So haben die Tagwerk-Aktiven stets einen vollen Terminkalender: Vorträge, Diskussionen, Präsentation der Tagwerk-Idee oder neuer Produkte an den Ständen und in den Läden etc. Aber dabei bleibt es nicht: »Wir versuchen nicht mehr, nur Vorträge zu machen, wo keiner hinkommt, sondern wir wollen Lebensfreude vermitteln. Die Menschen sollen mit der Genossenschaft Lebensfreude verbinden. Deshalb bieten wir Radtouren von Biobauer zu Biobauer an, fahren dorthin, wo die Sachen herkommen, auch nach Südtirol zu unseren Obstbauern und sogar nach Griechenland«, zeigt sich Rudi Oberpriller selbst ganz begeistert.

... und dennoch immer Zeit für persönliche Kommunikation Foto: Burghard Flieger

Die Lebensfreude drückt sich auch in der eigenen TAGWERK-Zeitung aus, die alle drei Monate auf 32 Seiten (!) Genossenschafts-Bauern und Bäuerinnen, Metzger und Bäcker porträtiert, von gemeinsamen Veranstaltungen erzählt und natürlich auch über Internes, neue MitarbeiterInnen und einzelne Produkte berichtet. Der Ansatz der TAGWERKler überzeugt, zählen Genossenschaft und Verein doch zusammen schon über 1.000 Mitglieder!

Politische Einmischung

Dabei ist TAGWERK alles andere als unpolitisch. Es wird nicht nur klar Stellung bezogen für den ökologischen Landbau als das Leitbild: »Bis wir nicht den letzten Bauern umgestellt haben, müssen wir weitermachen. TAGWERK muß noch wachsen. 'Small is beautiful' gilt für uns nicht«, so Rudi Oberpriller. Auch darüber hinaus nehmen die TAGWERKler klare Positionen ein, ganz ihrem Ursprung gemäß, z.B. gegen den immer noch geplanten Bau der A 94 durch das – einen Norddeutschen schon ziemlich beeindruckende – Tal der Isen.

Wie wichtig die Basis für TAGWERK ist, zeigt sich auch im Erfolg der verschiedenen Läden: Wo die Basis groß ist, wo vor Ort umweltpolitische Themen debattiert werden und sich das in Aktionen ausdrückt, da haben die Läden einen festen Kundenstamm. Sobald aber die Verankerung in der Bevölkerung vor Ort fehlt, haben es neue TAGWERK-Läden schwer, Fuß zu fassen, auch wenn Ausstattung, Angebot und Beratung noch so gut sind.

Schwierigkeiten der Regionalität

TAGWERK zeigt auch, daß die fortwährende Bewußtseinsbildung bei den VerbraucherInnen mit darüber entscheidet, ob Bioläden ohne weite Importe auskommen. »Würde Tagwerk rein umsatzorientiert wirtschaften, dann müßten wir wohl auch die ganze Früchtepalette von wer weiß wo importieren, wie am Nachbarstand, wo es winterliche Biotomaten aus dem holländischen Treibhaus gibt und Bioerdbeeren aus Kenia«, so Hanna Ermann. Der Kompromiß bei TAGWERK: »Zitrusfrüchte aus Italien werden zugekauft, und auf Bananen stehen die Leute so sehr, daß sie einfach nicht mehr aus dem Angebot verbannt werden können. Tabu – darüber besteht Konsens – sollten aber Produkte sein, die mit dem Flugzeug kommen, und Ware aus beheizten Gewächshäusern.«

Der regionale Ansatz bringt noch andere Probleme: Die Kleinerfassung der Produkte – täglich von 20 Erzeugern – ist enorm zeit- und kostenintensiv, ganz zu schweigen von den praktischen Problemen mit unterschiedlichen Kistengrößen etc. Beim Fleisch wiederum ist es besonders schwierig, Metzger zu finden, die ganz auf TAGWERK umstellen. Bislang arbeiten die Metzger nur zum Teil für die Genossenschaft, arbeiten also im Lohn. Diese Zwischenstufe will natürlich bezahlt werden. Und bei den hohen Erzeugerpreisen (TAGWERK liegt im obersten Bereich bayerischer Preise) bleibt beim Fleischverkauf über die Genossenschaft kaum was übrig.

Solche Probleme erklären, warum trotz steigender Umsatzzahlen der Genossenschaft (ca. 4,5 Mio. DM Jahresumsatz) die Kalkulation gerade mal kostendekkend läuft. Aber es geht weiter, ständig kommen neue Anfragen von Erzeugern und werden neue Kontakte zu Verarbeitern geknüpft. In diesem Jahr soll ein neues Zentrallager gebaut werden, und die Idee, TAGWERK auch auf München auszudehnen, wartet »nur noch« auf tatkräftige Initiatoren. Ach ja, und wie wirbt TAGWERK für seine Genossenschaftsanteile von 200 DM? »Einfach im Büro anrufen oder eine Postkarte schikken, Text: 'Ich will endlich Tagwerk-Mitglied Werden! – Tel.: 08081/4764.'«●

BUCHHINWEIS

Der kritische Agrarbericht Landwirtschaft 97

Jedes Frühjahr veröffentlicht die Bundesregierung ihren Agrarbericht. Das AgrarBündnis, ein Zusammenschluß von derzeit 22 unabhängigen Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Umweltschutz, Verbraucherpolitik etc. setzt seine Bilanz dagegen. Seit 1993 gibt das AgrarBündnis in Zusammenarbeit mit der AG ländliche Entwicklung der Gesamhochschule Kassel die Kritischen Agrarberichte heraus. Von über 50 Autorinnen werden regelmäßig Daten und Hintergrundinformationen aus allen Bereichen der Landwirtschaft zusammengetragen.

Auch dieses Jahr ist wieder eine aktuelle Einmischung mit neusten Informationen zur aktuellen Lage der Landwirtschaft gelungen. Der Bericht mit seiner Vielzahl von Einzelbeiträgen hilft, die Auseinandersetzung um eine zukunftsorientierte, sozialverträgliche und ökologisch vertretbare Landwirtschaftsentwicklung fundiert zu führen. Schwerpunkte des Berichts sind unter anderem Agrarpolitik, Internationale Beziehungen, Regionalentwicklung, Landwirtschaft und Ökologie, Gentechnologie, Tierhaltung und Tierschutz. Beispiele für einzelne Artikel aus der 336-seitigen Veröffentlichung sind:

- Heß/Ch. R. Vogl: Entwicklung und Perspektiven des Biobooms in Österreich
- P. Ney: Landwirtschaft und ökologische Steuerreform
- L. Ribbe: Der Haushalt der Europäischen Union: Ein Milliardengrab
- M. Groier: AussteigerInnen in ländlichen Regionen
- J. Haafke: Nachhaltiges Wirtschaften – die Grenzen technokratischer Lösungen
- Ch. Then: Die Gentechnik und das Patentrecht

Der Bericht kann für 36,– DM und plus 4,– DM Porto beim ABL Bauernblatt Verlag, Marienfelderstr. 14, D-33378 Rheda-Wiedenbrück, Fax: (0 52 42) 4 78 38 bestellt werden.

HÄUSERKAUF

Darlehen gesucht

Das letzte besetzte Haus in der Kreutziger Straße kaufte zum 1.März die »Selbstverwalteten Ostberliner GenossInnenschaft« (SOG). Sie wurde von Hausbesetzern gegründet, um besetzte Häuser zu erwerben. Um Spekulation mit den Häusern zu verhindern wählten sie die Rechtsform der Genossenschaft. Möglich wurde der Kauf der Kreutziger Straße 23, weil 20 % der Kaufsumme durch niedrig verzinste Privatdarlehen aufgebracht wurden. Den Rest finanzierte die »GLS-Bank für Leihen und Schenken«.

Die SOG will weitere Häuser erwerben, um so alternative Lebensformen zu erhalten. Dafür sucht sie noch Menschen, die ihr zinsgünstige Darlehen geben.●

Kontakt:
Selbstverwaltete Ostberliner GenossInnenschaft, Scharnweberstraße 38, D-10247 Berlin, Tel.: (0 30) 294 63 15

Aus: »scheinschlag – zeitung für die berliner innenstadt«, nummer 5/97

DIE BAUERN UND DIE WISSENSCHAFT

Die Neuerscheinung in der Reihe *»BauernWissenSchaft«* versammelt die Referate einer Tagung, die Ende 1989 (!) stattfand und auf der sich AgrarwissenschaftlerInnen und AgrarsoziologInnen versammelt hatten, die alle mehr oder minder der Agraropposition, in diesem Fall der *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft* (AbL), nahestehen.

Die Referate deuten die Modernisierung von Landwirtschaft und Agrarwissenschaft als die Durchsetzung von technischer und ökonomischer Rationalität, die mit der Enteignung bäuerlichen Wissens, der Abwertung bäuerlicher Fähigkeiten und der Fremdbestimmung der Landwirtschaft durch Industrie und Wissenschaft einherging. Ziel dieser »Modernisierung«, mit der die Durchsetzung des Leitbildes der »Landwirtschaft als Gewerbe« und des »Bauern als Unternehmer« einherging, ist schlußendlich die Kapitalakkumulation. Der Fortschritt greift zwar auf Bedürfnisse der zur Entwicklung bestimmten Menschen zurück, wird aber größtenteils mit vielerlei Methoden herrschaftsförmig durchgesetzt. Das alte, traditionelle wird abgewertet und das »neue«, mit dem viel Geld zu verdienen ist, als »modern« dargestellt. Im Gegensatz dazu versuchen die ReferentInnen »Fortschritt« nicht als Aufhebung von Defiziten zu bestimmen, und vollziehen so einen Bruch mit dem klassischen Denken von Fortschritt und Entwicklung. Das zweite Charakteristikum der Buchbeiträge ist die außergewöhnlich starke Beachtung frauenspezifischer Aspekte. Der Anteil der von Frauen gehaltenen Referate ist bemerkenswert hoch, elf der 26 Artikel sind von Frauen verfaßt.

Die vielen mit diesem Prozeß der Modernisierung verbundenen Entwicklungen werden ohne Anspruch auf Vollständigkeit in »Die Wissenschaft und die Bauern« dargestellt: Es geht um den Naturbegriff der bürgerlichen Agrarökonomie, das gesundheitliche Be- und Empfinden von Bäuerinnen, Erwartungen der BäuerInnen an die Wissenschaft oder um die Lehre vom 'rückständigen Bewußtsein' in der agrarsoziologischen Modernisierungsforschung. »Bodenständige« Veränderungen etwa die von der Viehwirtschaft zur Tierproduktion werden ebenso behandelt wie weiter entfernt liegende, wie zum Beispiel die Agrarfrage in der sozialistischen Theoriediskussion bis und in der Weimarer Republik oder das sehr traditionelle Frauenbild in der sozialistischen Agrarutopie *»Reise meines Bruders Alexej ins Land der bäuerlichen Utopie«*. Dieses Buch hatte A. Tschajanow, ein russischer bolschewistischer Wissenschaftler in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts verfaßt (auf deutsch: Frankfurt 1981/1984).

Sozusagen »nebenbei« wird in vielen Beiträgen das Verhältnis von bäuerlicher Lebensform zur Wissenschaft und umgekehrt problematisiert: Schließlich sind auch kritische AgrarwissenschaftlerInnen in erster Linie WissenschaftlerInnen.

Das Buch hilft eine Lücke in der kritischen, sozialökologischen Agrarwissenschaft zu schließen, da es in der bislang vorliegenden Literatur – außer ein paar sehr anspruchsvollen Doktorarbeiten – zu Agrar*soziologie* wenig gibt. Das verspätete Erscheinungsdatum ist zwar ein Kuriosum, tut aber dem Gebrauchswert und der Qualität der Texte keinen Abbruch. Einige der damals Vortragenden haben in der Zwischenzeit umfangreiche Veröffentlichungen zu den Themen vorgelegt, zu denen sie schon 1989 referierten.●

Bernd Hüttner

AG Ländliche Entwicklung am Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung der GhK Kassel (Hrsg.): Die Wissenschaft und die Bauern; Bauernblatt Verlag Rheda-Wiedenbrück 1996, 266 Seiten, 32,80 (im Buchhandel oder unter Tel.: 05242/48476)

DIE RELIGION DES KAPITALISMUS

Armut – für uns immer schon ein bedauernswertes Phänomen des Südens und vermehrt des Ostens – macht nun auch vor den Türen der hochindustrialisierten Staaten nicht mehr halt. Diese »wundersame«, sich stetig vergrößernde Kluft zwischen Arm und Reich beschert uns ein neoliberales Wirtschaftssystem, das Menschen und Ressourcen als numerischen Faktor betrachtet: Es rechnet sich oder es rechnet sich nicht. Der Kapitalismus ist zur Religion geworden, und der entfesselte Markt erhält göttlichen Status, der keine Alternative zuläßt. Die negativen Konsequenzen der neoliberalen Wende einen nun tatsächlich die Erste mit der Dritten Welt und drohen, die »Looser« zu BewohnerInnen des globalen Armenhauses zu machen.

Die Stärke des vorliegenden Sammelbandes liegt in den präzisen Analysen kapitalistischer Funktionsweisen, dem klaren Blick auf die Folgen der neoliberalen Wende und dem ungebrochenen Glauben, daß Alternativen notwendig und möglich sind. Die Kritik am derzeit herrschenden Dogma des »befreiten Marktes« stützt sich auf Werte der christlichen Ethik, die Befreiungstheologie und auf eine an Marx orientierten Kapitalismusanalyse, die der Ökonom Franz J. Hinkelammert auf spannende Weise mit philosophischen Aspekten und Elementen der Chaostheorie verbindet. Eine totgegelaubte Tradition – der Dialog zwischen ChristInnen und MarxistInnen – wird wiederbelebt. Ein Schwerpunkt des Buches liegt auf der differenzierten Auseinandersetzung mit der deutschen Wiedervereinigung und deren wirtschaftlichen Konsequenzen.

Die Beiträge von Dorothee Sölle, Michael Brie und Jakob Moneta beschäftigen sich mit den möglichen Alternativen, denn: »Ohne Visionen werden die Menschen wüst und wild« (Salomo). Zuallerst müssen Alternativen gedacht werden, um nicht wie das Kaninchen vor der Schlange Neoliberalismus zu erstarren. Wie die Beiträge zeigen, beginnt das Denken in Alternativen schon damit, Fragen konsequent zu stellen. Was ist wirtschaftliche Vernunft? Warum gehen Arbeitsplätze tatsächlich verloren? Warum werden handelsüberschüsse nicht mehr zu neuen Investitionen, sondern zu Spekulationen verwendet? Warum nicht weniger Leistung, kürzere Arbeitszeiten und mehr Urlaub fordern und umsetzen?

Soll das alternative Denken auch gesellschaftspolitisch relevant werden, so Michael Brie, muß es in Institutionen verankert sein, die das Prinzip der Revidierbarkeit, der Gewaltenteilung und der Pluralität zur Voraussetzung haben.

Es gilt eine neue »regulatory culture« einzufordern, die den Markt wieder in soziale Zusammenhänge einbettet. Wirtschaften, umfassend betrachtet, ist zu wichtig, um es technokratisch orientierten Ökonomen alleine zu überlassen.●

A.E., Pro Zukunft 1/97

Die Religion des Kapitalismus. Die gesellschaftlichen Auswirkungen des totalen Marktes. Hrsg. V. Willibald Jacobs ... Luzern. Ed. Exodus, 1996. 207 S., 34 DM/sFr / öS 248

ÖKOLOGISCHE PRODUKTPOLITIK

Sorgfalt, Sachkenntnis und der Anspruch, einen umfassenden Einblick zu geben, zeichnen die vorliegende Zusammenstellung von Verfahren, Methoden und Instrumenten einer ökologischen Produktpolitik aus. Den Verfassern Frieder Rubik und Volker Teichert gelingt es, die vielen Ansätze, die im Laufe der letzten Jahrzehnte entwikkelt wurden, in verständlicher Sprache darzustellen, sie in den Kontext der Umwelt- und Unternehmenspolitik (einschließlich Umweltgesetzgebung) zu stellen und zugleich nach jeweiligen Stärken und Schwächen zu bewerten. Zunächst werden die Gemeinsamkeiten und Differenzen unterschiedlicher produktpolitischer Informationssysteme (Produktlinienanalyse, Produkt-Ökoauditing und -Ökobilanz, Technikfolgeabschätzung u.a.m.) dargelegt sowie qualitative und quantifizierende Bewertungsverfahren zur ökologischen Produktbilanzierung vergleichend gegenüber gestellt. Es folgt eine Übersicht über ordnungsrechtliche Maßnahmen (Produktver-und -gebote), ökonomische Lenkungsinstrumente (Produktsteuern- und -subventionen, Produkthaftung) und Produktinformationspflichten bzw. -vereinbarungen. In diesem Kontext wird auch der Komplex der Produktwerbung erörtert, der insbesondere im Bereich des Werbens mit Umweltargumenten klare Richtlinien erfordert. Abschließend entwerfen die Autoren *ihre* Konturen einer ökologischen Produktpolitik, wobei sie u.a. Vorschläge für ein Produktbilanzierungsgesetz vorlegen. Ein »Produkt-Paß« soll zum einen die VerbraucherInnen über die Ökobilanz der Erzeugnisse informieren, zum anderen den Unternehmen in der Kontrolle und ständigen Verbesserung der Produkte im Sinne von Öko-Effizienz dienen. Die Verfasser plädieren vehement auch für die Einbindung der ArbeitnehmerInnen in die Produktentwicklung, was etwa über die Veröffentlichung von Produktberichten geschehen könnte. Ihre Hoffnung auf die Rückkehr zu langlebigen, reparatur- und recyclingfreundlichen Produkten stützen die Umweltexperten mit den rapide steigenden Entsorgungskosten. Nicht zuletzt greifen sie die Idee einer »Öko-Mehrwertsteuer« auf, räumen aber ein, daß diese nur bei Vorliegen der entsprechenden Bewertungsgrundlagen für die Vielzahl der am Markt befindlichen Produkte realisierbar wäre.●

H.H., Pro Zukunft 1/97

Rubik, Frieder, Teichert, Volker: Ökologische Produktpolitik. Von der Beseitigung von Stoffen und Materialien zur Rückgewinnung in Kreisläufen. Stuttgart, Schäffer-Poeschl, 1997. 451 S., 78 DM/sFr / öS 570

ERNST BLOCH

In Nr. 15 der Zeitschrift »VorSchein« – Blätter der Ernst-Bloch-Assoziation – sind fünf Beiträge abgedruckt, die auf der Jubiläumstagung anläßlich des zehnjährigen Bestehens der Ernst-Bloch-Assoziation an der Gesamthochschule Kassel gehalten wurden. Ziel war, die verschiedenen Aspekte Blochschen Philosophierens vorzustellen, ausdrücklich mit Bezug zu aktuellen Problemlagen.

Peter Zudeick, Autor der Bloch-Biographie »Der Hintern des Teufels«, wendet sich in seiner detaillierten und materialreichen Untersuchung »Corruptio optimi pessima« – Ernst Blochs Sozialismus Verständnis einem der zentralen, wohl aber auch prekärsten Begriffe der politischen Philosophie Ernst Blochs zu.

Einen ungewöhnlichen, äußerst interessanten Ansatz liefert Rainer E. Zimmermann, Herausgeber der Zeitschrift »System und Struktur«, indem er anhand von Peter Greenaways Spielfilm »Prosperos Bücher« den inneren notwendigen Zusammenhang von Ästhetik und Blochs Naturphilosophie darlegt: Prosperos Buch oder Echolot der Materie. Zum hypothetischen Natursubjekt bei Ernst Bloch. Bilanz und Ausblick.

Daß Ernst Bloch die »kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis in wichtigen Aspekten fortgeführt und erweitert hat«, betont Wolfdietrich Schmied-Kowarzik in seinem Wolfram Burisch gewidmeten Beitrag »Bloch und die kritische Philosophie der Praxis«. Bloch habe einen philosophischen Ansatz vorgelegt, der geeignet erscheine, der bedrohlichen mundanen Krise zu begegnen.

Ernst Bloch verband eine sehr enge Freundschaft mit Adolph Lowe, die auch eine jahrzehntelange Diskussion über Blochs Philosophie einschloß. Streitpunkt war Blochs »Ontologie des Noch-Nicht-Seins«, die Lowe kritisch hinterfragte. Jan Robert Bloch gewährt einen Einblick in jene Debatte: »Die Zukunft des irdischen Sozialprozesses. Kritische Fragen zur Ontologie des Noch-Nicht-Seins – Erinnerungen an ein Gespräch mit Adolph Lowe«.

Der Versuch, die Blochsche Philosophie als Basis für die Formulierung einer wissenschaftlichen Theorie, nämlich der Politischen Ökonomie, heranzuziehen, liegt vor in der Arbeit von Horst Müller: »Konkrete Praxisphilosophie und Theorie der ökonomischen Transformation«. In dem Aufsatz gegenüber dem Vortrag ist die schriftliche Fassung sehr erweitert -wendet sich Horst Müller der ausweglos erscheinenden Spätphase der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu und versucht, konkrete Auswege modellhaft zu zeigen.●

Doris Zeilinger

Bestellungen der »VorSchein« (16 DM) an: Ernst-Bloch-Assoziation, c/o Doris Zeilinger, Petzoltstr. 6, D-90443 Nürnberg, Tel. (09 11) 28 60 89, Fax 33 77 81

ZUKUNFTSFÄHIGER WOHLSTAND

Ein Autofahrer und ein Radfahrer begegnen sich auf der Straße. Jeder hat ein kleines Kind am Rücksitz. Ein Schild zeigt an: »Ozonalarm«. Die Reaktion beider auf einander: »Ein Verrückter«. Diese Karikatur als Titelbild einer Broschüre der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen macht auf ein doppeltes Dilemma aufmerksam: Im Umweltbereich sind wir alle aufeinander angewiesen. Und zweitens: Unser Verantwortungsbewußtsein ist in der Regel noch immer auf den kurzfristigen Nutzen (bzw. Schutz), wie das Verhalten des Autofahrers zeigt, beschränkt, wobei wir die weiterreichenden Folgen des eigenen Verhaltens ausblenden. Daran ändert auch nichts, daß der Begriff der Nachhaltigkeit zum neuen Schlag- und Modewort der Umweltdebatte avanciert ist. Die praktischen Konsequenzen, die aus diesem Ansatz in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu folgen hätten, sind bislang weitgehend ausgeblieben.

Die Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg (eine Gründung des Zukunftsdenkers Robert Jungk) hat Texte aus ihrem reichen Fundus an Büchern und Zeitschriften zum Thema »Zukunftsfähiger Wohlstand« nun in einer übersichtlichen Broschüre zusammengefaßt, um damit zur Verbreitung des neuen, wichtigen Denkansatzes der Nachhaltigkeit beizutragen.

Die vorgenommene Auswahl der Materialien in fünf Kapiteln zielt bewußt auf mehrere Handlungsebenen: Einer grundsätzlichen Kritik unserer ressourcenverschwenderischen Wirtschafts- und Lebensweise (»1. Die Grenzen des Ökosystems) folgen Nachhaltigkeitsüberlegungen aus Studien für die Niederlande, die Bundesrepublik Deutschland und Österreich (»2. Nachhaltigkeit und Umweltraum«) sowie Vorschläge zur Neugestaltung der politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen (»3. Wege der wirtschaftlichen Umsteuerung«). Die Abschnitte 4 (»Konsumgesellschaft am Prüfstand«) und 5 (»Nachhaltige Lebensstile«) stellen auf Möglichkeiten der Verhaltensänderung auf individueller Ebene ab.

Thematisiert werden u.a. Ernst U. v. Weizäckers »Effizienzrevolution« und Hans Peter Dürr's »1,5 Kilowatt-Gesellschaft«, der Dematerialisierungsansatz von Friedrich Schmidt-Bleek, der Befund des Psychoanalytikers Wolfgang Schmidbauer über unsere Konsumgesellschaft oder Überlegungen zur Zukunft von Lohn- und Eigenarbeit.

Die Materialien sind, so der JBZ-Mitarbeiter Hans Holzinger, der für die Zusammenstellung verantwortlich zeichnet, ein Impuls, sich auf neue Sichtweisen einzulassen (»Die Zukunft beginnt in unseren Köpfen«), sie sollen zugleich zum vertiefenden Lesen der Primärquellen einladen. Alle verwendeten Bücher und Zeitschriften liegen in der JBZ auf.

Die 28 Seiten umfassende, Texte aus 25 Quellen zitierende und durch Grafiken und Cartoons angereicherte Broschüre eignet sich insbesondere auch für den Unterricht und die Erwachsenenbildung. Sie ist für 8 DM/sFr (ÖS 50,-) in der Bibliothek für Zukunftsfragen, Imbergstr. 2, A-5020 Salzburg zu beziehen. Bei größeren Bestellungen etwa für Schulen gibt's es Rabatt: ab 10 Stück kostet die Broschüre 5 DM/sFr (ÖS 30,-). Zudem kann zum Unkostenpreis von ebenfalls 8 DM/sFr (ÖS 50,-) eine kommentierte Literaturliste zu den verwendeten Quellen angefordert werden.●

ub

GRENZEN DER GLOBALISIERUNG

»Was not tut, ist eine Diagnose der Zeit und eine Aktivierung all jener sozialen Kräfte, die aus dieser Diagnose Konsequenzen zu ziehen in der Lage und bereit sind. Theoretische Arbeit wird also als politisches Projekt konzipiert und umgekehrt: Wer politisch aktiv sein will, muß sich theoretisch anstrengen.« Es ließe sich keine treffendere Einladung formulieren, dieses Buch zur Hand zu nehmen, als es die AutorInnen mit ihrem Verständnis von wissenschaftlichem wie politischen Handeln selbst tun. Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf – beide lehren Politikwissenschaft in Berlin und sind in der Globalisierungsdebatte keine Unbekannten – legen mit dieser umfangreichen Abhandlung eine beeindruckende Zusammenschau der andernorts nur fragmentarisch erfaßten Phänomene der gegenwärtigen weltgesellschaftlichen Transformationen vor: von der Durchkapitalisierung der Welt und ihren Folgen (Verschuldung, Exklusion aller Nichtgeldbesitzer) über die Dedestabilisierung des Weltfinanzsystems (Beschleunigung und Entkopplung vom Produktivsystem durch einen »Derivatenkapitalismus«, soziales und räumliches »Disembedding«) bis hin zum Bedeutungsverlust der Nationalstaaten mit den Auswirkungen auf die »industriellen Demokratien«. Zwei Thesen legen die beiden ihren Ausführungen zugrunde: 1. Der dynamische Prozeß der Globalisierung mit all seinen Friktionen dürfe nicht mit dem Ziel der Globalität verwechselt werden, also einer stabilen Weltgesellschaft, die nur über einen »contract social global« erreicht werden könne. Der Globalisierung sind physische, soziale und insbesondere ökologische Grenzen gesetzt, die zu Konflikten führen und die konstruktiv zu bewältigen, eines »kollektiven Regelwerks« bedürfen, also wesentliche Aufgabe der Politik sei. Deutlich wird die Notwendigkeit einer globalen »Regulation des Geldes, der Arbeit und des Energieverbrauchs«. Altvater und Mahnkopf schlagen hierfür die Besteuerung der internationalen Kapitaltransfers (Zurückdrängung der Finanzspekulation durch Tobin-Steuer), eine auch die Geldvermögen erfassende, steuerfinanzierte Grundsicherung (arbeitsunabhängiges Basiseinkommen) sowie eine Energiesteuer (Verteuerung der Transporte, Verringerung der Arbeitsproduktivität) vor. Wieweit diese Maßnahmen international akkordiert durchgeführt werden können, wieweit sie regional umgesetzt werden müssen, sehen auch die AutorInnen als offenes Dilemma. Politischen Druck erhoffen sie insbesondere von NGOs einer globalen »civil society«, die vor Ort und in internationalen Netzwerken agieren sollen.●

H.H., Pro Zukunft 4/96

Altvater, Elmar; Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot, 1996. 636 S., 58 DM/sFr / öS 429

AUSGESPIELT?

Muß in Zeiten bedrückender Massenarbeitslosigkeit die Ökologie zwangsweise den Kürzeren ziehen? In Ausgabe 50 der »Politischen Ökologie« nehmen namhafte Fachleute unterschiedlichster Herkunft Stellung zu diesem brisanten Thema.

Die Hiobsbotschaften vom Arbeitsmarkt überstürzen sich: Kaum ein Tag, an dem die Zahl der Erwerbslosen nicht weiter zunimmt. Inzwischen hat die Massenarbeitslosigkeit in der BRD ein Niveau erreicht, das selbst die dramatischsten Befürchtungen übersteigt. Die Beschäftigungskrise ist zur Krise der Gesellschaft geworden.

Politik, Wirtschaft und Interessenverbände starren angstvoll auf die Entwicklung und betreiben einen hilflosen Aktionismus, der sich meist in den Konzepten von gestern erschöpft. Gleichzeitig wird fast alles in Frage gestellt, was bislang von einem breiten Konsens in der Gesellschaft getragen wurde: soziale Standards, staatliche Sicherheiten – und nicht zuletzt: der Umweltschutz. Zentrales Schlagwort der Argumentation ist dabei die Standortfrage. Der Wirtschaftsstandort Deutschland sei bedroht durch billige Arbeit im Ausland und die strengen deutschen Umweltschutzbestimmungen. Mit diesem Hinweis werden drängende ökologische Reformen auf die lange Bank geschoben.

Die »Politische Ökologie« fragt deshalb in ihrer aktuellen Ausgabe, welcher Zusammenhang zwischen Umweltschutz und Arbeitsmarkt besteht. AutorInnen unterschiedlichster Herkunft diskutieren, welchen Anteil die Dynamik der Globalisierung an der gegenwärtigen Entwicklung hat – und ob es im globalen Standortpoker am Ende nicht zwei Verlierer gibt: die Arbeit und die Umwelt. Die Beiträge zeigen aber auch Auswege aus dem Dilemma auf und weiten das Blickfeld dabei unter anderem auf Ansätze, die jenseits klassischer Konzepte der Erwerbsarbeit liegen.●

dp

»Ausgespielt? Arbeit und Umwelt im Standort-Poker«. Politische Ökologie Nr. 50, München 1997. 102 S., 19,80 DM (zzgl. Versandkosten) bei: Politische Ökologie, Leserservice, pan-adresss, Semmelweisstr. 8, D-82152 Planegg

VERZEICHNIS DOKUMENTARVIDEO

Die Konstanzer Medien- und Verlagswerkstatt hat wieder eine aktuelle Übersicht dokumentarischen Video- und Filmschaffens, das auf VHS-Video angeboten wird, vorgelegt. 252 neue Produktionen aus dem deutschsprachigen Raum im Jahr 1996 wurden im »Verzeichnis Dokumentarvideo '96« erfaßt. Auf über 200 Seiten finden sich neben Inhaltsangaben zu den einzelnen Produktionen auch ein Schlagwortregister, ein AutorInnenverzeichnis und eine Übersicht der Vertriebsanschriften. Das Konzept des Buches ist an der praktischen Arbeit mit Videos orientiert. Darüber hinaus ist das Buch von wichtigen archivarischen Wert.

Erstmals ist in diesem Jahr das Verzeichnis auch auf CD-ROM erschienen. Auf der CD-ROM gibt es einen Zugriff auf über 600 Produktionen der letzten drei Jahre. Die Videos können über ein entsprechendes Suchregister per Mausklick abgerufen werden und – falls es gewünscht wird – über ein entsprechend auszudruckendes Bestellformular bei der jeweiligen Bestellanschrift bestellt werden.●

dp

Verzeichnis Dokumentarvideo Jahrbuch '96, 210 Seiten, ISBN 3-931731-34-0, DM, 29,–/SFR 26,–/öS 220,–. Die CD-ROM mit Verzeichnis 94/95 und 96, ISBN 3-931731-33-2, DM 49,–. Jahrbuch '96 und CD-ROM, Sonderpreis DM 69,–
Bestellungen: querblick, Macairestr. 3, D-78467 Konstanz, Tel. (0 75 31) 6 50 02, Fax 5 49 29

JOBS

Naturkostladen sucht Verstärkung!
Wir wünschen uns Fachkenntnis, längerfristige Perspektive, Teamfähigkeit und starke Belastbarkeit. Schriftliche Bewerbungen an ABRAXAS, Friedrichstr. 33, D-67433 Neustadt/Weinstr.

VERKÄUFE

Der Oldenburger Stachel ist eine alternative Stadtzeitung in Oldenburg. Aus Fotosatzzeiten haben wir zwei Fotosetzgeräte der Firma CompuGrafic mit detailierter und leicht verständlicher Dokumentation (CG 7500, CG 7700). Wir möchten beide Geräte gerne abgeben und suchen Interessenten.
☎/Fax (04 41) 38 47 56

FOOD COOP

alternativ & ökologisch
Gesunde und 'fair' gehandelte Lebensmittel für alle:
Getreide, Nudeln, Ketchup, Brotaufstriche, Marmeladen & Honig, Kaffee, Tee, Backwaren, Süßes, Öle, Schokolade, Tofu & Seitan, vegetarische Bratlinge (frisch!), Wasch- und reinigungsartikel u.v.a.m. im Versand ab 200 DM Warenwert portofreie Lieferung:
Die FoodCoop direkt auf dem Küchentisch:
Food for people, not for profits!
Fordert unsere Preisliste an: **GERMINAL**, Folkert Mohrhof, Grünebergstr. 81, D-22763 Hamburg
☎/Fax (0 40) 880 11 61

JEKH CHIB Nr. 6/7, Feb 97
Schwerpunkt: „Das andere Gedenken"
Einzelpreis: DM 10,– (25% Wiederverkäuferinnenrabatt)
Bestellungen an:
Rom e.V., Bobstr. 6-8, 50676 Köln,
Telefon: 0221-242536 Fax: 2401715

JOBSUCHE

Tischlermeisterin sucht Anschluß an eine Tischlerei. Am liebsten Möbel, massiv, ökologisch. Gern auch in der Ausbildung. Und möglichst (nicht unbedingt) im Raum (Süd-) Niedersachsen. Ich freue mich über jede Zuschrift.
Chriffre: **Perspektive**

ZEITUNGEN

Stadtteilzeitung in Selbstverwaltung braucht Unterstützung, Non-Profit, von/mit/für Bürger, Expl. u. Info für 5 DM in Briefm.: Grend-Blatt, WERKSTATT e.V., Westfalenstr. 311, D-45276 Essen.

Anders leben & politisch arbeiten

Praktikum und FÖJ im Verdener anders-leben-Projekt:
- ökologisches, selbstbestimmtes Leben
- gemeinsam politisch etwas bewegen
- Zusammenleben mit vielen anderen in einem anders leben Projekt

Die Umweltwerkstatt ist Teil eines größeren anders leben-Projektes mit selbstverwalteten Betrieben, vielen WGs und Initiativen.

Verdener Umweltwerkstatt
Herrlichkeit 1
27283 Verden/Aller
Fon 04231/81046. Fax 81048
E-mail. UW-VERDEN@link-goe.de

SCHWARZ-ROTE WOCHEN RHEIN-NECKAR

Mi. 30.4.97 Heidelberg, Marktplatz, 19 und 23 Uhr
Demonstration gegen das »Mai-Singen« rechtsradikaler Burschenschaftler in Heidelberg, unter dem Motto »Die Verbindung kappen – gegen den reaktionären Konsens von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft – Burschenschaften abschaffen«

Mi. 30.4.97 Mammheim, JUZ, Käthe-Kollwitz-Str. 2-4, 19 Uhr
JUZ-Geburtstags-Festival (24 Jahre) mit ....

Do. 1.5.97 Mannheim, Paradeplatz, 11 Uhr
Revolutionäre 1. Mai-Demonstration in Mannheim
Für eine gleichberechtigte, herrschaftsfreie Gesellschaft

Fr. 2.5.97 Mannheim, JUZ, Käthe-Kollwitz-Str. 2-4, 20 Uhr
Eröffnung der Ausstellung zum spanischen Bürgerkrieg

Sa. 3.5.97 Mannheim, Ort noch unklar
Agit-Prop-Theater Vorderpfalz präsentiert: »Mao, Marcuse und Dr. Mabuse«

Mo. 5.5.97 Mannheim, Ort noch unklar
Das Nazi-Netzwerk macht weiter. Infoveranstaltung zu den Jungen Nationaldemokraten

Mi. 7.5.97 Mannheim, JUZ, Käthe-Kollwitz-Str. 2-4, 19.30 Uhr
Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema »Innere Sicherheit« (Referentin: Ulla Jelpke, PDS)

Fr. 9.5.97 Mannheim, Ort noch unklar
Informations- und Diskussionsveranstaltung »Anarchistische Strömungen in Deutschland«

Mo. 12.5.97 Mannheim, JUZ, Käthe-Kollwitz-Str. 2-4, 20 Uhr
Bioethik – Alte Gedanken im neuen Gewand

Di. 13.5.97 Mannheim, JUZ, Käthe-Kollwitz-Str. 2-4, 20 Uhr
20 Jahre Punk/Hardcore – Ein Überblick über eine Bewegung, die mehr ist, als Musik

Mi. 14.5.97 Mannheim, Bürgerhaus Neckarstadt, Lutherstr. 17, 20 Uhr
Informations- und Diskussionsveranstaltung »Bad Kleinen, nichts ist vergessen und niemand!«

Do. 15.5.97 Mannheim, Forum der Jugend, Neckarpromenade 46, 19.30 Uhr
»Die deutsche Türkeipolitik und ihre Auswirkungen auf Kurdistan«

Fr. 16.5.97 Mannheim, Abschiebeknast Ecke Herzogenriedstr./Carl-Zuckmayer-Str., 17 Uhr
Kundgebung »Gegen Abschiebung und Abschiebehaft – Weg mit den Abschiebeknästen«
Mannheim, Bürgerhaus Neckarstadt, Lutherstr. 17, 20 hr
»Abschiebung, Abschiebehaft und Menschenwürde«
Mannheim, JUZ, Käthe-Kollwitz-Str. 2-4, 20 Uhr
»Pop-Radio und Meinungsbildung«

Sa. 24.5.97 Mannheim, JUZ, Käthe-Kollwitz-str. 2-4, 19 Uhr
Abschlußkonzert der Schwarz-Roten-Wochen & Solidaritätskonzert für autonome Medien in der Region

buratino

★ ☆ Zeitung aus Potsdam ☆ ★

bedingslose - **u**nabhängige - **r**adikale - **a**ntifaschistische **t**rickreiche - **i**nternationale - **n**ötige - **o**bjektive **Berichterstattung**

Ja, ich will unbedingt den buratino abonnieren.

Die 4 Ausgaben (im Jahr) kosten 15,- DM. Ich habe das Geld in Briefmarken beigelegt.

Datum Unterschrift
Einsenden an: Infowagen, Mitschurinstr. 1c - 14469 Potsdam

Wir stellen uns quer!

Bilder vom Widerstand gegen die Castor-Transporte nach Gorleben 1995 und 1996: Castor-Buch 2

Fotos von den beiden Castor-Transporten nach Gorleben und von der Zeit dazwischen. Texte, die manches Hintergründige und Vordergründige kurz beleuchten. Und der Frage nachgehen, die viele Menschen beschäftigt, die auf das Wendland und seine BewohnerInnen schauen: Warum geben die eigentlich niemals auf?

Tempel/Stay (Hrsg.),188 Seiten, teilweise in Farbe, Preis 35 DM, ISBN 3-932270-01-0

Tolstefanz Wendländisches Verlagsprojekt

Tolstefanz, 29439 Jeetzel 41, Fax: 05841 / 45 21

zeitschrift für befreiende pädagogik
Nr. 11/12 - Schwerpunktthema:

AFRIKA

Mit Beiträgen von:
Christel Adick • Georges R. Celis • Jean-Pierre Godding • Ismail Wais • Peter Bräunlein • Manfred Peters • Emmeli Bohnsack • Heinz-Peter Gerhardt • Ludgera Klemp • Alassane Faye • Neville Alexander • Buchbesprechungen zum Thema • Ilse Schimpf-Herken • Behinderung und Behindertenarbeit in Ländern und Kulturen der Dritten Welt • Rezensionen • Tagungen/Seminare • Hinweise/Zeitschriftenschau

Broschüre 148 Seiten DM 15,-- inkl. Versand
Paulo Freire Gesellschaft
Adlzreiterstr. 23 - 80337 München - Tel. 089 / 774078 Fax 089 / 774077

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01277 Dresden, Redaktion Dresden, Büro für Freie Kulturarbeit e.V., Reinhard Lichtenhahn, Schandauer Str. 64, ☎ (0351) 838 07 49 (auch Fax): 10997 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎/Fax (0 42 05) 77 99 52; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; 63512 Hainburg, Redaktion Frankfurt, Peter Streiff, Friedensstr. 30, ☎ (06182) 6 82 75, Fax 6 82 78; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 69 82, Fax 78 26 und Netzwerkselbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 90429 Nürnberg, Redaktion Franken, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Niederlande, 1019 AT Amsterdam, ID-Archiv im ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (0031-20) 668 58 66

Fachredaktionen :
Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84; Handwerk: 18528 Bergen/Rügen, Andreas Küstermann, Dammstr. 12, ☎ (03838) 25 50 79, Fax 25 48 82; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79; Sozialpolitik: 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); Information und Datendokumentation: 63329 Egelsbach, Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎/Fax (06103) 4 27 42
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4/96
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Forum für Libertäre Informationen

vom **07.- 11.05.97** (über Himmelfahrt)

in Wiesen/ Spessart

FLI: Es treffen sich Menschen, die in anarchistischen Zusammenhängen aktiv sind, theoretisieren und diskutieren, leben und arbeiten, Kontakte knüpfen oder vielleicht alte Bekannte wiedersehen, sich austauschen oder im Spessart spazieren gehen wollen.

Die Freude ist groß über Themen, die ihr vorbereitet und mitbringt. Ansonsten ergeben sich diese während des Treffens.

Kosten um die 100 DM (je nach Möglichkeiten)

Themenvorschläge an/ Infos bei:

Meeuw
Postfach 3643
26026 Oldenburg

M a n j a n a

Ideen für eine anarchistische Gesellschaft

- Wie Menschen ihre Anliegen ohne Staat in freier Vereinbarung regeln ...
- Wie Konflikte gewaltfrei gelöst werden ...
- Wie Sozialismus und Marktwirtschaft sich ergänzen ...
- Wie Umwelt ohne Gesetze geschützt wird ...

Ein utopischer Reisebericht
... mit Vorschlägen für erste Schritte

→ → **Broschüre (24. S. /A4) erhältlich gegen 5, - DM (Briefmarken etc.)** ← ←
→ → **bei Gemeinschaftl. Leben, Dorfstr. 30, 29462 Blütlingen** ← ←

DAS VERLANGEN DER TAMILEN NACH EINEM GERECHTEN FRIEDEN

Seit mehreren Jahrzehnten tobt ein blutiger Krieg in Sri Lanka. In diesem Buch wird auf die Geschichte des tamilischen Volkes und die verschiedenen Dimensionen der rassistischen Unterdrückung durch die singhalesischen Machthaber eingegangen. Desweiteren werden die gewaltfreien politischen Kämpfe der bürgerlich-tamilischen Parteien, bis hin zur Entwicklung bewaffneter Widerstandsorganisationen, aufgezeigt.

105. Seiten A5

Ein Exemplar 7 DM plus 3 DM Versandkosten fünf Exemplare 25 DM plus 6,90 DM Versandkosten. Bei größeren Mengen bitte nachfragen.

Bestellungen an:

Welt Tamilen Verein e.V
Postfach 56
73271 Holzmaden
Telefon: 02 09 / 7 69 56
Fax: 02 09 / 78 20 56

Nur gegen Vorauszahlung auf folgendes
Konto: 10350575
BLZ: 611 550 020
Kreissparkasse Kirchheim/Teck.
(Der Bestellung bitte eine Kopie des Einzahlungsbelegs beifügen)

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

FRÜHLINGSTAGE

Branchentreffen der selbstverwalteten grafischen Betriebe
Programm u.a.: »Forum alternativer Wege zur Bankenfinanzierung« (Podiumsdiskussion), weitere Referate zum Thema »Geld«, Arbeitsgruppen (teamwork AG, Ausbildung etc.)
Termin: 8. bis 11. Mai 1997
Nähere Informationen:
Kartenhaus Kollektiv,
Hans-Sachs-Str. 8a, D-93049 Regensburg
☎(09 41) 2 22 73, Fax 27 02 07
e-mail:
KartenhausKollektiv@t-online.de

TAUSCHRINGE

Deutschland im Tauschrausch
3. Bundesweites Tauschringtreffen
Themen: Tauschringe – ein System für Alle? · Tausch ohne Grenzen? · Steuern für Tauschleistungen? · Tauschen auf dem Lande · Einsam oder gemeinsam? · Was ist hier Business und was ist Nachbarschaftshilfe · Go online? u.v.m.
Termin: 25. bis 27.4.97, Kassel
Information & Anmeldung:
Die Zeitbörse, Jordanstr. 5
D-34117 Kassel
☎(05 61) 728 85 47, Fax 728 85 29
e-mail:
Miles-Paul@asco.nev.sub.de

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten; Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 10 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 20. bis 22. Juni 1997
Anmeldung:
Ökologie, Gesundheit und Bildung e.V.,
Kirchweg 1, D-34620 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

STIFTUNG MITARBEIT

Partizipative Zukunftsforschung
Um kreative, intuitive und visionäre Methoden, denkbare und wünschenswerte Zukünfte zu entwerfen und zu gestalten, geht es bei diesem Werkstattseminar vom 1. bis 4. Mai 1997 im Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen. Das Seminar richtet sich gleichermaßen an Mitglieder von Initiativgruppen und Projekten, die sich mit Zukunftsthemen befassen, wie an VertreterInnen aus Zukunftsforschung und politischer Bildung.
Nähere Informationen:
Stiftung Mitarbeit, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn
☎(02 28) 604 24 12/14, Fax 604 24 22

NETZ

Teams, Projekte und Betriebe aktiv gestalten!
Über Organisationsentwicklung (OE) und -beratung wird häufig geredet, wo ihre Chancen und Grenzen liegen, bleibt dabei zumeist unklar:
OE bezweckt die Erhöhung der Innovationsfähigkeit der Organisation und die Entfaltung der Ressourcen der MitarbeiterInnen. Sie versucht die Arbeit effizienter zu organisieren sowie kontinuierlich zu verbessern und trägt zur humanen und demokratischen Gestaltung der Organisation bei. Schöne Theorie? Auf der Basis der Erfahrungen der TeilnehmerInnen wird in diesem Workshop, die Vorgehensweise der OE exemplarisch nachvollzogen, Strategien zur aktiven Gestaltung der eigenen Organisation erarbeitet und für OE geeigneten Methoden erlernt.
Termin: 25./26.4.97, Berlin

Vertriebsmanagement
Einführung in Marketingtechniken. Inhalt: Wie verkaufe ich meine Unternehmensleistung wirksam? Wie präsentiere ich mein Produkt, meine Dienstleistung verkaufswirksam.
Termin: 24.4.97, Gauselfingen

Wirtschaftliche Energieeinsparung mit Contracting-Modellen
Termin: 24.5.97, Oberhausen

Internet & Co im praktischen Projektmanagement
Begriffe der Telekommunikationstechnik haben sich in den letzten Jahren von Insider-Begriffen in der Diskussion um Büroorganisation, Infobeschaffung und Computertechnik gemausert. Im Seminar werden die Begriffe erklärt und die techniken gezeigt, sinnvolle Infoangebote und das durch die Technik mögliche Wechselspiel von Informationen und Kommunikationen vorgestellt sowie der mögliche Einsatz der Techniken im Projektmanagement diskutiert.
Das Seminar konzentriert sich auf Themen, die für Betriebe, die wirtschaftliche Aktivitäten mit sozialen und/oder ökologischen Zielen verbinden, von Bedeutung sind.
Termin: 13.5.97, Bremen
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schäfergasse 46
D-60313 Frankfurt
☎(0 69) 28 87 16, Fax 29 54 32

MINIPRESSEN-MESSE

Die »14. Mainzer Minipressen-Messe 1997« (Internationale Buchmesse der Kleinverlage und künstlerischen Handpressen) findet vom 8. bis 11. Mai 1997 am Mainzer Rheinufer (Nähe Rathaus) statt.
Nähere Auskünfte:
Jürgen Kipp
☎(0 61 31) 12 26 76, Fax 12 34 88

ÖKOFASCHISMUS

Ökologie und Spiritualität zwischen Nazifaschismus und herrschaftsfreier Gesellschaft?
Ein neuer Begriff geht um: Ökofaschismus. Was ist gemeint? Wie real ist die Gefahr, die von einer biologistischen Ökologie ausgeht? (die Gleichsetzung von Pflanzen, Tieren und Menschen kann z.B. Wegbereiter sein für Ideologien, in denen das »Recht des Stärkeren« legitimiert wird)
Was haben ökologische Projekte oder Höfe damit zu tun? Wo ist die gedankliche und reale Verbindung zu Faschismus und Rassismus?
Im Seminar soll es darum gehen, Begriff und Wirklichkeit zu verstehen. Wir wollen einen geschichtlichen Rückblick in die Entstehungsgeschichte der Ökologiebewegung machen. Am Beispiel bestehender Verbindungen zu faschistoiden Bewegungen soll die akute Beeinflussung in Richtung rechtsextremer Denkmuster deutlich gemacht werden. Im Kontrast dazu werden wir linke ökologische Ansätze diskutieren.
Exkursionen zu zwei Projekten in der Region werden angeboten. So können die TeilnehmerInnen auch die wunderschöne Mittelgebirgslandschaft mit ihren heimischen Spezialitäten kennenlernen.
Termin: 11. bis 16. Mai 1997
Ort: »Brieschmühle« im Drohntal auf dem Hunsrück, Nähe Morbach
Unterbringung: Hotel, 1 u. 2-Bettzimmer
Kosten: 590 DM (incl. Vollpension)
Information & Anmeldung:
Gerhard & Waltraud Kern
☎(0 65 33) 9 33 10, Fax 93 73 49

FRAUEN

OSTERESCH

Öffentlichkeitsarbeit
An einer gut organisierten und durchstrukturierten Presse- und Öffentlichkeitsarbeit kommt heutzutage kein Projekt, kein Verein und kein Verband mehr vorbei. Wir leben in einer Zeit, in der wir alle durch Medien und Werbung mit Informationen und Angeboten überflutet werden. Unter diesen Bedingungen noch einen Platz in der Presse zu ergattern oder im Gedächtnis einer Zielgruppe haften zu bleiben, fällt dabei vor allem ehrenamtlich agierenden Vereinen und Projekten und kleineren Institutionen immer schwerer. Das Seminar hat insbesondere Öffentlichkeitsarbeit in von und für Frauen/Mädchen konzipierten Projekten im Blick. Die Teilnehmerinnen werden über Spielregeln der Medienbranche und die Basisstrukturen, die einer gut funktionierenden Öffentlichkeitsarbeit zugrunde liegen, informiert.
Bildungsurlaub, 25. bis 27.4.97
Information & Anmeldung:
Frauenbildungshaus Osteresch,
Strautweg 4, D-48496 Hopsten-Schale
☎(0 54 57) 15 13, Fax 16 94

DRITTE WELT

Geld oder Liebe
Nord-Süd-Kontakte zwischen Partnerschaft und Projektförderung
Die »Dritte-Welt«-Bewegung lebt von ihren internationalen Kontakten – sie sind ihr Lebenselexier. Aber diese Kontakte sind nicht problemlos. Die Beziehungen werden in der Regel mit dem Begriff »Partnerschaft« bezeichnet. Damit ist die Erwartung an Gleichberechtigung, gegenseitige Achtung und Freundschaft verbunden. Real gibt es aber oft noch andere Ebenen: Von »hier aus« werden Projekte der »Partner« finanziell gefördert. Dies erfordert Projektmanagement, Transparenz und Kontrolle der Mittelverwendung etc. Und der Geldtransfair verläuft – auf der Ebene dieser Beziehungen – nur in eine Richtung. Beides – Erwartungen einer gleichberechtigten Partnerschaft und faktische Projektbeziehung – ist nicht leicht unter einen Hut zu bringen und bringt nicht selten Enttäuschungen mit sich. Wir wollen die unterschiedlichen Erfahrungen von Gruppen mit »Projektpartnerschaften« bearbeiten und uns gemeinsam auf die Suche nach Lösungsstrategien machen.
wann: 09.-11. Mai 1997, Münster

Entwicklung statt Flucht – Flucht in die Entwicklung
Wem nützt die Fluchtbekämpfungspolitik?
Ein Seminar in Kooperation mit dem Sozialinstitut der KAB-Süddeutschland
Entwicklungspolitik wird in den letzten Jahren immer wieder – auch von offizieller Seite – damit begründet, daß Hilfe »dort« notwendig ist, um zu verhindern, daß »die« hierher kommen. Wir wollen in diesem Seminar zum einen nach Entwicklungsmodellen und -strategien fragen und deren Wirkungen analysieren. Zum anderen geht es aber auch darum, Motive und Motivationen von Flüchtbewegungen und deren Antworten in der Flüchtlingspolitik zu untersuchen. Wir streben einen »interdisziplinären« Dialog zwischen Praktikern aus den Solidaritätsbewegungen »Dritte-Welt-« und »Flüchtlingsarbeit« an.
wann: 6.bis 8. Juni 1997, Bonn
Nähere Informationen bei:
Institut für Theologie und Politik
Graelstr. 9, D-48153 Münster
☎(02 51) 52 47 38, Fax: 524788

AG SPAK

Praktikum in der Dritten Welt
Dieses Seminar richtet sich insbesondere an Studierende der Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Pädagogik, die sich mit dem Gedanken tragen, in einem Land der sog. 3. Welt ein Praktikum zu machen.
Termin: 30.5. bis 1.6.97, Deinsdorf

Globales Lernen als Methode in der Hochschule
Die Methode des »globalen Lernen« – ein metodischer Ansatz, der von der Prämisse ausgeht, daß globale Probleme nur dann lösbar sind, wenn globale Aspekte dabei auch berücksichtigt werden, ist v.a. in den Zusammenhängen der Dritte-Welt-Arbeit und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit bekannt. An den Hochschulen ist dieser Ansatz weitgehend unbekannt – und dies, obwohl internationale Austauschbeziehungen zwischen Hochschullehrenden und -studierenden gefördert und gewollt sind. Mit diesem Seminar soll der Versuch unternommen werden, den Ansatz des Globalen Lernens in die Hochschule einzuführen und dort bekannt zu machen.
Termin: 2. bis 4.5.97 (geplant)
Information & Anmeldung:
AG SPAK, Adlzreiter Str. 23
D-80337 München
☎(0 89) 77 40 78, Fax 77 40 77

ANARCHISMUS

2. Anarchistisches Sommercamp
Wie schon 1995 organisieren wir in diesem Jahr wieder ein anarchistisches Sommercamp. Es wird von Freitag, dem 25. Juli, bis zum Sonntag den 3. August stattfinden.
1995 waren mehr als 300 AnarchistInnen aller Generationen aus dem gesamten deutschsprachigen Gebiet und einigen Nachbarregionen zu uns gekommen. AnarchosyndikalistInnen, Kommune-AnarchistInnen, Gewaltfreie, anarchistische Autonome, AnarchafeministInnen, PunkerInnen, Leute aus selbstverwalteten Betrieben, RätekommunistInnen und libertäre SchülerInnengruppen. Wir alle haben das Camp als Möglichkeit genutzt uns auszutauschen, uns kennenzulernen, Kontakte zu knüpfen und viel Spaß beim gemeinsamen Urlaub zu haben.
Das Camp wurde damals von einigen anarchistischen Gruppen aus Hamburg organisiert. Es gab verschiedenste Arbeitsgruppen, Aktionen, Diskussionskreise und Seminare.
Aufgaben wie Kochen, Kinderbetreuung, Saubermachen und Wache halten werden wir selbstverständlich wieder gemeinsam *selbst erledigen*.
Das Gelände, welches wir für diesen Sommer wieder anbieten können, ist sehr komfortabel und bietet aufgrund seiner Lage hervorragende Wassersport- und Freizeitmöglichkeiten. Die Erholung kommt so sicher nicht zu kurz.
Wir würden uns freuen, wenn möglichst viele von Euch sich jetzt schon bereit erklären würden Arbeitsgruppen oder ähnliches vorzubereiten bzw. feste Aufgaben wie z.B. den Sanitätsdienst zu übernehmen.
Eure finanzielle Beteiligung sollte je nach Möglichkeit und Einkommen zwischen 90 und 130 DM liegen. Das Essen ist darin dann schon enthalten.
Organisiert wird das Camp dieses Jahr durch die »Libertäre Jugend Hamburg«, eine Gruppe welche auf dem letzten Camp entstand und seitdem hier in Hamburg sehr aktiv ist. Unterstützt werden wir von mehreren anderen anarchistischen Gruppen aus unserer Stadt.
Für Eure möglichst frühe Anmeldung – die obligatorisch für Eure Teilnahme ist – (Anmeldeschluß ist der 12. Juli bzw. wohl schon früher, bei 300 Anmeldungen ist es voll) sowie für weitere Informationen oder Anregungen meldet Euch bitte beim:
Zentrum der Libertären Jugend
Thadenstraße 118, Kellereingang
D-22767 Hamburg-Altona
e-mail: fauhh4@anarch.free.de
oder telefonisch (Mi+Do 19-21 Uhr, So 16-18 Uhr) unter 040/ 432 21 24

ÖKOLOGIE

Fachseminar für den Handel mit Naturbaustoffen
Einen neuen Seminartyp bietet die Sanfte Energie GmbH, ein Unternehmen im Energie- und Umweltzentrum (EUZ) in Springe-Eldagsen an.
»Das Unternehmen, das seit 15 Jahren mit Naturbaustoffen handelt und beim gesunden Bauen berät, sucht neue Geschäftsfelder«, so der Initiator des Seminars, Antonius Grotenhermen. »Sinnvoll und im Sinne der Grundidee des EUZ ist die Weitergabe von Know How«, ergänzt er.
Daher werden im Zentrum und bei ausreichenden Interesse auch an anderen Orten in Deutschland künftig Menschen für den Handel mit ökologischen Baustoffen ausgebildet. Die Zielgruppe des Fachseminars (Grundlagen-Schulung) sind zum Beispiel: Mitarbeiter und Auszubildende des ökologischen Baustoffhandels, Berater für umweltfreundliches Bauen und Wohnen sowie ExistenzgründerInnen oder Personen, die sich qualifizieren möchten. Die Ausbildung ist produktneutral. Themen sind: Bauelemente, Holz, Bodenbeläge, Dämmen, Naturfarben und eine Verkäuferschulung. Das erste Seminar findet vom 16. bis 20. Juni 1997 im EUZ statt.
Nähere Unterlagen sind erhältlich über: Sanfte Energie GmbH, Fachschulung, im EUZ, D-31832 Springe oder per eMail: EUZ@OLN.apc.de

Ökologisches Bauen und Sanieren III
Dieser Fachkongreß findet vom 11. bis 13. Mai 1997 in Fulda statt. Auf dem Kongreß werden ca. 60 Vorträge und Beiträge zum Thema angeboten. Auch Poster-, Fach- sowie Industrieausstellungen sind eingeplant, desweiteren Exkursionen und Satellitenveranstaltungen.
Nähere Informationen:
AGÖF-Kongreß 97, Umweltberatung,
Petersgasse 27, D-36037 Fulda
☎(06 61) 901 15 45, Fax 7 10 19

ZU DIESER SEITE

Auf dieser Seite werden ausgewählte Seminare und Treffen angekündigt. Die Redaktion behält sich eine Auswahl der Terminmeldungen vor. Ankündigungen für selbstorganisierte Seminare und Treffen sind kostenlos. Wochendseminare, die mehr als 200 DM kosten, werden nur bei Zahlung des Kleinanzeigenpreises für gewerbliche Anzeigen (siehe Schnipsel auf Seite 15) angekündigt. Einen Preisnachlaß für gemeinnützige VeranstalterInnen gibt es nicht. Wir bitten alle VeranstalterInnen um Beachtung dieses Hinweises.

INTERNET

Öffentlichkeitsarbeit im Internet
Alle Welt redet vom Internet – ist Dabeisein wirklich alles? Dieses Tagesseminar wendet sich an Neueinsteiger, die sich über Sinn und Unsinn eines eigenen Internet-Angebotes informieren wollen.
Termin: 2.5.97, 10 bis 17 Uhr

HTML für Internet und Intranet
Das eigene Angebot im Internet – was bringt's, wie geht's? Dazu werden Kenntnisse der Layoutsprache HTML (Hyper Text Markup Lanuage) benötigt. Auf diesem Seminar gestalten Sie eine eigene Seite, lernen, »Links« und »Anker« zu setzen, Grafiken einzubinden und einfache Tabellen anzulegen.
Termin: 29.5., 10 bis 17 Uhr

HTML für Fortgeschrittene: Forms & Frames
Sie verfügen über Grundkenntnisse von HTML? Sie wollen professionelle Angebote mit Formularen (Forms) und Rahmen (Frames) gestalten?
Termin: 1.6.97, 10 bis 17 Uhr
Information & Anmeldung:
Münchner Medienladen, Renatastr. 41,
D-80634 München
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06

KULTUR

Kaputt, müde, deprimiert
»Burning out« in Kulturberufen
In sozialen und kulturellen Arbeitsfeldern ist das Symptom nicht selten. Hohes Engagement, schwierige Arbeitsbedingungen, die permanente Überforderung der eigenen Kräfte führen schließlich zum Gefühl des »Ausgebranntsein« und sogar der »inneren Kündigung«. Wie man das sogenannte »burning out«-Symptom rechtzeitig erkennt, den Kreislauf von Streß, Frust, Müdigkeit, Isolierung, bis hin zu Gesundheitsschäden, durchbricht, ist Thema eines Seminars der Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogische Dienste/Jugendkunstschulen e.V. (LKD) am 24./25. Mai 1997 in Unna.
Information & Anmeldung:
LKD, Ulrike Kastner u. Simone Schmidt
☎(0 23 03) 6 93 24, Fax 6 50 57

SONSTIGES

Töpferschnuppertage am Meer
Von Donnerstag, 10. April, Anreise bis 18 Uhr, bis Sonntag, 13. April 1997, Abreise ca. 15 Uhr. Übernachtung und Vollverpflegung.
Information & Anmeldung:
Grundteighaus, Sassnitz/Rügen
☎(03 83 92) 5 77 26

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg